

S y s t e m  
des  
allgemeinen  
Peinlichen Rechts

mit Anwendung  
auf die  
in Chursachsen geltenden Gesezze

besonders zum Gebrauche  
für  
ademische Vorlesungen

von  
D. Christoph Carl Stübel

Lehrer der Rechte auf der Universität zu Wittenberg.

---

Erster Band.

Einleitung in die peinliche Rechtswissenschaft.

---

Leipzig  
in der Sommerschen Buchhandlung

1 7 9 5.



Reinlichen Rechts

allgemeinen

mit Anwendung

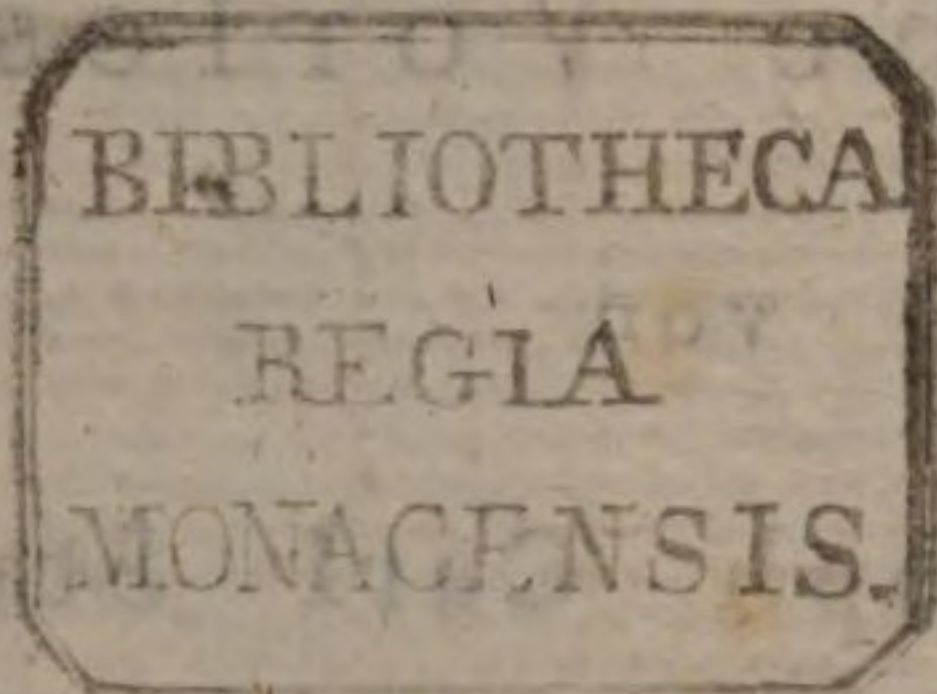
und die

in China geltenden Gesetze

besonders zum Gebrauch

der

an der Universität zu Göttingen



D. Christian

Lehrer der Rechte an der Universität zu Würzburg

Erster Band

Einführung in die praktische Rechtswissenschaft

Leipzig

in der Buchhandlung des Verlegers

1844



---

# I n h a l t.

---

## Erstes Hauptstück.

*Von den Begriffen und den Eintheilungen der peinlichen Rechtswissenschaft.*

### Erster Abschnitt.

*Von dem Begriffe.*

#### Erste Abtheilung.

Von dem eigentlichen Begriffe nach dem allgemeinen Staatsrechte.

#### §. 1 — 7.

Entwicklung des Unterschiedes zwischen Privat- und andern Gesetzen, die hier öffentliche, sonst aber peinliche und polizeimässige Gesetze genannt werden.

#### §. 8 und 9.

Gegenstände der öffentlichen Gesetze.

#### §. 10 — 13.

Verschiedene Arten, den ersten Hauptgegenstand der öffentlichen Gesetze zu befördern.

#### §. 14.

Begriff einer Strafe und der Strafgesetze.

#### §. 15.

Begriff eines peinlichen Gesetzes.



## Zwote Abtheilung.

Von dem uneigentlichen Begriffe der peinlichen Rechtswissenschaft nach dem Gerichtsgebrauche und dem gewöhnlichen Lehrsysteme.

§. 16. und 17.

Nähere Bestimmung des zweiten Hauptgegenstandes der öffentlichen Gesezze.

§. 18 — 25.

Verschiedene Arten der Beförderung desselben.

§. 26.

Eintheilung der öffentlichen Gesezze in peinliche und polizeimässige Gesezze und Bestimmung der letztern.

§. 27.

Abweichung der alten Criminalisten von dem eigentlichen Begriffe der peinlichen Gesezze bei der Bestimmung derselben.

§. 28.

Uneigentlicher und in den Gerichten anwendbarer Begriff eines peinlichen Gesezzes.

§. 29.

Verhältniss des peinlichen Rechts zu den übrigen Theilen der Rechtswissenschaft.

## Zweiter Abschnitt.

*Von der Eintheilung der peinlichen Rechtswissenschaft.*

§. 30.

Die *theoretische* und *praktische*.

§. 31.

Die *theoretische*, entweder die allgemeine oder die besondere.

§. 32.

Die *praktische*, entweder die Theorie des peinlichen Processes oder die praktische insbesondere.



## §. 33.

Die praktische insbesondere, entweder die Theorie der Kunst Criminalakten zu verhandeln, oder die Theorie der Kunst mit Criminalakten umzugehen.

## §. 34.

Die Theorie der Kunst mit Criminalakten umzugehen, entweder die Referir - oder Dekretirkunst.

## Zweites Hauptstück.

*Von den Quellen der peinlichen Rechtswissenschaft.*

## §. 35.

Eintheilung der Gesezze in natürliche und positive.

## Erster Abschnitt.

*Von den positiven peinlichen Gesezzen.*

## §. 36.

Erste Untereintheilung in ursprünglich Sächsische und andere Hülfsgezeze.

## Erste Abtheilung.

*Von den ursprünglich Sächsischen Gesezzen.*

## §. 37.

Zwote Untereintheilung derselben in gemeine und besondere.

## Erste Unterabtheilung.

*Von den gemeinen Sächsischen Gesezzen.*

## §. 38 — 40.

In wiefern diese als ächte Quellen nicht angesehen werden können.

## Zwote Unterabtheilung.

*Von den besondern Chursächsischen Gesezzen.*



§. 41.

Dritte Untereintheilung derselben in alte und neue.

Erste Ordnung.

§. 42 — 54.

Von den *alten* Chursächsischen Gesezzen.

Zwote Ordnung.

§. 55 — 57.

Von den *neuen* Chursächsischen Gesezzen.

Zwote Abtheilung.

Von den Sächsischen *Hülfs*gesezzen.

§. 58.

Eintheilung derselben in ursprünglich Deutsche und fremde aufgenommene.

Erste Unterabtheilung.

Von den ursprünglich deutschen Gesezzen.

§. 59.

Halsgerichtsordnung Kaisers Karls des V. und ihre Entstehung.

§. 60.

Verbindliche Kraft derselben.

§. 61.

Andere deutsche Reichsgesezze, welche peinliche Vorschriften enthalten.

Zwote Unterabtheilung.

Von den fremden in Deutschland aufgenommenen Gesezzen.

§. 62 und 63.

Canonisches Recht.



## §. 64 und 65.

Römisches Recht.

## Zweiter Abschnitt.

*Von den natürlichen peinlichen Gesezzen.*

## §. 66 — 74.

Begründung des Strafrechts ausser der bürgerlichen Gesellschaft, als eine Gattung des natürlichen Schuzrechts.

## §. 75 — 77.

Gültigkeit und Anwendbarkeit der natürlichen Strafgesetze in der bürgerlichen Gesellschaft.

## A n h a n g.

Von den peinlichen Rechtsgewohnheiten, der Analogie der peinlichen Gesetze und dem Verhältnisse aller Quellen dieser Wissenschaft unter einander.

## §. 78.

Gültigkeit der peinlichen Rechtsgewohnheiten.

## §. 79.

In wiefern die Analogie der peinlichen Gesetze nicht zu den Hilfsquellen gehöret.

## §. 80 und 81.

Verbindliche Kraft der Chursächsischen peinlichen Gesetze im Widerspruche mit allen übrigen, und der ursprünglich Deutschen Gesetze im Widerspruche mit den fremden aufgenommenen.

## § 82.

Vorzug des Canonischen Rechts im Widerspruche mit dem Römischen Rechte.



§. 83.

Verhältniss der peinlichen Rechtsgewohnheiten im Widerspruche mit den geschriebenen Gesezen.

§. 84.

Collisionsregeln einzelner Gesezze in eben demselben Rechtskörper.

Drittes Hauptstück.

*Von den Vorkenntnissen zur peinlichen Rechtswissenschaft.*

§. 85.

Eintheilung derselben.

Erster Abschnitt.

*Von den historischen Vorkenntnissen.*

§. 86.

Verschiedene Arten derselben.

Erste Abtheilung.

*Von den Alterthümern des peinlichen Gerichtswesens in Deutschland.*

§. 87 und 88.

Nutzen und Eintheilung derselben.

Erste Unterabtheilung.

*Von der Zuständigkeit der peinlichen Gerichtsbarkeit.*

§. 89 — 93.

Einrichtung derselben im allgemeinen bis zu dem Ende des Carolingischen Stammes.



§. 94.  
Vehmgerichte.

§. 95.  
Rügegerichte.

§. 96 — 99.  
Veränderungen mit der Zuständigkeit der Gerichtsbarkeit nach  
dem Ausgange des Carolingischen Stammes.

### Zwote Unterabtheilung.

Von den Beweismitteln.

§. 100 und 101.  
Reinigungseid.

§. 102.  
Besiebenen.

§. 103.  
Gottesurthel.

§. 104.  
Tortur.

§. 105 — 107.  
Ehemalige Anwendung derselben nach den Chursächsischen Ge-  
setzen, und das Bedräuen mit derselben.

### Dritte Unterabtheilung.

Von den Strafübeln.

§. 108 — 110.  
Lebensstrafen.

§. 111 — 112.  
Leibesstrafen.

§. 113.  
Ehrenstrafen.



§. 114 — 115.

Freiheitsstrafen.

§. 116.

Geldstrafen.

### Vierte Unterabtheilung.

Von dem Verfahren.

§. 117.

In Ansehung des Ortes und der Zeit.

§. 118.

Anklagsprocess.

§. 119.

Asyle oder Freiungen.

§. 120.

Unterschied in Ansehung der handhaften Thaten und über-  
nachteten Verbrechen.

§. 121.

Entstehung des Verfahrens von Amtswegen und Verbesserung  
des Anklagsprocesses.

§. 122.

Nichtgebrauch des Anklagsprocesses.

§. 123 — 128.

Nähere Beschreibung desselben.

§. 129.

Vollziehung der Strafen.

### Zwote Abtheilung.

Von den vorzüglichsten Schriften über das peinliche Recht.



§. 130.

Eintheilung derselben.

Erste Unterabtheilung.

Von den gesetzlichen Schriften.

§. 131.

Beschaffenheit und Folge derselben.

Erste Ordnung.

§. 132.

Von den gesetzlichen Schriften der ursprünglich Sächsischen peinlichen Gesezze.

A) Die Constitutionen des Churfürsten August betr.

a) ohne Erläuterungen.

b) mit Erläuterungen.

B — H) Die übrigen Chursächsischen peinl. Gesezze betr.

Zwote Ordnung.

Von den gesetzlichen Schriften der Sächsischen peinlichen Hülfs-gesezze.

A) Die Halsgerichtsordnung Kaisers Carls des V. betr.

a) ohne Erläuterungen.

b) mit Erläuterungen.

aa) nach dem Sächsischen Rechte.

bb) nach dem gemeinen deutschen Rechte.

B) Die übrigen deutschen peinlichen Reichsprivatgesezze betr.



## XIJ

C) Die peinlichen Gesetze des Canonischen Rechts und insbesondere das 5te Buch der Decretalen betr.

D) Die peinlichen Gesetze des Römischen Rechts betr.

E) Die natürlichen peinlichen Gesetze betr.

### Zwote Unterabtheilung.

Von den wissenschaftlichen Schriften.

#### §. 133.

Eintheilung derselben.

#### Erste Ordnung.

Von den Vorbereitungsschriften.

#### Zwote Ordnung.

Von den Systemen.

#### §. 134.

A) *Ueber die Philosophie und Politik der peinlichen Gesetzgebung.*

a) *Französische.*

b) *Italiänische.*

c) *Englische.*

d) *Deutsche.*

aa) *Lehrsysteme.*

bb) *Entwürfe zu Gesetzbüchern.*

B) *Ueber das positive Recht.*

a) *Lehrbücher.*



- aa) Nach den Chursächsischen Gesezen.
- bb) Nach den gemeinen deutschen Gesezen.
- b) *Weitläufigere Werke.*
  - aa) Ohne die Verbindung mit andern Rechtsmaterien.
    - aaa) Nach den Chursächsischen Gesezen.
    - bbb) Nach den gemeinen deutschen Gesezen.
  - bb) In der Verbindung mit andern Theilen der Rechtswissenschaft.
    - aaa) Nach den Chursächsischen Gesezen.
    - bbb) Zugleich nach den gemeinen deutschen Gesezen.

### Dritte Ordnung.

Von den Schriften über einzelne Theile der peinlichen Rechtswissenschaft.

#### §. 135.

- A) *Schriften über gewisse Theile der Wissenschaft.*
  - a) *Ueber den theoretischen Haupttheil.*
    - aa) Ueber die Lehre von den Verbrechen überhaupt.
    - bb) Ueber die Lehre von Strafen überhaupt.
  - b) *Ueber den praktischen Haupttheil.*
- B) *Schriften welche zu einem gewissen Theile der Theorie nicht gezählt werden können.*
  - a) Opera criminalia.
  - b) Sammlungen kleiner Schriften verschiedner Verfasser.
  - c) Sammlungen kleiner Schriften eines Verfassers.
    - aa) Ohne Verbindung mit andern Abhandlungen.
    - bb) In Verbindung mit andern Abhandlungen.



Dritte Unterabtheilung.

§. 136.

Von den casuistischen Schriften.

A) Nach dem Chursächsischen Rechte.

B) Nach dem gemeinen deutschen Rechte.

Dritte Abtheilung.

Geschichte der peinlichen Rechtswissenschaft.

*Erster Zeitraum.*

§. 137 — 144.

Von ihrer Entstehung und ihrem Zustande von Eyke von Repkow bis auf den Freiherrn von Schwarzenberg.

*Zweiter Zeitraum.*

§. 145 — 149.

Von dem Wachstume dieser Wissenschaft in dem 16. 17. und 18 Jahrhunderte bis zu ihrer völligen philosophischen Aufklärung zu Ende dieses Jahrhunderts.

*Dritter Zeitraum.*

§. 150 — 155.

Von der gegenwärtigen Ausbildung dieser Wissenschaft.

Zweiter Abschnitt.

Von den *philologischen* Vorkenntnissen.

§. 156.

Uebersicht.

§. 157.

Lateinische Sprache.



|                        |         |
|------------------------|---------|
| Griechische Sprache.   | §. 158. |
|                        | §. 159. |
| Alte deutsche Sprache. |         |
| Etymologie.            | §. 160. |
| Kritik.                | §. 161. |

### Dritter Abschnitt.

Von den *philosophischen* Vorkenntnissen.

|                                       |               |
|---------------------------------------|---------------|
|                                       | §. 162.       |
| Nothwendigkeit derselben.             |               |
| Criminalpsychologie.                  |               |
| Literatur.                            | §. 163.       |
| Nutzen für Richter.                   | §. 164.       |
|                                       | §. 165.       |
| Für Urtheilsverfasser und Defensoren. |               |
|                                       | §. 166.       |
| Logik.                                |               |
|                                       | §. 167 — 171. |
| Moral und Naturrecht.                 |               |

### Vierter Abschnitt.

§. 172 — 175.

Von den *juristischen* Vorkenntnissen.

### Fünfter Abschnitt.

§. 176.

Von den *medizinischen* Vorkenntnissen.

---



## Verbesserungen.

Seite 27 Z. 3. v. u. st. von l. vor.

Seite 65 vorl. Z. st. Senhibaronen l. Sachibaronen.

Seite 88 st. Churfürstens l. Churfürsten.



---

## E i n l e i t u n g.

*Von dem Begriffe und den Eintheilungen der  
peinlichen Rechtswissenschaft, ihren Quellen  
und Hülfsmitteln.*

---

### Erstes Hauptstück.

*Von dem Begriffe und den Eintheilungen.*

---

### Erster Abschnitt.

*V o n d e m B e g r i f f e.*

---

### Erste Abtheilung.

*Von dem eigentlichen Begriffe nach dem allgemeinen  
Staatsrechte.*

---

#### §. 1.

Die Menschen werden durch gewisse *Bedürfnisse*, welche jeder für sich allein nicht befriedigen kann, veranlasst, mit mehreren sich zu *verbinden*. So mancherlei nun diese Bedürfnisse und die darauf sich beziehenden *Zwecke* sind, so verschieden sind auch die dadurch entstehenden Verbindungen und *Gesellschaften*.



## §. 2.

Einige dieser Bedürfnisse findet man ohne Ausnahme bei *allen* Menschen in allen ihren vorkommenden Lagen, andere aber nur bei *gewissen* Menschen in gewissen Fällen. Daher theilen wir die Bedürfnisse und Zwekke in *allgemeine* und *besondere* ein.

Zu jenen gehört zuerst und vorzüglich die Sicherheit vor gegenwärtigen und Ruhe vor besorglichen Beleidigungen. Ein Beispiel von diesen ist das Bedürfniss der Dämme und Kanäle für Menschen, welche in niedrigen, Ueberschwemmungen ausgesetzten Gegenden wohnen, und das Bedürfniss der Leitung für Blinde. Siehe *Eberhard*, Ueber Staatsverfassungen und ihre Verbesserung. Berlin 1793. Heft 1. Vorles. 2. und *Kant*, Ueber den Gemeinspruch; das mag in der Theorie richtig seyn, taugt aber nicht für die Praxis, in der Berlinischen Monatsschrift, Sept. 1793. S. 201. und besonders S. 232.

## §. 3.

In der bürgerlichen Gesellschaft treffen wir beide Arten der Bedürfnisse und Zwekke an. Diese *soll* nach dem Gesetze der Vernunft, und *kann*, da sie die mehresten und besten Mittel dazu gewähret, die Vervollkommnung des Menschengeschlechts, als einen allen und jeden Mitgliedern gemeinen Zweck, beabsichtigen. Ausserdem aber können noch andere besondere Zwekke, nach den besondern Bedürfnissen einzelner Menschen, darinne befördert, und neue darauf sich beziehende kleinere Gesellschaften in der grossen Gesellschaft errichtet werden, in so-



fern sie dem allgemeinen Zwekke nicht widersprechen.

Die Gründe für diesen Staatszwek sind ausgeführt von *Eberhard* a. a. O. Vorlesung 5. und *Kohlschütter*, *de fine societatis ciuilis*, Wittenberg 1793. Es scheint auch diese Meinung dem, was *Kant* von dem Staatszwekke sagt, nicht zu widersprechen. Siehe Freiheit und Eigenthum in 8 Gesprächen, Berlin 1790, und am angef. O. S. 232. u. ff. ferner die Abhandlung eines Ungenannten: Prüfung der vornehmsten Gründe, womit man die Rechtmässigkeit des bisherigen Verhältnisses zwischen dem Staate und den Schulen neuerlich zu bestreiten gesucht hat; im philosophischen Journal für Moralität, Religion und Menschenwohl von Schmidt und Snell, Giessen 1793. B. 1. H. 1. Diesem allgemeinen Zwekke sind die besondern Zwekke stets untergeordnet, und dürfen demselben nie widersprechen, da er in jedem Verhältnisse Pflicht ist, und ihn also jeder haben soll. Ia er ist, in so ferne er Erhaltung und Sicherheit zugleich in sich schliesst, unbedingte und erste Pflicht für die Menschen, welche nicht umhin können, in wechselseitigen Einfluss auf einander zu gerathen. *Schmalz* natürliches Staatsrecht, Königsberg 1794. §. 17. und 46.

§. 4.

Aus dem angegebenen Unterschiede der Zwekke in dem Staate entstehen zwei Verhältnisse der Bürger, die unsere Aufmerksamkeit verdienen. Sie leben in einem *öffentlichen* und *Privatverhältnisse*, da sie erstlich alle verbunden sind, den allgemeinen Zwek zu befördern, sodann aber auch jeder für sich mit andern Einzelnen besondere Zwekke zu erreichen suchen



kann. Eben so sind auch alle Handlungen der Bürger entweder *öffentliche* oder *Privathandlungen*, je nachdem sie sich auf jenen, oder auf diese unmittelbar beziehen.

Die Ausdrücke *öffentlich* und *privat* scheinen der Sache angemessen zu seyn. So wird auch die bürgerliche Gesellschaft wegen der Allgemeinheit des Zwecks *res publica* und Republik im weitesten Sinne des Worts genannt. Siehe *Schaumann* Wissenschaftliches Naturrecht, Halle 1792. §. 571.

§. 5.

Die höchste Gewalt begreift das Recht in sich, die Handlungen der Bürger in beiden Verhältnissen dem allgemeinen Zwecke gemäss zu leiten. Die öffentlichen Handlungen der Bürger hindern, oder unterstützen den allgemeinen Zweck, und müssen daher ganz uneingeschränkt für diesen bestimmt werden.

Auch eine ursprüngliche Privathandlung wird dann als eine öffentliche betrachtet, wenn sie zugleich einen entschiedenen Einfluss auf den allgemeinen Zweck hat. In dieser Rücksicht sind nicht alle Mittel zu den Privatzwecken erlaubt. Die Erwerbungs- und Veräusserungsanstalten sind auf mancherlei Weise eingeschränkt, und die gewaltsame Verfolgung unserer Privatzwecke, und der darauf sich gründenden Privatrechte stehet in der Regel Einzelnen gar nicht zu. Dieses Recht der höchsten Gewalt fließt übrigens unmittelbar aus dem Unterwerfungsvertrage. *Schmälz* a. a. O. §. 112. u. ff.



§. 6.

Die Privathandlungen, welche als solche den allgemeinen Zweck gar nicht betreffen, und mithin den Stof der bürgerlichen Freiheit ausmachen, sind in so ferne der Leitung der höchsten Gewalt unterworfen, als diese verbunden ist, sie durch Anstalten möglichst zu unterstützen, und wider Beeinträchtigungen zu schützen, so bald der Rechthabende ihre Hülfe begehret.

Ein Beispiel einer solchen Privathandlung ist wohl gewiss die Zernichtung eines *Testamenti inofficiosi*, welche ganz in der Willkühr des unrechtmässig Enterbten stehet, und stehen muss, in dem dabei der allgemeine Zweck gar nicht interessirt ist. *Wieland*, Geist der peinlichen Gesezze, Leipzig 1783. Th. I. §. 69. Die bürgerliche Freiheit ist das Recht, kein Gesetz anzuerkennen, als welches man sich selbst gab, oder das Recht, seine Handlungen nach eigener Willkühr zu bestimmen, so weit es der beabsichtigte allgemeine Zweck zulässt. Da alle Bürger den allgemeinen Zweck wollen, die Wahl der Mittel dazu aber der höchsten Gewalt übertragen haben, so sind sie so lange frei, als sie allein zu dem Zwecke bestimmt werden. Siehe *Brackebusch*, Unvorgreifliche Gedanken über Freiheit und Gleichheit, im Schleswighischen Journal, 1792. Sept. S. 51. - 70. *Eberhard* a. a. O. S. 115. und *Fichte* Beitrag zur Berichtigung der Urtheile des Publicums über die französische Revolution. Erster Theil 1793. S. 100. Privathandlungen werden nur deswegen ein Gegenstand der höchsten Gewalt, weil vermöge des allgemeinen Zwecks der Vervollkommnung, auch die Vertheidigung der besondern oder Privatzwecke der höchsten Gewalt obliegt, und in Ansehung ihrer die



gewaltsame Selbsthülfe ebenfalls unzulässig ist. Die höchste Gewalt kann aber nur dann ihre Hülfe ausüben, wenn der leidende Rechthabende es wünschet, da er nach der bürgerlichen Freiheit willkürlich die Kränkung eines Privatrechts auch erdulden, und der Verfolgung eines solchen Zwecks sich gänzlich begeben kann; doch mit der einzigen Einschränkung, wenn die Begebung eines Privatrechts den allgemeinen Zweck nicht stöhret, und die Handlung eine Privathandlung bleibt. Daher stehet es nicht bei mir, ob eine Betrügerei geahndet werden soll oder nicht, wenn ich auch auf den Schadenersatz Verzicht leiste. Diese Bemerkungen enthalten zugleich die Grundlinien zu den Grenzen der Gesetzgebung, und ihrer verschiedenen Arten, welche nun entwickelt werden sollen. Einige ähnliche Ideen liefert *Schmalz*: das reine Naturrecht, Königsberg, 1792. §. 153. und das natürliche Staatsrecht, §. 183. und 192.

§. 7.

Darauf gründet sich die erste Eintheilung der positiven Gesetze. Je nachdem die Bestimmungen der höchsten Gewalt die Mittel zu dem allgemeinen, oder zu einem besondern Zwecke sind, werden sie in *öffentliche* und *Privat-* oder nach der Sprache der Rechtsgelehrten in *bürgerliche* Gesetze eingetheilt.

Der Ausdruck *bürgerlich* wird im weiten Sinne dem Worte *natürlich* entgegen gesetzt, und von allen Dingen gebraucht, die eine Gesellschaft betreffen, deren Mitglieder einen gemeinschaftlichen Zweck haben. Siehe *Schau- mann* am a. O. §. 567. und ff. Im engen Sinne aber ist das Wort ein Beiname aller Dinge, welche bloß einzelne Bürger angehen. *Schmalz* im reinen Naturrecht, §. 153. u. 154. Sonst sagt man gewöhnlich, bürgerliche oder



Privatgesetze wären solche, welche das Mein und Dein betreffen, *Wiand* a. a. O. §. 71. Die Privatgesetze sind nun so verschieden als ihre Gegenstände, oder als die besondern Zwekke, die sie angehen. Besonders theilt man sie in *geistliche*, oder kirchliche und *weltliche* (*Leges eccles. und secul.*) und diese in *allodiale* und *feudale* Gesetze ein. Doch ist ihre weitere Zergliederung ausser den Grenzen unserer Untersuchung. Wir haben vielmehr in dem folgenden Paragraphen die Gegenstände der öffentlichen Gesetze und die Mittel, welche in Ansehung derselben angewendet werden, genau zu entwickeln, da in denselben die peinlichen Gesetze enthalten sind, und auf die Art allein bestimmt werden können.

§. 8.

Was die *öffentlichen* Gesetze betrifft, so beziehen sich diese, als Mittel zum allgemeinen Zwekke, unmittelbar auf die Vervollkommnung des Menschengeschlechts. Zu dieser gehört zuerst Erhaltung gegenwärtiger Bestandtheile der Vollkommenheit oder Sicherheit vor gegenwärtigen und Ruhe vor besorglichen Beleidigungen, und zweitens Mehrung ebenderselben Bestandtheile.

Siehe *Schmidts* Versuch einer Moralphilosophie, zweite vermehrte Ausg. Iena 1792. §. 57.

§. 9.

Die Erhaltung der Vollkommenheit unterscheidet sich zuerst in Ansehung der Collegialrechte und der Rechte Einzelner, und zweitens in Ansehung einer unmittelbaren und mittelbaren Verletzung beider Arten der Rechte. Die



Sicherheit vor den mittelbaren Verletzungen Einzelner kann nicht zu den allgemeinen Bedürfnissen, welche die Menschen zur gesellschaftlichen Verbindung nöthigen, gezählet werden, und die Erhaltung und Vertheidigung wider dergleichen Verletzungen gehört also nothwendig zu den Privatzwecken der Bürger, und ist ein Gegenstand der Privatgesetze. Daher bezieht sich der erste Gegenstand der öffentlichen Gesetze auf die Collegialrechte überhaupt und auf die Privatrechte nur in Rücksicht der unmittelbaren Verletzungen.

Die Rechte auf Erhaltung und Mehrung der Vollkommenheit stehen sowohl einzelnen Bürgern, als auch dem ganzen Staate, als einer moralischen Person, zu. Und darauf haben wir bei der Entwicklung der peinlichen Gesetze zuerst zu sehen. *Unmittelbar* werden diese Rechte verletzt, wenn die Störung derselben sogleich mit einer an sich offenbar unerlaubten Handlung anfängt. Dahin gehöret unrechtmässige Gewalt, und heimliche unrechtmässige Entziehung eines Guts. *Mittelbar* geschieht eine Verletzung, wenn sie aus einer, an sich wenigstens äusserlich erlaubten Handlung zunächst folgt. Die Absicht einer solchen Handlung ist entweder ebenfalls erlaubt, oder gehet auf die Kränkung eines Rechts und ist unerlaubt. Beispiele von der ersten Art der mittelbaren Verletzung sind diejenigen, welche aus den Verträgen entstehen, wie der Fall ist, wenn ein Schuldner ausser Stand gesetzt wird, seine Gläubiger zu befriedigen, da er anfangs die Absicht hatte, zu bezahlen. Zur zwoten Art sind alle Betrügereien zu zählen. Die mittelbare Verletzung der Rechte einzelner Bürger ist nun aber von den Gegenständen der öffentlichen Gesetze auszunehmen. Nur diejenigen



Dinge sind nach unserer Ableitung der öffentlichen Gesetze Gegenstände derselben, welche in dem allgemeinen Zwecke begriffen sind. Der allgemeine Zweck ist unter andern nach denjenigen Bedürfnissen der Menschen zu bestimmen, welche eine gesellschaftliche Verbindung nöthig machen. Nun ist aber eine mittelbare Verletzung nicht von der Art, dass ein Vernünftiger für sich allein sie nicht vermeiden könnte, und daher die Erhaltung vor mittelbaren Verletzungen eben so wenig ein Bedürfniss, welches eine Verbindung mit mehreren erforderte. Ganz anders verhält es sich mit der Erhaltung der unmittelbaren Verletzungen Einzelner.

Was ferner die Erhaltung der Rechte des ganzen Staats vor unmittelbaren und mittelbaren Verletzungen betrifft, so ist diese um so viel mehr ein Gegenstand der öffentlichen Gesetze, da die Dauer der bürgerlichen Gesellschaft die einzige Bedingung der Erreichung des allgemeinen Zwecks ist, und also an sich selbst zugleich mit Zweck wird, den ein jeder haben soll. Die mittelbaren Verletzungen der Collegialrechte betreffen auch noch überdiess stets solche Anstalten, welche auf Mehrung der Vollkommenheit des Ganzen abzwacken, und beziehen sich also auch zugleich auf den zweiten Hauptgegenstand der öffentlichen Gesetze. z. B. bei Verwaltung öffentlicher Cassen und anderer Staatsämter. Der Satz, dass mittelbare Verletzungen einzelner Bürger nur ein Gegenstand der Privatgesetze seyn können; wird dadurch noch mehr bestätigt, weil die Bewegungsgründe bei denselben nicht sogleich einleuchten, Willkühr und Bosheit nicht entschieden sind, und immer noch zu erwarten ist, dass Leichtsinn, Irrthum und Vergessenheit zum Grunde liege. Es bedarf also die Vertheidigung wider eine mittelbare Verletzung einer besondern Untersuchung, die vorgehen muss, und weder anfangen, noch einen Fortgang haben kann, wenn nicht der Verlezte erklärt, dass er sich seines



Rechts nicht freiwillig begeben habe, und also durch Entziehung desselben im eigentlichen Sinne verletzt worden sey. Daher ist das Verfahren von Amtswegen, welches bei Gegenständen der öffentlichen Gesezze Statt hat, hier unzulässig, und es gehören die Fälle zu den Privatgesetzen, die nur dem Rechthabenden auf sein erklärtes Verlangen (angestellte rechtliche Klage) zum Schuz reichen. Siehe §. 6. und Jacobs, Ideen über Gegenstände der Criminalgesetzgebung Leipzig 1793. S. 212. Endlich ist noch zu bemerken, dass die Sicherheit vor Betrügereien, als mittelbaren Verlezzungen, zwar bloß ein Gegenstand der Privatgesetze sei; allein in so ferne dadurch Wahrhaftigkeit und Treue leiden, die als zwei besonders nöthige Vollkommenheiten des Staats bestmöglichst befördert werden müssen, zugleich in einen Gegenstand der öffentlichen Gesezze ausarte. Sobald daher eine Betrügerei zur Untersuchung gediehen ist, welche so wie bei allen mittelbaren Verlezzungen, ohne Klage des Verletzten nicht leicht ihren Anfang nehmen kann, wird dieselbe nicht als Privat- sondern als öffentliche Sache behandelt, und ausser dem Schadenersatz, noch mit öffentlicher Strafe geahndet.

§. 10.

Mit den bemerkten Einschränkungen werden nun die beiden Hauptgegenstände der öffentlichen Gesezze theils *mittelbar*, theils *unmittelbar* begünstiget, da man entweder bloß die Mittel zur Erhaltung und Mehrung der Vollkommenheit erhöht und vervielfältiget, oder Verlezzungen selbst verhindert und die eigentlichen Bestandtheile der Vollkommenheit des Ganzen vermehret. Unmittelbar wird die Erhaltung der Vollkommenheit oder Sicherheit vor Verlezzungen bewirkt, a) durch



Lenkung der menschlichen Handlungen zur Erfüllung der natürlichen vollkommenen Pflichten, und durch Anhaltung zur Entschädigung in dem Uebertretungsfalle, b) durch Bewahrung der Thiere, welche uns schaden können, und c) durch Leitung der uns in Gefahr bringenden leblosen Natur.

a) Es kann hier erstlich von vollkommenen Pflichten und zweitens von natürlichen vollkommenen Pflichten bloss die Rede seyn, da wir hier allein auf Erhaltung sehen, auf welche uns Zwangsrechte zustehen, und die in der bürgerlichen Gesellschaft erst entstandenen vollkommenen Pflichten auf Mehrung der Vollkommenheit abzuwecken; von der weiter unten gehandelt werden soll. Diese natürlich vollkommenen Pflichten liegen uns entweder gegen die Staatsverbindung, oder gegen einzelne Mitglieder derselben ob. Die Erfüllung beider Arten gehört hieher. Ein einziger Unterschied ist in Ansehung der Entschädigung zu machen. Die Leistung derselben ist, in so ferne eine solche vollkommne Pflicht gegen einen Einzelnen im Staate übertreten worden, ein Gegenstand der Privatgesetze, und wird deswegen auch gewöhnlich *Privatgenugthuung* genannt. Es kann daher auch der Verletzte nach seiner Willkühr darauf Verzicht leisten. Nur beiläufig wird sie in einer öffentlichen Untersuchung zugleich mit verhandelt, da sie eigentlich zu dem bürgerlichen Verfahren gehöret.

b) Dahin gehören allerlei Vorschriften und Einrichtungen. Z. B. die Einschränkungen des Hundehaltens, und des freien Herumlaufens derselben, die Anstalten wegen der tollen Hunde, und die Einrichtungen wegen des Wildes, bei dessen Ueberhandnehmung vielerlei Nachtheil zu fürchten ist.



c) Dergleichen Anstalten kommen noch häufiger vor. Z. B. die verschiedenen Wasserbaue, Austroknung der Sümpfe und Wegebesserungen. Siehe *Rössig* Encyclopädie der Cammeralwissenschaften im eigentlichen Verstande, Leipzig 1792. S. 113. Von der unmittelbaren Beförderung der Sicherheit in Ansehung der Thiere und der leblosen Natur handeln wir aber weiter nicht, da bei der Entwicklung der peinlichen Gesezze es allein auf die Beförderung der Sicherheit durch Lenkung der menschlichen Handlungen ankommt.

§. 11.

Zur Erfüllung der vollkommenen Pflichten lenket die öffentliche Gesetzgebung die Menschen a) durch *Erleichterung* derselben, und b) durch *Erschwerung der Verletzung* der ihnen entsprechenden Zwangsrechte.

*Erleichtert* wird die Erfüllung dieser Pflichten, da man  $\alpha$ ) die Hindernisse, welche ihr entgegen sind, wegschaft, und  $\beta$ ) neue willkührliche Bewegungsgründe dazu erfindet, und vor Augen legt.

$\alpha$ ) Es giebt in der bürgerlichen Gesellschaft sehr viele Dinge, welche die Erfüllung der Pflichten erschweren. Sie beziehen sich theils auf den moralischen Zustand der Menschen, theils auf die politischen Einrichtungen der Staaten, und theils auf den physischen Zustand der Menschen. Siehe *Iacobs* Ideen über Gegenstände der Criminalgesetzgebung S. 1. — 93.

$\beta$ ) Neue willkührliche Beweggründe werden besonders durch Belohnungen für die Erfüllung einer Pflicht bewirkt, die jedoch nur selten in Anwendung kommen können, da sie dem Staate zu viel Aufwand verursachen, und auch nicht immer die hinlängliche Wahrscheinlichkeit der Beobachtung einer Vorschrift bewirken.



§. 12.

*Erschweret* wird aber die Verletzung eines Zwangrechts durch gewaltsamen Widerstand gegen die erklärte Absicht, eine Verletzung zu unternehmen, und gegen die Vollbringung einer schon angefangenen Verletzung. Die erste Art der Gewalt nennt man Prävention, und die zwote Vertheidigung.

Es kommen hier die allgemeinen Regeln des Schuzrechtes, und der verschiedenen Arten desselben in Anwendung.

Auch die gewaltsame Vertheidigung im eigentlichen Sinne ist in dem Staate im Gebrauche. Z. B. Wenn Gerichtsknechte oder Soldaten denenjenigen, welche Privatgewalt ausüben, oder wohl gar Tumult und Aufruhr erregen, entgegen gestellt werden.

§. 13.

Der gewaltsame Widerstand gegen die erklärte Absicht, eine Verletzung zu unternehmen, soll entweder die dazu in Anwendung kommenden physischen Kräfte überwinden, oder blos dem freien Willen eine bessere Richtung geben, und zu einer andern Entschliessung nöthigen, in dem mit der Aeusserung dieser Absicht eine solche Gewalt verbunden wird, die den Drohenden überzeugt, er werde bei der Ausführung derselben nichts gewinnen, sondern vielmehr verlieren. Auch diese Art der Gewalt kann Prävention und zum Unterschiede der physischen, eine moralische genennt werden.



Von der physischen Prävention finden sich in der bürgerlichen Gesellschaft mehrere Beispiele: Menschen, die ungeachtet der erlittenen Strafe, noch als gefährliche Leute anzusehen sind, werden auf immer in Zuchthäusern aufbewahrt. *Erhard*, Handbuch des Chursächsischen peinlichen Rechts Leipzig 1789. §. 32. So werden auch Menschen wegen ausgestossener Drohungen so lange in gefährlichem Haft gehalten, bis man von ihnen etwas weiter nicht zu fürchten hat. *Eberhard* a. a. O. §. 178. Endlich gehören noch hierher feste Gebäude, und andere Anstalten, die einer Vergehung physischen Widerstand leisten. Was die zweite Art der Prävention betrifft, so wird solche sonst gewöhnlich Strafe genennt. Sie kommt besonders vor, wenn Iemand uns schon wirklich verletzt, dadurch seine widerrechtliche Neigung und Gesinnung uns zu erkennen gegeben, und in uns die wahrscheinliche Furcht der Wiederholung seiner unrechtmässigen Handlung erregt hat. Davon werden wir aber in dem zweiten Abschnitt des zweiten Hauptstücks dieser Einleitung weitläufiger handeln.

§. 14.

Die *moralische Prävention* wird im Staate vortheilhaft modificirt, da derjenige, welcher die gesetzgebende Gewalt verwaltet, im voraus schon, ohne die wirkliche Aeusserung der Absicht, eine unrechtmässige Handlung zu unternehmen, zu erwarten, die Art der Gewalt bestimmt, und zu Jedermanns Warnung bekannt macht, durch welche man besorgliche Verletzungen zu verhüten suchen werde, damit solchergestalt die blose Drohung so viel wirke, als die wirkliche Ausübung der Gewalt. Dergleichen Gesezze



werden überhaupt *Strafgesetze*, und die darinne bestimmte Gewalt eine *strafende Gewalt* oder *Strafe* genannt. Da nun aber nicht leicht jemand seine pflichtwidrigen Absichten anders, als durch eine schon unternommene Verletzung, zu äussern pflegt, so nimmt man in den Strafgesetzen vorzüglich auf den Fall Rücksicht, wenn ein Recht schon verletzt ist. Es ist daher ein Strafgesetz im allgemeinen ein solches, worinne bestimmt ist, dass jedem Beleidiger eine Gewalt zugefügt werden solle, deren nachtheilige Folgen für ihn, die von der unrechtmässigen Handlung zu hoffenden Vortheile überwiegen, um dadurch schon einen entstandenen pflichtwidrigen Willen davon abzulenken.

Solche Bestimmungen kommen auch in den Privatgesetzen vor. Daher sind die Strafgesetze entweder Privat- oder öffentliche Strafgesetze.

§. 15.

Nun sind wir so weit gekommen, dass der eigentliche Begriff der peinlichen Gesetze bestimmt werden kann. Es sind sowohl die Gegenstände derselben, als auch die Mittel zu ihrem Zwecke bereits entwickelt. Sie sind eine Gattung der Strafgesetze, und die Mittel zu ihrem Zwecke bestehen also in der strafenden Gewalt. Sie zwecken aber zunächst auf Sicherheit vor unmittelbaren Verletzungen der natürlichen Zwangsrechte sowohl einzelner Bürger, als des ganzen Staats ab. Daher ist ein eigentliches peinliches Gesetz eine Vorschrift, welche



die unmittelbare Verletzung eines natürlichen Zwangsrechts unter Androhung einer Strafe verbietet, und derjenige Theil der Rechtswissenschaft, welcher die Rechte und Verbindlichkeiten in sich begreift, die aus diesen Gesezen entlehnt sind, heisst die peinliche Rechtswissenschaft im eigentlichen Sinne.

Durch ein Verbrechen hört ein Bürger nicht schlechterdings auf, ein Mitglied des Staats zu seyn. Es stehet noch bei der Gesellschaft, ob sie für nöthig hält, wegen der Verletzung der Vereinigung in einem einzigen Falle mit einem Verbrecher die ganze Verbindung aufzuheben, welches oft überhaupt unpolitisch und insbesondere gegen jenen ungerecht seyn würde. Es kann daher das Strafrecht gegen Verbrecher nicht zu den äussern Majestätsrechten gezählet werden, wie Schmalz thut. Natürliches Staatsrecht, §. 144.-160. Die ursprünglichen Grenzen der peinlichen Gesetzgebung scheinen auch überhaupt in der Stelle zu sehr eingeschränkt zu werden. Der Ausdruck *peinlich* wird hier in dem weitesten Sinne genommen, in welchem es, von dem Worte *Pein* oder *Schmerz* abgeleitet, so viel als schmerzlich, und alles, was einen Schmerz verursacht bedeutet. Uneigentlich zeigt es hernach alles an, was für uns als ein Uebel empfindlich ist. Man braucht daher das Wort von solchen Gesezen, die allein durch Strafen gesichert werden, da diese entweder einen körperlichen Schmerz, oder sonst ein empfindliches Uebel verursachen. Ueber andere Bedeutungen des Worts ist nachzusehen: *Robert und Koch*, über civil und criminal Strafen und Verbrechen, Giessen, 1785. Uebrigens hat das lateinische Wort *criminalis*, als ein in der deutschen Sprache aufgenommenes Wort, eben die Bedeutung des Worts *peinlich*.



## Zwote Abtheilung.

*Von dem uneigentlichen Begriffe der peinlichen Rechtswissenschaft nach dem Gerichtsgebrauche und dem gewöhnlichen Lehrsysteme.*

---

### §. 16.

Wir würden zu dem Vorhergehenden etwas weiter nicht hinzuzusetzen haben, und hätten nicht nöthig, noch von dem zweiten Hauptgegenstande der öffentlichen Gesezze, nämlich von der Mehrung der Vollkommenheit, und von den verschiedenen Arten, selbige unmittelbar zu befördern, so wie auch von der mittelbaren Beförderung beider Hauptgegenstände weitläuftiger zu handeln, wenn die Gesezgeber und Rechtsgelehrten von dem eigentlichen Begriffe der peinlichen Rechtswissenschaft nicht so sehr abgewichen wären, dass diese sich auch auf andere Gegenstände beziehet.

Da dieses System mit Beziehung auf das Chursächsische positive peinliche Recht abgefasset seyn soll, so dürfen wir die gewöhnliche Vorstellungsart von peinlichen Fällen nicht ganz verlassen, und haben wenigstens die Abweichungen derselben anzugeben.

### §. 17.

Die Mehrung der Vollkommenheit als der zweite Gegenstand des Staatszweks betrifft entweder bloß einzelne Mitglieder, oder überhaupt



die ganze bürgerliche Gesellschaft und ihre Verbindung. Nur in dieser Rücksicht ist sie ein Gegenstand der öffentlichen Gesezze, da der allgemeine Zweck in der Vervollkommnung des Ganzen besteht. Beabsichtigen die Bürger ausserdem die Vervollkommnung ihrer eignen Person, oder anderer einzelnen Mitbürger auf irgend eine Art, so gehört dieser Zweck zu den Privatzwekken, ist also der allgemeinen Vervollkommnung untergeordnet, und kann nur statt finden, in so ferne er dieser nicht widerspricht. Es folgt ferner daraus, dass zur Vervollkommnung Einzelner die höchste Gewalt zwar Anstalten treffen, und solche unterstützen könne, indem er wenigstens, so wie physische Personen gegen einander, eine unvollkommne Pflicht dazu hat, aber doch unter keiner Bedingung dabei die Willkühr der Bürger ausschliessen, und sie mit Gewalt dazu nöthigen dürfe, sondern es bleibt dieses ein Theil der bürgerlichen Freiheit, und der moralischen Gesinnung eines jeden überlassen, ob und wie er von den dazu getroffenen Einrichtungen Gebrauch machen will.

Es kann die Mehrung der Vollkommenheit sich auf den ganzen Staat entweder zunächst beziehen, oder nur einen entfernten Einfluss auf die allgemeine Vervollkommnung haben. Diejenigen Handlungen, welche zwar zunächst auf die Vervollkommnung Einzelner wirken, doch aber auch einen entfernten Einfluss auf den allgemeinen Zweck äussern, werden dadurch zugleich ein Gegenstand der



öffentlichen Gesezze, und können folglich ebenfalls uneingeschränkt dem Zwecke gemäss geleitet werden. Nur in dem Falle, wenn der Einfluss auf das Ganze nicht gewiss und entschieden, sondern bloß wahrscheinlich und unentschieden bleibt, sind nicht alle Mittel dazu anwendbar, damit diese nicht mehr schaden, als nützen, und die bürgerliche Freiheit nicht ohne Nothwendigkeit widerrechtlich eingeschränkt werde. Daher bedient man sich unter solchen Umständen keiner Gewalt, sondern sucht bloß die Handlungen, welche gewünscht werden, zu erleichtern, und durch neue damit verbundene willkührliche Vortheile die Bürger dazu zu veranlassen. Z. B. durch Belohnungen wie in der *Lege Papia Poppaea* von den Römern geschahe.

Sollte aber die Beziehung einer auf die Vervollkommnung einzelner Mitglieder abzwekkenden Handlung gar nicht ausgemacht seyn, so müssen die deswegen uns obliegenden Pflichten nach dem Umfange der bürgerlichen Freiheit, auch im Staate unvollkommen bleiben. Ueberdieses haben vernünftige Menschen keinesweges das Bedürfniss, deswegen mit andern in Verbindung zu treten, um sich zu ihrer eignen Vervollkommnung nöthigen zu lassen. Es bleibt also auch unsere eigene Vervollkommnung in dieser Rücksicht ein Privatzwek.

§. 18.

In soferne nun die Mehrung der Vollkommenheit auf den ganzen Staat gehet, so wird sie eben so wie die Erhaltung und Sicherheit von der höchsten Gewalt theils *mittelbar*, theils *unmittelbar* befördert. Die unmittelbare Beförderung der Vervollkommnung muss ebenfalls so wohl in Ansehung der Menschen selbst, als auch in Ansehung der Dinge ausser denselben



oder des Vermögens beabsichtigt werden. Was die Mitglieder des Staats anlangt, so bestehen die zu erringenden Vollkommenheiten in Mehrung oder Bevölkerung und Bildung derselben. Diese Vollkommenheiten werden von der höchsten Gewalt unmittelbar vermehrt, in dem sie die ihr dieserhalb zustehenden Rechte wirklich ausübet, und die Handlungen der Bürger zur Erfüllung der ihnen deswegen obliegenden Pflichten zunächst lenket.

Da die bürgerliche Gesellschaft eigentlich doch nichts anders ist, als die Summe aller ihrer Glieder, so muss die vollkommenste diejenige seyn, welche aus den meisten und vollkommensten Menschen besteht. Im allgemeinen sind die Handlungen des Staats für die Mehrung seiner Vollkommenheit eben so zu bestimmen, als die einer physischen Person für diesen Zweck. Er hat das Recht sich zu vervollkommen, und ist in der Rücksicht zu allen Handlungen befugt, wodurch andere nicht als Mittel gebraucht werden. Andere haben gegen ihn dazu bloß eine unvollkommene Pflicht. Und dieses würde auch bei den einzelnen Mitgliedern des Staats der Fall seyn, wenn nicht vermöge des allgemeinen Zwecks, der auch die Mehrung der Vollkommenheit mit sich begreift, die natürlich unvollkommenen Pflichten dazu in vollkommene verwandelt worden wären. Er braucht also die Bürger nicht als Mittel, in wieferne er auf irgend eine Art ihre Handlungen zu dem von ihnen selbst gewählten Zwecke leitet.

§. 19.

Da die auf Mehrung der allgemeinen Vollkommenheit sich beziehenden Pflichten der Bür-



ger in dem Staate, vermöge des allgemeinen Zwecks und des Unterwerfungsvertrags, vollkommene sind, und die höchste Gewalt, ihre Erfüllung zu fordern, ein Zwangsrecht hat, so werden die Handlungen der Bürger auf eben die Arten zur Erfüllung dieser Pflichten geleitet, als §. 11 – 14. angegeben worden ist.

§. 20.

Es giebt daher auch Vorschriften in den öffentlichen Gesezen, nach welchen durch gewaltsamen Widerstand die Bürger von Verletzung einer auf Mehrung der Vollkommenheit des Staats abwekkenden Pflicht abgehalten werden sollen. Davon ist die strafende Gewalt ebenfalls nicht ausgeschlossen. Folglich treffen wir auch unter den öffentlichen Gesezen Strafgesetze zur Beförderung dieses Gegenstandes des Staatszwecks an §. 14.

§. 21.

Die Erörterung des uneigentlichen Begriffes der peinlichen Rechtswissenschaft erfordert nun auch noch, dass wir zeigen, wie sowohl die Erhaltung als die Mehrung der Vollkommenheit in dem Staate mittelbar bewirkt werde. Die Mittel, durch deren Erhöhung und Vervielfältigung die Mehrung der Vollkommenheit mittelbar begünstiget werden kann, sind zuerst nach den angegebenen Vollkommenheiten der bürgerlichen Gesellschaft verschieden, und beziehen



sich also theils auf die Mitglieder selbst, theils auf das Staatsvermögen und, was jene betrifft, auf Bevölkerung und Bildung. Die Bevölkerung erfordert Anstalten *a)* zur zweckmässigen Befriedigung des Geschlechtstriebes *b)* zur Beförderung der Gesundheit, *c)* zur leichten Erwerbung des hinlänglichen Unterhalts und *d)* zu einem bequemen und belustigenden Aufenthalte.

*a)* Einrichtung der ehelichen Verbindungen,

*b)* Gute Nahrungsmittel, Medicinalanstalten und Reinlichkeit,

*c)* Verbote des Vor- und Aufkaufs, der Ausfuhr und überhaupt die Vorsorge für die Industrie des Volks,

*d)* Sorge für die Schönheit und Anmuth des Landes, welche auf die Erhaltung der Eingebornen, und die Anziehung der Fremden wirkt.

Von diesen hierher gehörigen Umständen handelt weitläufig *Rössig*, im Lehrbuch der Polizeywissenschaft, Iena 1786. und Encyclopädie der Cammeralwissenschaften im eigentlichen Verstande, Leipzig 1792.

§. 22.

Die Bildung der Staatsmitglieder begreift hier blos solche Eigenschaften in sich, welche zur Erreichung des Staatszweks beitragen. Die Eigenschaften von der Art sind sowohl körperliche, als geistige. Iene werden durch eben die Anstalten erlangt, welche die Gesundheit unterstützen. Diese erfordern solche Einrichtungen, nach welchen den Bürgern Gelegenheit und Veranlassung gegeben wird, moralische und politische Grundsätze und nützliche Kenntnisse einzu-



sammeln, oder von der Aeusserung und Verbreitung böser und schädlicher Grundsätze abzustehen.

Durch geistige Bildung überhaupt werden die Mitglieder in den Stand gesetzt, die Bewegungsgründe aller ihrer Pflichten einzusehen und zu beurtheilen. Moralische Grundsätze sanctioniren die unvollkommenen bürgerlichen Pflichten, welche der Gesetzgeber nicht in vollkommene verwandeln darf. In wieferne besonders die Religion zur Vervollkommnung des Staats beitrage, ist in verschiedenen Schriften dargethan worden. *Montesquieu, esprit des loix*, L. 24. *Filangieri, della Legislazione* L. 3. ch. 35. und L. 8. c. 2. und *Eberhard*, a. a. O. Vorles. 18. Bei dieser Bildung kommen unter andern auch solche Kenntnisse vorzüglich in Betrachtung, die uns zu Dienern des Staats, und zu öffentlichen Aemtern geschickt machen. Ja es kann auch so gar Gewalt gebraucht werden, dass man solche Anstalten benutze, z. B. gegen Unmündige und Eltern, die ihre Kinder dazu nicht an- oder davon abhalten. Siehe die angeführte Abhandlung über das Verhältniss der Schulen zum Staate, im philosophischen Journal für Moralität, Religion und Menschenwohl von *Schmid* und *Snell*, 1793. B. 1. H. 1. S. 108.

§. 23.

Das Staatsvermögen, als der zweite Gegenstand der allgemeinen Mehrung der Vollkommenheit, wird möglichst vergrössert. Dazu dient eine gute Oekonomie, und Begünstigung der Künste, des Handels und der Gewerke. Und für diese Dinge sorgt man durch aufmunternde Einrichtungen und Hinwegräumung der



Hindernisse, welche der Veredlung und Ver-  
tauschung der Produkte entgegen stehen.

§. 24.

Die Erhaltung und Sicherheit wird mittelbar durch eben die Umstände befördert, welche als Mittel zu Mehrung der Vollkommenheit des Staats angeführet worden sind. Je mehr die Vollkommenheit in einem Staate zunimmt, desto mehr werden die Mitglieder sich der Gründe für die Erhaltung anderer bewusst, und desto mehr ist für die Befriedigung ihrer Bedürfnisse gesorgt, wodurch die vorzüglichste Quelle der Eingriffe in die Rechte anderer verstopft wird.

*Privatrecht* { Die Mehrung der Vollkommenheit begreift Mehrung der Bildung der Bürger zum allgemeinen Zwecke in sich. Die Bildung setzt uns zuerst in den Stand unsere vollkommene Pflicht, Niemanden zu verletzen, und die Wichtigkeit ihrer Erfüllung selbst zu erkennen, und führt uns auf solche Bewegungsgründe der Religion, der Moral und der Politik, die einen stärkern und allgemeineren Eindruck machen, als die strafende, und alle andere Arten der Gewalt. Wären in manchen Ländern die Schulen in besserem Zustande, so hätte man weniger Zuchthäuser nöthig. Diese Bildung ist die eigentliche Aufklärung, welche einem Staate, dessen Einrichtungen und Gesezze zweckmässig und gerecht, und nicht auf Privateigennuz gegründet sind, nie gefährlich werden kann. Siehe *Beckers Versuch über die Aufklärung*, und *Erhards Versuch über das Ansehen der Gesezze* und die Mittel ihnen solches zu verschaffen und zu erhalten. Dresden 1791. 3. Cap. „Was hat der Souverain in Ansehung der Bildung der Staatsbürger für das Ansehen der Gesezze zu thun?“ Ein Eng-



länder drückt sich hierüber so aus: „Man muss zuerst  
„dafür sorgen, dass Jeder in seinen Rechten und Pflich-  
„ten wohl unterrichtet, dass er mit den Gesezen, ihrem  
„wahren Geiste, Zwekke und Gehalte wohl bekannt ge-  
„macht werde, damit er die Ursache seines Gehorsams  
„und die Art sich dagegen zu bewahren, wenn er es  
„für unrecht hielte, kennen lerne; dass er gelehrt werde,  
„die Sorgen und das Interesse eines Activbürgers zu füh-  
„len, sich als ein wirkliches Mitglied des Staats zu be-  
„trachten, die Regierung als seine eigene, die Societät  
„als seine Freundin, und die Beamten als Diener des  
„Staats anzusehen. Wer diese Begriffe inne hat, wird das  
„Gesez nie verletzen, es geschehe denn aus Noth; und  
„solcher Noth ist durch eben die einleuchtenden Mittel  
„vorzubeugen.“ Siehe die Uebersetzung des Buchs: Gu-  
ter Rath an die Völker Europens bei der Nothwendigkeit  
die Regierungsgrundsätze überall zu verändern. London  
1792. Cap. 4. Desgleichen *Eberhard* a. a. O. Vorles. 18.  
„Es kann dem Staate nicht anders als erwünscht und  
„heilsam seyn, dass seine Bürger den Glauben an eine  
„allwissende und vergeltende Vorsehung in ihrem Her-  
„zen haben, der zu ihrem Gewissen spricht, sein Ge-  
„sezbuch, das sich nicht auf die innern Gedanken und  
„Neigungen erstrecken kann, ergänzt, und den bürger-  
„lichen Gesezen eine heiligere Sanction mittheilt.“

Durch die angegebenen Mittel zur Mehrung der Voll-  
kommenheit werden zweitens auch oft die Quellen ver-  
stopft und die Gelegenheiten entfernt, woraus Beleidig-  
ungen entstehen. Zu jenen gehört besonders Aberglaube,  
Mangel an Lebensunterhalt und Unsittlichkeit. So er-  
zählt *Klein* in den Annalen der Gesetzgebung und Rechts-  
gelahrtheit in den Preussischen Staaten Th. 9. S. 40. und  
78, Beispiele von Verbrechen, die vorzüglich auf  
Aberglauben sich gründeten. Armuth veranlasst Betrug  
und Diebereien. Uebermaas im Trunk ist beinahe die



Quelle der mehresten Vergehungen. Siehe den Versuch über die Gesezgebende Klugheit Verbrechen ohne Strafen zu verhüten. Frankf. und Leipzig. 1778.

§. 25.

Auch alle diejenigen Verordnungen, welche diese Mittel zur Erhaltung und Mehrung der Vollkommenheit betreffen, und diese beiden Hauptgegenstände des Staatszweks mittelbar befördern, sucht die höchste Gewalt ebenfalls durch Erleichterung der darauf sich beziehenden Pflichten und Erschwerung der Uebertretung derselben zu sichern, und bedient sich also, in Ansehung der leztern, der oben beschriebenen strafenden Gewalt. Wir finden daher auch unter den öffentlichen Gesezen dieser Gattung, Strafgesetze.

§. 26.

Im allgemeinen aber nennt man alle Vorschriften, welche auf die mancherlei Arten, die in den vorhergehenden Paragraphen entwickelt worden sind, auf die mittelbare und unmittelbare Mehrung der Vollkommenheit, und auf die mittelbare Erhaltung derselben abzwecken, *Polizeigesetze*. Ferner gehören auch zu den Polizeigesetzen diejenigen Verordnungen, welche die Verhütung der unmittelbaren Verlezzungen eines Zwangsrechts beabsichtigen, in so fern dieses nicht durch Strafen, sondern durch andere Mittel geschieht. Die öffentlichen Gesezze sind daher



entweder *peinliche* oder *polizeimässige Gesezze*, und diese von einem weit grössern Umfange, als jene.

Diese Eintheilung der öffentlichen Gesezze ist nicht nur in der Natur derselben gegründet, sondern scheint auch einen praktischen Nuzzen zu haben, da die peinlichen Gesezze allein die Sicherheit wider unmittelbare Verletzungen der natürlichen Zwangsrechte betreffen, und die Zwangsrechte heiliger, als die Nichtszwangsrechte, so wie auch die unmittelbaren Verletzungen gefährlicher, als die mittelbaren, für den Staat sind. Die peinlichen Gesezze werden also dadurch an sich überhaupt wichtiger, und erfordern eine grössere Vorsicht und mehr Sicherheit. M. s. *Kleinschrods Systematische Entwikkelung der Grundbegriffe und Wahrheiten des peinlichen Rechts nach der Natur der Sache der positiven Gesetzgebung*. Erlangen 1794. Th. I. S. 9. Der Beiname *Polizei* drückt das Wesen dieser Art von Gesezzen völlig aus. Das Wort *Politia* bedeutet, nach der Ableitung von dem Worte *πολις*, die gute Einrichtung einer Stadt und, da oft Städte zugleich ganze Staaten waren, auch die gute Einrichtung eines Staats. Diese zweckt auf Vervollkommnung des Ganzen ab. Polizeimässig ist daher alles das, was auf Vervollkommnung des Ganzen überhaupt abzweckt. Gewöhnlich und auch hier nehmen wir davon die Gegenstände der peinlichen Gesezze aus, und verstehen unter der Polizei den Inbegriff aller auf Vervollkommnung des Ganzen abzwekkenden Einrichtungen, welche nicht die Sicherheit von unmittelbaren Verletzungen eines natürlichen Zwangsrechts durch Strafen beabsichtigen.

§. 27.

Von diesen Begriffen der peinlichen und Polizeigesezze ist man nun darinne abgewichen,



Strafgesetze  
Erhard'sche  
brennen
 dass man einige der polizeimässigen Strafgesetze zu den peinlichen Gesetzen zählt. Man sahe die Nothwendigkeit ein, peinliche Gesetze von den polizeimässigen zu unterscheiden, da jene von grösserer Wichtigkeit sind, und ihre Anwendung ein besonderes Verfahren zu erfordern schien, und nahm, in Ermangelung der richtigen Begriffe davon, die Grösse der Strafen als das Unterscheidungszeichen zwischen beiden an. Daher ist es gekommen, dass wir gewöhnlich solche polizeimässige Gesetze, welche nach Art der peinlichen Gesetze durch Androhung einer Strafe sanctionirt sind, ebenfalls peinliche Gesetze nennen.

Eben dieses hat auch *Erhard* bemerkt. Handbuch des Chursächsischen peinlichen Rechts §. 70. Note 2. Desgleichen macht darauf aufmerksam *Iacobs*, a. a. O. S. 217. Welche Polizeigesetze als peinliche Gesetze aber angesehen, und behandelt werden, das ist nach den positiven Gesetzen und den gewöhnlichen Lehrbüchern zu bestimmen. Wir versparen dieses bis zu der Lehre von den einzelnen Verbrechen.

§. 28.

Daraus entstehet nun der uneigentliche Begriff der peinlichen Gesetze, indem man nach dem Sprachgebrauche der Gerichte darunter *solche Vorschriften* versteht, *in welchen theils die unmittelbaren Verletzungen der natürlichen Zwangsrechte, theils gewisse andere polizeiwidrige Handlungen auf gleiche Art unter Androhung*



einer Strafe verboten werden. Darnach wird der Begriff der peinlichen Rechtswissenschaft im uneigentlichen Sinne bestimmt.

§. 29.

Die Entwicklung dieser Begriffe führt uns endlich zu dem Verhältnisse, in welchem die peinliche Rechtswissenschaft mit andern Theilen der ganzen positiven Rechtswissenschaft stehet.

Diese ist, in soferne wir das Staatsrecht davon ausschliessen, welches für sich bestehet, und als ein besonderer Haupttheil allen übrigen Theilen der Rechtswissenschaft entgegengesetzt wird:

A) Die öffentliche Rechtswissenschaft.

a) die peinliche,

b) die polizeimässige.

B) die Privatrechtswissenschaft oder die Bürgerliche.

a) die allodiale,

aa) die kirchliche (*eccles.*)

bb) die weltliche (*secul.*)

b) die feudale.

---

## Zweiter Abschnitt.

*Von der Eintheilung der peinlichen Rechtswissenschaft.*

---

§. 30.

Bei der Eintheilung der peinlichen Rechtswissenschaft nehmen wir allein auf ihre verschiedenen Gegenstände Rücksicht, da alle übrige



sonst gewöhnliche Eintheilungen in Ansehung der Quellen und des Alters derselben von keinem Nuzzen sind. Die Lehren dieser Wissenschaft enthalten entweder die Bestimmungen der hieher gehörigen unerlaubten Handlungen und ihrer Strafen, oder die Regeln, nach welchen bei Ausübung der Strafbestimmungen verfahren werden müsse. Sie wird daher zuerst in die *theoretische* und *praktische* eingetheilt.

Ein Fall, wo ein peinliches Gesez Anwendung leidet, heisst ein peinlicher Fall, und ein dabei vorkommendes Geschäft ein peinliches oder ein Criminalgeschäft. Von dem praktischen Theile der peinlichen Rechtswissenschaft ist die peinliche oder Criminalpraxis selbst noch verschieden. Diese bestehet in einer Fertigkeit peinliche Geschäfte zu treiben, und hängt von der Uebung ab. Iener aber wird als ein Theil der Theorie gelehret, und durch Unterricht erworben. S. *Nettelbladts* Abhandlung von der praktischen Rechtsgelahrtheit überhaupt, Halle 1764. und *Rave Disp. de praxi iuris monita generalia sistens*, Iena 1766.

---

§. 31.

Ie nachdem in dem theoretischen Theile blos allgemeine Grundsätze von allen, in peinlichen Gesezen verbotenen Handlungen und Strafen vorkommen, ohne auf einzelne Fälle Rücksicht zu nehmen, oder diese Handlungen einzeln aufgezählt, und nebst ihren Strafbestimmungen beschrieben werden, ist die theoretische Criminalrechtswissenschaft entweder die *allgemeine*, oder die *besondere*.



§. 32.

Der praktische Theil leidet mehrere Unterabtheilungen. Er betrifft entweder die Ordnung, in welcher die zur Anwendung eines peinlichen Gesezzes erforderlichen Handlungen auf und neben einander folgen sollen, oder die in peinlichen Sachen zu verhandelnden Geschäfte selbst. Iene Unterabtheilung wird die *Theorie des peinlichen Processes*, und diese die *praktische Criminalrechtswissenschaft insbesondere* genannt.

Die in peinlichen Sachen verhandelten Geschäfte, sie mögen mündlich oder schriftlich vorgenommen werden, nennt man *Criminalakten*.

§. 33.

Die praktische Criminalrechtswissenschaft insbesondere ist wieder verschieden, da die Criminalgeschäfte theils in der Untersuchung, theils in der Entscheidung der peinlichen Fälle bestehen. Darauf gründet sich die Eintheilung derselben in die *Theorie der Kunst Criminalakten zu verhandeln*, und in der *Theorie der Kunst mit Criminalakten umzugehen*.

Durch jene entstehen besonders geschriebene Criminalakten, und durch diese werden dieselben ihrer Bestimmung gemäss behandelt.

§. 34.

Endlich theilt man die Theorie der Kunst mit Criminalakten umzugehen noch in die



*Theorie der Referirkunst in Criminalsachen*  
und in die *Theorie der Dekretirkunst in Crimi-*  
*nalsachen* ein.

Der Criminalprocess ist also nur ein Theil der prakti-  
schen Criminalwissenschaft.

Die Eintheilung der peinlichen Rechtswissenschaft in  
die öffentliche und Privatrechtswissenschaft findet hier  
nicht statt, da wir hier von dem Staatsrechte überhaupt  
nicht, und also auch nicht von den deutschen peinlichen  
Reichsgesezen für erlauchte Personen handeln. Wir ha-  
ben §. 4. und 7. den Ausdruck *öffentlich* von peinlichen  
und Polizeigesezen in Ansehung des allgemeinen Zwek-  
kes der bürgerlichen Gesellschaft gebraucht, in so ferne  
diese den bürgerlichen Gesezen entgegengesetzt werden.  
Hier kömmt aber der Ausdruck in einer noch weitem Be-  
deutung von dem Staatsrechte im Gegensaz des Privat-  
rechts, ebenfalls im weitesten Sinne genommen, vor. Das  
Privatrecht im weitesten Sinne begreift ausser dem bür-  
gerlichen Rechte, noch das peinliche und Polizeirecht  
mit in sich.

---



## Zweites Hauptstück.

### *Von den Quellen der peinlichen Rechtswissenschaft.*

---

#### §. 35.

Unter den Quellen dieser Wissenschaft verstehen wir, wie aus dem §. 28. erhellet, Vorschriften, wie die hierher gehörigen unerlaubten Handlung endurch Strafen verhindert werden sollen. Diese sind nun entweder in den Gesezen des Staats schon ausdrücklich bestimmt, oder nach dem Naturrechte noch festzusezen. Wir unterscheiden also mit Recht bei den Quellen *positive* und *natürliche* peinliche Gesezze.

Dass die strafende Gewalt auch nach dem Naturrechte gerechtfertiget werden, und es also auch natürliche Strafgesetze geben könne, wird in dem zweiten Abschnitt dieses Hauptstücks erklärt werden.

#### Erster Abschnitt.

##### *Von den positiven peinlichen Gesezen.*

---

#### §. 36.

Bei den positiven Gesezen schränken wir uns allein auf *Chursachsen* ein. Die darinne geltenden peinlichen Gesezze sind wieder entweder *einheimische* und schlechterdings verbindliche, oder *fremde*, aufgenommene, und nur in Er-



mangelung der ersten verbindende. Es scheint mir zwekmässiger zu seyn, wider die Gewohnheit erst von jenen, und dann von diesen zu handeln, da letztere bloß als Hülfsgesetze in Betrachtung kommen, und nur, wenn jene fehlen, eine Erklärung bedürfen.

### Erste Abtheilung.

*Von den ursprünglich Sächsischen Gesetzen.*

---

#### §. 37.

So wie die Sächsischen Gesetze überhaupt *gemeine* und *besondere* sind, und diese wieder entweder *Chursächsische* oder *herzoglich Sächsische*, so haben wir auch auf eben die Art die Sächsischen *peinlichen* Gesetze zu unterscheiden.

### Erste Unterabtheilung.

*Von den gemeinen Sächsischen Gesetzen.*

---

#### §. 38.

Vor den Zeiten Karls des Grossen haben, nach der gewöhnlichen Meinung, die Sachsen geschriebene Gesetze gar nicht gehabt, und also auch über die Gegenstände der sogenannten *peinlichen* Gesetze, nur nach gewissen *Rechtsgewohnheiten* entschieden.

*Hanack* in der Vorbereitung zur Sächsischen Rechtsgelehrtheit, Witt. 1765. S. 114. und *Beyer* in der Disp. de



*prisco Germano haud illiterato* behaupten zwar, dass die Sachsen schon vorher geschriebene Gesetze gehabt hätten, scheinen aber von andern hinlänglich widerlegt zu seyn. *Conring. de origine iur. Germ.* Helmst. 1665. cap. 13. p. 52. und *Erhard* Handbuch des Chursächsischen peinlichen Rechts §. 11. Auch handelt ebenderselbe von den peinlichen Rechtsgewohnheiten der alten Sachsen selbst, a. a. O. §. 9. und 10.

§. 39.

Unter seiner Regierung erhielten sie die ersten geschriebenen Gesetze, welche zum Theil auch peinliche Vorschriften enthalten. Dergleichen sind die *Lex Saxonum*, die *Capitulatio de partibus Saxoniae* und das *Capitulare Saxonum*, welche aber, so wie die nachfolgenden Privatsammlungen der alten Sächsischen Gewohnheitsrechte, nämlich die beiden Sachsenspiegel, der Richtsteig und das Magdeburgische Weichbild, da sie heutzutage nur in sofern noch eine praktische Anwendung haben, als erwiesen ist, dass sie bei uns durch Statuten oder Herkommen beibehalten worden, zu den historischen und iuristischen Hülfsmitteln gehören.

Ueber die Entstehung der genannten Gesetze ist nachzusehen: *Conring* a. a. O. *Wiesand, de origine et natura legis Salicae*, Lips. 1760. *Struvii histor. iur.* Ien. 1718. cap. 9. *Heineccii histor. iur. civil. Rom. et Germ.* Argent. 1765. L. 2. c. 2. §. 33-36. und §. 73. u. f. *Selchow* Geschichte der in Deutschland geltenden Rechte, Gött. 1779. §. 252. u. ff. und *Fischer* Entwurf einer Geschichte des teutschen Rechts, Leipzig 1781. Ob nun gleich die



alten Sachsen sehr auf diese Gesetze hielten, und sich solche von verschiednen deutschen Königen bestätigen liessen, so haben sie doch ihre praktische Anwendung verlohren, und sind in der Regel bloss als Quellen der Geschichte von den alten Gewohnheiten zu betrachten. Siehe *Biener* in der *Disp. de legum crim. Sax. antiq. auctoritate Lips.* 1786.

Was die Privatsammlungen der alten Sächsischen Gewohnheitsrechte betrifft, so wird zwar die Unzulässigkeit ihrer heutigen Verbindlichkeit von einigen noch in Zweifel gezogen; allein die richtige Meinung ist ohnstreitig die angeführte.

*Struben*, Abhandlung von dem Missbrauche und guten Gebrauche der alten deutschen Rechte, in seinen Nebenstunden Th. 5. §. 27. und *Kind Progr. de Speculi Saxonici usu et auctoritate, Lips.* 1785. Auch stimmt der Gerichtsgebrauch mit dieser Meinung überein. *Leys. Medit. ad Pand. Vol. 12. P. 1. p. 365. Hommel, disput. de proëdria legum Iustinianearum prae iure patrio antiquo in foris Germanorum Lips.* 1739. *Carpz. P. 2. Const. 35. def. 8. n. 4. Schilter. Exerc. I. §. 13. Stryck, Praef. Vs. mod. Pand. §. 27. Pütter* in seinen Rechtsfällen Band 1. S. 157. und Band 2. S. 202. und *Schott, Institut. iur. Sax. El. priv. Lips.* 1785. *proleg. §. 17. u. ff.* Uebrigens ist weiter unten von diesen Rechtssammlungen weitläufiger zu handeln, Hauptst. 3. Abschnitt I, Abth. 1. der Einleit.

#### §. 40.

Obgleich auch in dem 13ten Jahrhunderte die Markgrafen von Meissen als Gesetzgeber sich hervorgethan hatten, so können doch die vor der Theilung der Sächsischen Lande gegebenen Gesetze als ächte Quellen des peinlichen Rechts nicht empfohlen werden, da sie mehr Polizeieinrich-



tungen enthalten und die neuern Gesezze zu sehr davon abgewichen sind. Dahin gehört besonders die Landesordnung der Gebrüder Churfürst Ernst und Herzog Albert, vom Jahre 1482.

Ueber andere dergleichen Gesezze ist *Heyme, Digesta iur. Sax.* Leipzig 1734. und *Hanack* in der Vorbereitung zur Sächsischen Rechtsgel. 3. Abth. nachzusehen.

### Zweite Unterabtheilung.

#### *Von den besondern Chursächsischen Gesezzen.*

---

#### §. 41.

Die Chursächsischen peinlichen Gesezze, welche seit der Theilung der Sächsischen Lande bekannt gemacht worden sind, unterscheiden sich endlich noch durch ihren Inhalt. Die glückliche Bearbeitung und Bildung der peinlichen Rechtswissenschaft, die wir zu Ende des 18ten Jahrhunderts erlebt haben, hat ebenfalls auf die Chursächsischen Gesezze einen so wohlthätigen Einfluss gehabt, dass diese unter der Regierung des Durchlauchtigsten ize regierenden Churfürsten FRIEDRICH AUGUST DES DRITTEN eine veränderte und vortheilhaftere Gestalt gewonnen haben, die sich vor den vorhergehenden besonders durch mildere Strafen, und ein zweckmässigeres Verfahren in peinlichen Sachen auszeichnet. In dieser Rücksicht theilen wir die Chursächsischen peinlichen Gesezze noch in die *alten* und *neuen* ein.



Erste Ordnung.

*Von den alten Chursächsischen Gesezze.*

---

§. 42.

In dieser Periode kommen sehr viele wichtige peinliche Gesezze vor, die entweder mehrere Gegenstände zugleich bestimmen, oder von einzelnen Fällen handeln. Iene sollen izt angeführt, diese aber bei den Lehren, zu welchen sie gehören, genannt werden.

§. 43.

Die mehresten der von dem Churfürsten August bekannt gemachten Gesezze betreffen nur einzelne Gegenstände, und die übrigen enthalten Wiederholungen und Einschärfungen der allgemeinen Reichsgesezze, und besonders der peinlichen Gerichtsordnung Kaisers Karls des Fünften, und sind durch die nachfolgenden Gesezze ausserdem noch überflüssig geworden. Wir zählen daher zuerst unter die brauchbaren Quellen des Chursächsischen peinlichen Rechts die Erledigung der Landesgebrechen vom 1. Oct. 1555. von Churfürst August. Diese bestimmt unter andern besonders mehrere Umstände bei dem Verfahren in peinlichen Fällen.

In wiefern die vorbergehenden Gesezze für uns in dem peinlichen Rechte weniger brauchbar sind, bemerkt *Erhard* a. a. O. §. 30. 32. und 33.

Die Verdienste, welche Churfürst *August* überhaupt um die Chursächsische Gesezgebung hat, rühmt *Hanack*



a. a. O. 4. Abth. und *Hommel* in der *Disp. Elector Augustus Saxoniae legislator*. Lips. 1765.

§. 44.

Vorzüglich merkwürdig sind die *Constitutionen* vom 21. Apr. 1572. ebendesselben Churfürsten. Sie enthalten die mehresten, und nach einer systematischen Form geordneten peinlichen Vorschriften. Dahin rechnen wir den 4ten Theil der edirten Constitutionen, und die fünf leztern nicht edirten sonderlichen Constitutionen.

Auch gehören von den nicht sonderlichen Constitutionen, sechs in so ferne noch zu diesen Quellen, als sie durch den Gerichtsgebrauch geltend geworden sind. Die Eintheilung der Constitutionen und ihre gesetzliche Verbindlichkeit ist aus der Geschichte derselben zu erklären. *Hommel* in der angeführten *Disp.* und *Günther de origine et auctoritate Constitut. Saxon. d. a. 1572. quae vulgo editae vocantur* 1776.

§. 45.

Ebendesselben Befehl, wie sich die Amts- und Gerichtspersonen in Inquisitionsprocessen, auch die Gerichtsstühle im Sprechen verhalten sollen, wenn über jene geklagt wird, dass sie den Inquisitionsprocess nicht recht formiret v. 5. Jan. 1579.

§. 46.

Churfürst *Christians* des zweiten Resolution und Erledigung der im Jahre 1609. vorgetragenen Landesgebrechen auf Befehl Churfürst



*George I.* am 23. April 1612. bekannt gemacht. Darinne betrifft der 5. und 11. §. unter der Rubrik von Iustitiensachen das peinliche Verfahren.

§. 47.

Die *Polizei - und Kleiderordnung* v. 23. April 1612. von dem Churfürsten *Ioh. George I.*, welche in der 2. 3. 4. 12. 19. 20. und 21. Rubrik mehrere peinliche Vorschriften in sich enthält.

§. 48.

Dessen *Eheordnung* v. 10. Aug. 1624. und darinne besonders der 2. 3. und 4. Punkt.

§. 49.

Dessen *Artikulsbrief* v. 5. Jun. 1631. worinne zuerst militärische Strafen bestimmt sind.

§. 50.

Die *Erledigung der Landesgebrechen* v. 22. Jun. 1661. von dem Churfürsten *Ioh. George dem II.* worinne unter der Rubrik von Consistorialsachen §. 6. 12. und 20. und von Iustitiensachen §. 7. 44. 45. 46. 47. 59. 60. 74. 78. 80. 81. 104. 106. und 117. von peinlichen Fällen gehandelt wird.

§. 51.

Dessen *Decisionen* v. 22. Jun. 1661. davon die leztern 17. peinliche Rechtsfragen entscheiden.

§. 52.

Ebendesselben *Artikulsbrief* v. 14. Oct. 1673.



Von diesen und andern Gesezzen dieses Churfürsten, so wie auch von seinen Verdiensten um die Sächsische Gesetzgebung überhaupt, handelt weitläufig *Stockmann* in dem Progr. *Electo Io. Georgio II. Saxoniae et Lusatiae legislator*, Lips. 1789.

§. 53.

Des Königs *Friedrich August des I. Mandat* wider die Selbstrache, Iniurien und Duelle v. 2. Jul. 1712. welches viele verschiedene peinliche Fälle zum Gegenstande hat.

§. 54.

Des Königs *Friedrich August des II. Decisionen* vom 2. Jul. 1746. von denen die 36. 37. 38. 39. und 40. hierher gehöret.

Zweite Ordnung.

*Von den neuen Chursächsischen Gesezzen.*

---

§. 55.

Die durch Gerechtigkeit und Weisheit sich auszeichnenden peinlichen Gesezze des Durchlauchtigsten Churfürsten FRIEDRICH AUGUST DES III. sind theils schon öffentlich bekannt gemacht, theils aber auch nur noch zur Zeit an die Spruchkollegia geschrieben, um nach ihnen die rechtlichen Erkenntnisse einzurichten, unter dem Namen der *geheimen Instructionen* als ein Versuch geschickt worden, auf welche letztere das Generale die Verwandlung der Landesverweisung betr. v. 30. April 1783. im Eingange sich beziehet.



Siehe den Aufsatz über die Bekanntmachung der Gesetze, in den Juristischen Annalen aufs Jahr 1795. von *Knötzschker*, Merseburg und Leipzig S. 239. und insbesondere die Abhandlung v. *W.* über die geheimen Instruktionen in der Quartalschrift für ältere Litteratur und neuere Lektüre. Leipzig 1784. 2. Jahrg. 1. Quart. 2. Heft. S. 87.

§. 56.

Die öffentlich bekannt gemachten peinlichen Gesetze bestimmen besonders das Verfahren in peinlichen Sachen. Dergleichen sind die beiden *Generalien* wegen des Verfahrens in Untersuchungssachen v. 27. Oct. 1770. und vom 30. Apr. 1783.

§. 57.

Endlich gehöret noch hieher das *Kriegsgerichtsreglement* v. 23. Jan. 1789. welches in dem 7. und 9. Abschnitte ebenfalls vom peinlichen Verfahren gegen Militärpersonen handelt.

Ueber die peinlichen Gesetze für einzelne Fälle, deren Anführung wir noch versparen, ist *Erhard* nachzusehen in der vollständigen und gründlichen Einleitung zu seinem Handbuche des Chursächsischen peinlichen Rechts.

Zweite Abtheilung.

Von den Sächsischen Hilfsgesetzen.

§. 58.

Diejenigen Gesetze, welche in Ermangelung der Sächsischen einheimischen peinlichen Gesetze



in Anwendung kommen, sind theils ursprünglich deutsche, theils fremde, in Deutschland aufgenommenene Gesezze.

Erste Unterabtheilung.

*Von den ursprünglich deutschen Hülfs-gesezzen.*

---

§. 59.

Unter diesen Hülfs-gesezzen behauptet die *peinliche Gerichtsordnung* Kaisers CARL des V. von 1532 den vorzüglichsten Plaz. Ihre Geschichte ist für uns sehr merkwürdig. Sie ist ursprünglich eine Privatarbeit des Freiherrn von *Schwarzenberg*, welcher bei der, durch die Einführung des Römischen und Canonischen Rechts entstandenen Verwirrung, selbige für die Beamten als eine Richtschnur im Verfahren verfertigte. Zuerst erschien sie unter Bischoff *George* 1507 als die *Bambergische Halsgerichtsordnung*. Nachher wurde sie auch von dem Markgrafen *Georg* und *Casimir* von Brandenburg nachgeahmt, und 1516 als die *Brandenburgische Halsgerichtsordnung* bekannt gemacht. Da man nun endlich nach vielen Berathschlagungen und Schwierigkeiten auf den Reichstagen über die Verbesserung des deutschen peinlichen Rechts, und die Annahme eines allgemeinen Criminalgesezzes übereingekommen war, so legte man ebenfalls die *Bambergische Halsgerichtsordnung* zu Grunde,



machte darinne einige Abänderungen, und genehmigte sie denn auf dem Reichstage zu Regensburg als die peinliche Gerichtsordnung des heiligen Römischen Reichs.

Ueber die Lebensumstände des Freiherrn von *Schwarzenberg* und die Entstehung der P. G. O. ist nachzusehen *Malblank*, Geschichte der peinlichen Gerichtsordnung Kaisers *CARLS des V.* von ihrer Entstehung und ihren weitem Schicksalen bis auf unsere Zeit. Nürnberg 1783. Cap. 4, 5. und 6.

§. 60.

Was die gesetzliche Verbindlichkeit derselben betrifft, so ist sie vermöge der ihr beigefügten *salvatorischen Clausel*, ein hypothetisches Reichsprivatgesetz, und als ein peinliches Gesetz für alle mittelbare Reichsunterthanen in soferne anzusehen, als es an peinlichen Provinzialgesetzen mangelt.

Die Frage, ob Reichsstände wider die gemeinen Reichsgesetze in ihrem Lande Verordnungen machen können, beantworten die Publicisten verschieden. Siehe *Schnauberts* Beiträge Th. I. n. 3. und *Moser* von Reichstagsgeschäften S. 273. und von der Landeshoheit in Regierungssachen Cap. 4. §. 48. und 49. Doch scheint die Meinung am richtigsten zu seyn, nach welcher man Reichsgrundgesetze und Reichsprivatgesetze, und bei diesen wieder absolut verbindliche und hypothetisch verbindliche unterscheidet. Zu diesen gehören besonders diejenigen, worinne die salvatorische Clausel befindlich ist. M. v. *Glück* Versuch einer ausführlichen Erläuterung der Pandekten nach *Hellfeld*, Erlangen 1790. Th. I. S. 160. und *Erhard* Handbuch des Chursächsischen peinlichen Rechts §. 13.



Unter andern ist hier noch von der allgemeinen Verbindlichkeit dieses Gesezzes in Ansehung der Lausitz eine Ausnahme zu merken, da es in derselben als ein allgemeines Gesez nicht angenommen und blos in soferne verbindlich ist, als es der Gerichtsgebrauch bestätigt. Die Gründe davon sind angegeben in *Schotts* I. W. B. Th. 2. S. 354. und ff. *Budäus* Abhandlung über die Frage: ob die *Constit. crim.* durchgängig in der Oberlausitz angenommen worden, in dem *Laus. Magaz.* v. Jahr 1769. St. 19. n. 4. Von den in der Lausitz geltenden peinlichen Rechten sind überhaupt nachzusehen: Fragmente des Lausitzischen Privatrechts, nebst einigen Fragmenten des Laus. Lehn- und peinlichen Rechts, Frankf. und Leipzig 1779. und *Weinerts* Rechte und Gewohnheiten der beiden Markgrafthümer Ober- und Niederlausitz, Leipzig 1794.

Von dem Werthe und Ansehen der P. G. O. werden wir weiter unten handeln.

#### §. 61.

Es giebt auch noch einige andere Reichsgesetze, welche peinliche Vorschriften für mittelbare Reichsunterthanen enthalten. Dergleichen sind: der *Landfriede* vom Kaiser MAXIMILIAN dem I. von 1495. in Verbindung mit dem *Religions Frieden* von 1555. und dem *Westphälischen Frieden* von 1648. auf welche Gesezze bei dem Landfriedensbruche Rücksicht zu nehmen ist; die G. B. Tit. 24. die *Wahlkapitulation FRANZ des II.* Art. 20. die R. P. O. v. 1530. v. 1548. Tit. 34. und von 1577. und mehrere, der R. A. von 1670. u. s. w.



Zweite Unterabtheilung.

*Von den fremden in Deutschland aufgenommenen Hilfsgesetzen.*

---

§. 62.

So wie das *Canonische Recht*, vermöge seiner Aufnahme in Deutschland überhaupt, als ein Hilfsrecht anzusehen ist, wenn die Vorschriften desselben der deutschen Staatsverfassung und den Grundsätzen der Evangelischen Kirche nicht zuwider sind, so haben wir auch insbesondere die darinne enthaltenen peinlichen Gesetze als Hilfsquellen des Sächsischen peinlichen Rechts zu betrachten.

Wir nehmen hier das Canonische Recht in der engern Bedeutung, als den Inbegriff der im *Corpore iuris canonici* enthaltenen Verordnungen. Glück, *Praecognita uberiora universae iurisprudentiae ecclesiasticae posit. Germ. Halae 1786. cap. 3. Sect. 2. §. 170. und ff.* In dieser Bedeutung ist das Canonische Recht stillschweigend und ausdrücklich in Deutschland aufgenommen. Pütters Abhandlung, wie das päbstliche canonische Recht in Deutschland aufgekommen, in s. Beitr. zum deutschen Staats- und Fürstenrechte. Gött. 1779. Th. 2. S. 53. Die Verbindlichkeit derselben ist aber in die angegebenen Grenzen einzuschränken. Iust Henning Böhm, *Exercitat. ad Pandect. T. I. p. 344.* und Schott in s. Progr. *de auctoritate iuris canonici inter evangelicos recepti eiusque usu apte moderando. Erlang. 1781.*

§. 63.

Vorzüglich gehört hierher das 5te Buch der Decretalen, welches allein von Verbrechen han-



delt. Diese und andere Vorschriften über Gegenstände des peinlichen Rechts hat der Freiherr von *Schwarzenberg* bei der P. G. O. benutzt, und wir haben ohnstreitig demselben den Ursprung des Verfahrens von Amtswegen zu verdanken.

S. *Quistorps* Abhandlung von den vorzüglichsten Stellen des Römischen und Canonischen Rechts, auf welche in der P. G. O. Beziehung gemacht wird, und von deren heutigen Anwendung, in s. Beitr. zur Erläuterung verschiedner mehrentheils unentschiedenen Rechtsmaterien aus der bürgerlichen und peinlichen Rechtsgelahrheit, Rostok u. Lpz. 1787. S. 617. und dessen Grundsätze des deutschen peinlichen Rechts. Rostock und Leipzig, 1794. 5te verbesserte Auflage §. 11.

§. 64.

Desgleichen ist das *Römische Recht*, nicht nur wegen der in seinem ganzen Umfange geschehenen Aufnahme, und also als ein Theil des allgemeinen deutschen Rechts, sondern auch durch die in der P. G. O. darauf in einzelnen Fällen oft gemachte Beziehung und ausdrückliche Bestätigung der peinlichen Vorschriften desselben zugleich mit unter diese Hülfssezze zu zählen, in soferne ebenfalls dessen Verordnungen unserer Verfassung angemessen sind.

Die Aufnahme des Römischen Rechts ist eben so wenig zweifelhaft, als die des Canonischen Rechts. Sie geschahe ebenfalls stillschweigend und ausdrücklich. *Pütter* Abhandlung wie das Iustinianisch-Römische Gesetzbuch in Deutschland zur gesetzlichen Kraft gediehen sey, in den angef. Beitr. Th. 2. S. 30. und ff. Die Artikel der P. G. O. welche



das Römische Recht theils ausdrücklich theils stillschweigend bestätigen, sind z. B. 7. 18. 73. 91. 104. 146. 147. 150. 161. 186. und 219.

Weitläufiger davon handelt *Quistorp* in der angeführten Abhandlung seiner Beiträge. Dessen verbindliche Kraft leidet übrigens, noch ausser den genannten, mancherlei andere Einschränkungen, welche vorzüglich gut bestimmt *Weber* in seinen Reflexionen zur Beförderung einer gründlichen Theorie vom heutigen Gebrauche des Römischen Rechts, Schwerin, Wismar und Bützow 1782. und *Glück* in der angeführten Erläuterung der Pand. Th. 1. §. 56.

§. 65.

Die Römischen peinlichen Vorschriften sind enthalten in den 5 ersten Titeln und in dem letzten Titel des 4. Buchs der Institutionen; in dem 47. und 48. Buche der Pandekten; in dem 9. Buche des Codex und in der 12. 14. 77. 117. 134. 141. und 143. Novelle.

*Christ. Frid. Georg Meisteri disput. de iuris Rom. criminalis in Germaniae foris maxime hodierna auctoritate, Goett. 1766. in dessen Opusc. Syll. alter. n. 14.*

Zweiter Abschnitt.

*Von den natürlichen peinlichen Gesezen.*

---

§. 66.

Das Recht, die strafende Gewalt auszuüben, so wie diese §. 13. und 14. beschrieben worden, gründet sich auf das natürliche Schuzrecht, und ist unter den drei Haupttheilen desselben, der



Prävention, der Vertheidigung und dem Rechte auf Entschädigung zugleich mit begriffen.

Wir nehmen nicht den gewöhnlichen Begriff von Strafe an, nach welchem das Strafrecht offenbar ausser der bürgerlichen Gesellschaft nicht gedacht werden kann. Eine Strafe wird nicht wegen der Schädlichkeit der schon begangenen Handlung, und eben so wenig allein oder vorzüglich zur Abschreckung für andere vollzogen. Beydes würde ungerecht seyn. Weitläuftiger werden wir davon handeln Abschn. 1. Hauptst. 2. Th. 1. B. 1.

§. 67.

Die Aeusserung des Willens, Iemanden zu verletzen, geschiehet entweder mit ausdrücklichen Worten, oder durch Handlungen stillschweigend. Als die letztere ist ohnstreitig eine schon gewagte Verletzung anzusehen. Wer mich schon verletzt hat, giebt dadurch zu erkennen, er sei dazu geneigt, und habe Gründe, die ihn dazu bewegen. So lange nun mein Verhältniss mit ihm unverändert bleibt, und alle Umstände noch die nämlichen sind, so lange ist es nicht bloss möglich, sondern nach Unterschied der Fälle mehr oder weniger wahrscheinlich, dass er die Beleidigung wiederholen werde. Folglich bin ich auch wegen einer solchen stillschweigenden Aeusserung zur Prävention berechtigt.

Sobald mich Iemand, ohne eine ihm von mir dazu gegebene rechtmässige Ursache, verletzt, so ist der Grund davon allein in dem Verlezzenden zu suchen, und dieser Wille so lange vor auszusezen, bis die Umstände verändert worden sind, oder er eine entgegengesetzte Gesinnung ge-



äussert hat. Der Gestrafte leidet also keinesweges in Rücksicht der blossen Möglichkeit einer künftigen Verletzung, wie *Heydenreich* behauptet, im System des Naturr. S. 190. Die Möglichkeit, mich zu verletzen, findet in der Regel bei jedem statt.

§. 68.

Die Gewalt, welche als Prävention, wegen des, durch eine schon geschehene Verletzung stillschweigend geäusserten Willens mich zu beleidigen, erlaubt ist, kann ferner entweder auf Ueberwindung der, zur befürchtenden Beleidigung erforderlichen, physischen Kräfte, oder auf Abnöthigung einer andern bessern Entschliessung abzuwecken. Diese Art der Prävention welche §. 15. die moralische genannt worden ist, wird bewirkt, wenn die Gewalt denjenigen, welcher mich beleidigen will, überzeugt, er werde durch die Ausführung seiner Absicht mehr verlieren, als gewinnen.

Die zwote Art der Gewalt beruhet auf eben den Gründen, wie die erste. Ist mir diese erlaubt, welches alle Lehrer des Naturrechts zugestehen, so bin ich auch zu jener berechtigt.

§. 69.

Die Natur der moralischen Prävention erfordert also nothwendig, dass demjenigen, welcher Iemanden verletzt hat, ein so grosses Uebel zugefügt werden könne, als dem Verletzten nöthig scheint, um jenen zu überzeugen, er werde durch



die wiederholte Verlezzung sich mehr schaden, als nützen.

Es versteht sich hier auch von selbst, dass der Verlezte dem Beleidiger das Uebel auf eine Art zufüge, welche diesen die Wiederholung desselben nach einer anderweitigen Verlezzung ganz gewiss erwarten lässt. Auch ist vorauszusetzen, dass der Verlezte bloss in Ermangelung anderer hinlänglich scheinender Sicherheitsmittel zu dieser Art der Gewalt schreitet. In diesem Falle ist dieselbe nun aber auch das einzige Sicherheitsmittel.

§. 70.

Diese Art der Prävention nennt man sonst Strafe, oder strafende Gewalt. Da wir nun auch keine andern Begriffe von Strafe annehmen, weder ausser, noch in der bürgerlichen Gesellschaft; so ist in den vorhergehenden Paragraphen das natürliche Strafrecht zugleich erwiesen worden. Es ist also das Strafrecht ein Theil der Prävention, und beruhet mit ihr auf denselben Gründen.

§. 71.

Iede wahrscheinliche Drohung ist aber auch an sich schon als eine vollendete Verlezzung anzusehen. Es wird dadurch die Ruhe vor besorglichen Beleidigungen gestöhrt, auf welche wir ein natürliches Zwangsrecht haben.

§. 72.

Das Recht auf Entschädigung, welches dem Verletzten in dem Falle zusteht, kann ebenfalls nicht anders ausgeübt werden, als entweder,



durch gewaltsamen Widerstand gegen die, bei der Erfüllung der ausgestossenen Drohungen in Anwendung kommenden physischen Kräfte, der auch bei dem fortdauernden Willen des Drohenden nichts befürchten lässt, oder, wenn dieses nicht geschehen kann, durch Zufügung eines Uebels, welches wahrscheinlich schon seinen Willen von der Ausführung der Drohung abhält, und dessen Eindruck auf den Drohenden mich überzeugt, es sei von ihm nun weiter etwas Böses nicht zu besorgen.

Wenn mir Iemand bloss drohet, ohne zur Zeit Gewalt gegen mich anzuwenden, und ich durch Vorkehrung und Anstalten, mein Recht zu sichern nicht im Stande bin, so bleibt mir weiter nichts übrig, als auf seinen Willen durch die angegebene Behandlung zu wirken. Die Lenkung des Willens ist hier wieder eben so zu erklären, wie §. 68. und 69. geschehen ist.

### §. 73.

Da nun eine ausgeübte Verlezzung als eine stillschweigende Drohung anzusehen ist §. 67. so haben wir sie so wohl als eine Störung der Sicherheit vor gegenwärtigen Beeinträchtigungen, als auch für eine Unterbrechung der Ruhe wegen besorglicher Beleidigungen anzusehen. Verbindet der Beleidigte eine Gewalt damit, so kann sie auch als eine Art der Entschädigung der unterbrochenen Ruhe betrachtet, und gerechtfertigt werden.



§. 74.

Es giebt also auch nach dem Naturrechte eine strafende Gewalt, und Vorschriften zur rechtmässigen Ausübung derselben, die wir, in soferne sie auf die bei uns angenommenen peinlichen Fälle angewendet werden, natürliche peinliche Gesezze nennen.

Die Regeln des Strafrechts selbst gehören in die Wissenschaft des Naturrechts. Mehrere angesehene Lehrer des Naturrechts behaupten, das Strafrecht gründe sich allein auf den Unterwerfungsvertrag, und nehmen ausser dem Staate dasselbe gar nicht an. *Hofbauer* Naturrecht aus dem Begriffe des Rechts entwickelt, Halle 1793. §. 205. und *Heydenreich* a. a. O. 6. 189. Mir war die Untersuchung um so wichtiger, da davon das Recht auf Todesstrafen abhängt.

§. 75.

Diese natürlichen peinlichen Gesezze haben ihre Gültigkeit nach Entstehung der Staaten und der Bekanntmachung der positiven Gesezze nicht verlohren. Die bürgerlichen positiven Gesezze sind im allgemeinen Bestimmungen der Mittel zum Zwekke des Staats. Dieser betrifft, so wie das Naturrecht, Sicherheit der Urrechte und aller andern in dieser Verbindung erworbenen Zwangsrechte. Es verhalten sich also die positiven Gesezze zu den natürlichen Gesezzen überhaupt wie Mittel zum Zwekke. Der Gesetzgeber giebt in demselben dem Bürger eine Anleitung, wie das Naturrecht auf die bürgerlichen Verhältnisse



in einzelnen Fällen anzuwenden sei. Wir leben daher auch im Staate nach den natürlichen Gesetzen, nur wird deren Modification nach den neuen Verhältnissen der Bürger dem Gesetzgeber überlassen.

§. 76.

Eben so verhalten sich die positiven peinlichen Gesetze zu den natürlich peinlichen Gesetzen. Iene sind blosse Anleitungen, wie das natürliche Schuzrecht im Staate ausgeübt werden könne, und wie es auf eine für die ganze Verbindung vortheilhafte Art modificirt werden müsse, §. 14; und schreiben also allein die in der bürgerlichen Gesellschaft anwendbare Form des natürlichen Strafrechts vor.

§. 77.

Daraus folgt, dass, so bald die positiven peinlichen Gesetze in einem Falle nichts bestimmen, die Regeln des natürlichen Schuzrechts, und insbesondere die natürlichen Strafgesetze, als an sich verbindliche Vorschriften, sogleich in Anwendung kommen, indem dann der Gesetzgeber es den Einsichten eines jeden, und besonders des Richters stillschweigend überlassen hat, wie ein natürliches Strafgesetz auf einen peinlichen Fall anzuwenden sei.

*Endres in seiner Disp. de necessario iuris prudentiae naturalis cum ecclesia nexu et illius in hac usu; Wirzeb.*



1761. cap. 1. §. 19, drückt sich über den praktischen Gebrauch des Naturrechts so aus: *Vbi iuris civilis, aut positivi cuiuscunque deficit definitio, ibi iuris naturalis dispositio defectum supplet.* Siehe Schmidt, *Thes. iur. eccles. T. I. N. 1. 6. 16.* Dieser Fall tritt ein bei den willkührlichen Strafen, und besonders bei der Nothwehr, wo in den positiven Gesezen die Vertheidigungsregeln nicht so vollständig und bestimmt angegeben werden können, dass nicht noch viele Dinge der eigenen Entscheidung des Angegriffenen überlassen bleiben sollten, da die Arten der Gefahr, und die dabei vorkommenden Umstände so unendlich mannichfaltig sind. Wenn die P. G. O. auf den Rath der verständigen Rechts verweist, so ist darunter entweder die Analogie oder das Naturrecht zu verstehen z. B. art. 105. *L. E. van Eck de iudicis arbitrio in poenis infligendis legibus circumscripto, Lugd. Bat. 1776.* und Abhandlung über die Natur und Gränzen der richterlichen Willkühr bei Anwendung der Strafgesetze, nach den Grundsätzen der Vernunft, der Römischen, Carolingischen und Sächsischen peinlichen Rechte; auch mit Beziehung auf die bei einer neuen peinlichen Gesetzgebung deshalb zu nehmenden Maasregeln, im Archiv für die theoretische und praktische Rechtsgelahrtheit von Hagemann und Günther Braunschweig 1788. Th. I. S. 71.

---



## A n h a n g.

*Von den peinlichen Gewohnheitsrechten, der Analogie der peinlichen Gesezze und dem Verhältnisse aller Quellen dieser Wissenschaft unter einander.*

---

### §. 78.

Die rechtsbewährten und erwiesenen *Gewohnheiten* gehören überhaupt zu den positiven Gesezze, als eine besondere Gattung derselben, im Gegensaz der geschriebenen Gesezze, und stehen mit diesen in einerley Verhältnisse. Daher zählen wir auch die peinlichen Gewohnheitsrechte zu den Quellen dieser Wissenschaft. Sie können aber zu einer besondern Art der genannten positiven peinlichen Gesezze nicht gerechnet werden, da sie so verschieden sind, als diese Gesezze selbst.

Auch nach der Vorrede der P. G. O. soll durch sie den alten, wohlhergebrachten, rechtmässigen und billigen Gebräuchen nichts benommen werden. Da übrigens die zu einer Rechtsgewohnheit erforderlichen Eigenschaften in peinlichen Fällen nicht verschieden sind, so handeln wir davon, so wie von dieser überhaupt, hier nicht besonders.

### §. 79.

Einige Rechtsgelehrte nennen unter den Hilfsquellen auch die *Analogie der peinlichen Gesezze*. Dafür kann sie aber nicht angesehen werden. Sie ist von dem Inhalte der Gesezze



nicht verschieden, sondern bloss das Resultat einer Anwendung derselben, bei der man nicht auf die Worte, sondern allein auf die Absicht des Gesetzgebers Rücksicht nimmt. Man kann daher nicht sagen, dass es bei der Entscheidung eines Rechtsfalles an einem Gesetze mangle, so lange noch der Weg zur Analogie offen stehet. Alles dieses gilt auch von der Analogie der peinlichen Gesetze.

Die Analogie setzt *legem in hypothesis obscuram* voraus. Die Dunkelheit des Gesetzes liegt nur in dem Falle der entschieden werden soll, indem er in jenem nicht wirklich ausgedrückt ist, dessen Entscheidung sich aber doch nach der aus dem Gesetze zu erkennenden Absicht des Gesetzgebers folgern lässt. Nur uneigentlich kann man diese Behandlungsart eines Gesetzes, Erklärung nennen. Die eigentliche Erklärung setzt *legem in thesi obscuram* voraus; und gebühret dem Gesetzgebenden selbst. Je nachdem nun auf den Geist eines ganzen Rechtskörpers, oder einer gewissen Art von Gesetzen, oder eines einzelnen Gesetzes gesehen wird; so ist die Analogie entweder die *allgemeine* oder die *besondere*, oder ganz *besondere*. Uebrigens haben neuerlich von der Analogie gehandelt: *Geisler* in der *Proclus. de analogia iuris publ. Witt.* 1784. *Schnaubert* in dem *Progr. de analogia iuris publ. imperii, in fontibus iuris publ. S. R. I. territoriorum haud numeranda*, Helmst. 1785. und *Tafinger* in der Abhandlung über die Bestimmung des Begriffs der Analogie des teutschen Privatrechts Th. I. Ulm 1787. Die bei der Analogie anzuwendenden Regeln findet man in *Glücks* Erläut. der Pand. Th. I. §. 37.



§. 80.

Da es so viele und verschiedene Quellen der peinlichen Rechtswissenschaft giebt, so kann es nicht anders kommen, als dass selbige sich manchmal widersprechen. Um solche *Collisionsfälle* zu entscheiden, muss man das Verhältniss wissen, in welchem die verschiedenen peinlichen Gesetze mit einander stehen.

§. 81.

Die Chursächsischen Gesetze sind, wenn nicht absolut verbindliche peinliche Reichsprivatgesetze diese beschränken, §. 60. allen andern, und unter den Hülfsgezetzen die hypothetischen Reichsprivatgesetze, als ursprünglich deutsche, den fremden in Deutschland aufgenommenen Gesetzen im Widerspruche vorzuziehen.

Siehe *Schnaubert* in der Abhandlung: In was für einer Ordnung folgen die mancherlei Entscheidungsquellen bei ihrer Anwendung auf Privatsachen auf einander? in dessen Beitr. zum teutsch. Staats- und Kirchenrechte Th. I. N. 4. S. 54.

§. 82.

Das Canonische Recht hat in der Regel den Vorzug vor dem Römischen Rechte, da jenes gleich anfangs durch das Ansehen des Pabsts ein grösseres Gewicht erhielt, und besonders als ein, den deutschen Sitten und unserer Verfassung mehr angemessenes und billigeres Recht von jeher angesehen worden ist.



Die Rechtsgelehrten sind hierüber nicht einig. Ueber die verschiedenen Meinungen, und die Gründe für den angenommenen Satz ist nachzusehen Kind in der *disp. de fontibus iuris iudiciarii civ. quod per Germaniam obtinet*, Lips. 1785. Eichmann in der Erläuterung des bürgerlichen Rechts, Berlin und Stralsund 1779. Th. I. S. 358. u. ff. und vorzüglich Glück a. a. O. Th. I. §. 77.

Uebrigens leidet die angegebene Regel viele Ausnahmen, welche Quistorp gesammelt hat: Abhandl. die Trüglichkeit des Satzes, dass das Canonische Recht vor dem Iustinianischen unter allen Umständen in den protestantischen Gerichten den Vorzug habe, in einigen auffallenden Beispielen gezeigt; in s. Beitr. S. 816. So hat z. B. das Röm. Recht in Ansehung der Begriffe der Verbrechen und Bestimmung der Strafen ein vorzügliches Ansehen.

### §. 83.

Sollten peinliche Gewohnheitsrechte mit den geschriebenen peinlichen Gesezen im Widerspruche stehen, so können auch jene den Vorzug vor diesen behaupten, wenn sie neuer, als diese sind, oder bei Einführung eines neuern geschriebenen Gesezzes ihren Gebrauch doch noch erhalten haben. So lange dieses oder jenes aber nach Unterschied der Fälle nicht erwiesen ist, so gehen im Zweifel die geschriebenen Gesezze ohne Ausnahme vor.

Siehe Pütter in der Abhandlung vom Verhältnisse zwischen Gesezbüchern und Gewohnheitsrechten, in s. Beitr. zum teutschen Staats- und Fürstenrechte. Th. II. n. 21. S. 1.



§. 34.

Das Verhältniss einzelner Gesezze in dem ursprünglich Sächsischen, Deutschen, Canonischen und Römischen Rechtskörper, und die Einschränkungen bei der Anwendung einzelner Stellen in denselben bedürfen keiner besondern Erklärung, da auch in peinlichen Fällen die gewöhnlichen Anwendungsregeln statt haben.

Siehe *Glück* in der Erläuterung der Pandekten Th. I. S. 341. 384. und 405. und *Dorn* in s. Versuche eines praktischen Kommentars über das peinliche Recht, Lpz. 1790. Einl. §. 17.



### Drittes Hauptstück.

#### *Von den Vorkenntnissen zur peinlichen Rechtswissenschaft.*

---

##### §. 85.

Um den erforderlichen Gebrauch von den peinlichen Gesezen, als Quellen zu dieser Wissenschaft, zu machen, werden einige historische, philologische, philosophische, iuristische und medicinische Kenntnisse vorausgesetzt.

##### Erster Abschnitt.

#### *Von den historischen Vorkenntnissen.*

---

##### §. 86.

Zu den historischen Hülfswissenschaften gehöret die Geschichte derjenigen Völker und Staaten, deren Gesezze wir als Quellen benutzen, die Geschichte der peinlichen Gesezze selbst, die Alterthümer des peinlichen Gerichtswesens, die Kenntniss von den in dieser Wissenschaft vorhandenen Schriften, und die Geschichte der wissenschaftlichen Bearbeitung des peinlichen Rechts.

Da die Geschichte der hierher gehörigen Staaten und der peinlichen Gesezze eine besondere Wissenschaft ausmacht, und ihr auch besondere Vorlesungen gewidmet werden,



so ist zu dem, was davon in dem zweiten Hauptst. angeführt werden musste, etwas weiter nicht hinzuzusetzen. Wir werden durch sie vorzüglich geschickt gemacht, die Gesezze richtig zu erklären und anzuwenden. So ist z. B. die Geschichte von der Veranlassung eines Gesezzes, die Kenntniss der damaligen Staatsverfassung, Sitten und Gebräuche, auch der damals herrschenden Meinungen unentbehrlich, wenn die Absicht des Gesezzes verschwiegen, oder eine unwahre angegeben worden ist. Einert in der *Disp. de legum rationibus earumque investigandarum regulis*, Lips. 1771. Rumpel in der *Disp. de legum rationibus, quae in ipsis legibus minus accurate exhibentur*, Erford. 1765. und Walch in den Anmerk. zu *Eckhards Hermeneutica iuris*, Lips. 1779. §. 33. An einer vollständigen Geschichte des peinlichen Rechts mangelt es zur Zeit noch. Ausserdem gehören noch hierher: *Struvii historia iuris*, Ien. 1718. *Cap. G. Hofmann praenotationes de origine, progressu et natura iurisprud. crim. Germ.* Lips. 1722. und 1757. *Selchow* in der Geschichte der in Deutschland geltenden fremden und einheimischen Rechte, Gött. 1767. S. 353. *Malblank* in der Geschichte der P. G. O. K. K. des 5. Nürnberg. 1783. und, was Chursachsen betrifft, *Erhard* in der Einleitung zu seinem Handbuche des Chursächs. peinl. Rechts, Leipz. 1789.

## Erste Abtheilung.

*Von den Alterthümern des peinlichen Gerichtswesens in Deutschland.*

### §. 87.

Die noch geltenden peinlichen Gesezze beziehen sich oft auf solche Verordnungen und Einrichtungen, welche ausser Gebrauch gekom-



men sind, und die Kenntniss davon, ist in dem Falle, das einzige Hülfsmittel, sie gehörig zu verstehen.

Siehe *Quistorp* in dem Entwurfe von dem Nuzzen der alten teutschen Gewohnheiten in peinlichen Fällen zur Erklärung unserer heutigen peinlichen Gesezze und Gebräuche, Bützow und Wismar 1768. wie auch die in dessen Beiträgen befindliche Abhandlung, von den vorzüglichsten teutschen Gewohnheiten auf welche in der P. G. O. Beziehung gemacht wird, und von deren heutigen Anwendung. S. 81.

§. 88.

Besonders sind für uns die ehemaligen Verfassungen in Ansehung der Zuständigkeit der peinlichen Gerichtsbarkeit, der Beweismittel, der Strafübel, und des Verfahrens dabei merkwürdig, und die Grundlinien dieser Geschichte, zu einer weitem Entwicklung im Vortrage anzugeben.

Die vorzüglichsten Schriften, welche im allgemeinen davon handeln, sind: Das berühmte alte deutsche Gedicht: *Reinecke de Voss*, dessen erste Ausgabe zu Delft 1485. in ungebundenen Vortrage erschien, und das nachher zu Lübeck 1498. zu Wolfenb. 1711. und zu Leipzig 1752. von *Gottsched* herausgegeben worden ist. Die *Historie va reynaert de vos*. Nach der Delfter Ausgabe v. I. 1485, zum genauen Druk befördert von *Ludw. Stuhl*. Lübeck u. Leipzig und in der Buchhandlung der Gelehrten. 1783. 8. *Chr. Ulr. Grupen*, Deutsche Alterthümer zur Erläuterung des sächsischen und schwäbischen Land- und Lehnrechts, Hannover und Lüneb. 1746. *George Chr. Gebauer*, *Vestigia iur. Germ. antiquiss. cet. Goett.* 1766. *Ioh. Car. Heinr. Dreyer*, Zur Erläuterung der deutschen Rechte Alterthümer und Geschichten angewandte Nebenstunden, Bützow u. Wis-



mar. 1768. nebst dessen Abhandl. von dem Nuzzen des treflichen Gedichts Reinecke de Voss, ebendasselbst, 1768. 4. *Ioh. Gottl. Heineccius, Antiquitt. Germ. Iurispr. patr. illustr. Hafn. 1772. Ioh. Friedr. Eisenhard* in den Grundsätzen der deutschen Rechte in Sprüchwörtern, Helmst. 1759. und Leipzig 1792. und *B. F. Hummel* Compendium der deutschen Alterthümer, Nürnberg. 1787. Andere Schriften darüber sind zu finden in der Bibliothek der deutschen Alterthümer, systematisch geordnet und mit Anmerkungen versehen von *Hummel*, Nürnberg, 1787.

### Erste Unterabtheilung.

*Von der Zuständigkeit der peinlichen Gerichtsbarkeit.*

#### §. 39.

Das Recht, peinliche Gesezze anzuwenden und die darinne verbotenen Handlungen mit Strafen zu ahnden, oder die peinliche Gerichtsbarkeit, kam in den ältesten Zeiten in der Regel dem Volke zu, welches dazu Versammlungen hielt, und aus seiner Mitte für einzelne Districte und Dörfer besondere Richter wählte. Ausserdem übten auch Privatpersonen dieses Recht über ihre Familie und Knechte aus.

*Tacitus de moribus Germ. Cap. 7. 11. 12. und 25. und Gebauer in den Vestig. iur. Germ. antiq. S. 629.*

#### §. 90.

Unter den Fränkischen Königen wurde die peinliche Gerichtsbarkeit unter dem Namen des königlichen Blutbanns nach und nach ein Vorrecht



eben derselben. Sie übten selbige in Ansehung der Vornehmen des Reichs, z. B. ihrer Commissarien, Bischöfe, Grafen, Centenarien und anderer Officialen, unmittelbar aus. Ausserdem wurden von ihnen auch ordentliche Richter gewählt, welche als Beamte in einzelnen Districten und Dörfern, entweder uneingeschränkt, oder nur in geringfügigen Fällen, die peinliche Gerichtsbarkeit verwalteten und daher Ober- und Unterrichter genannt werden.

Eine weitläufige Erklärung des Wortes Blutbann findet man in der vollständigen Einleitung zur peinlichen Rechtsgelahrtheit von *Meister*, S. 303. u. ff. Uebrigens handeln von der damaligen Gerichtsverfassung vorzüglich *Heineccius* in den *Elem. iur. Germ. Tom. II. Lib. 3. Tit. 1. §. 22 — 25.* *Meinders de iudiciis centenariis et centumviralibus s. criminalibus et civil. vet. Germ. in pr. Francorum et Saxonum*, Lemg. 1715. c. 3. *Kress* in der *Disp. de variis iurisd. crim. in Germ. gen. Helmst. 1730.* *Wiesand* in der *Disp. de re Germanorum iudiciaria*, Witt. 1773. und *Biener* in der *Disp. de iurisdictione ordinaria et exempta Lips. 1777. c. 1. §. 5.*

### §. 91.

Denen Richtern waren auch gewisse andere Personen an die Seite gesetzt, von welchen einige die Entscheidungen machten, und deswegen Schöpfer oder Schöppen hiessen, andere aber bloss in zweifelhaften Fällen diesen so wohl als jenen die Rechte lehrten, welche man Senhibaronen nannte.



Siehe *Heineccius* a. a. O. §. 19. u. f. *Hauschild* in seiner Gerichtsverfassung der Teutschen, Leipzig 1741. S. 49. u. f. und *Meister* a. a. O. S. 67. Unter andern ist von den Schöppen besonders zu merken, dass sie mit dem Beklagten von gleichem Schilde und einerlei Rechts fähig seyn mussten, da man voraussetzte, dass diese dessen Rechte am besten wissen würden.

§. 92.

Zunächst waren diese Gerichte denen königlichen Commissarien untergeordnet, welche zu gewissen Zeiten in die Districte abgeschickt wurden, auf das Recht sehen und von dem Erfolge ihrer Aufsicht Bericht erstatten mussten.

*Heineccius* a. a. O. §. 26 — 29. und *Biener* a. a. O. §. 5.

§. 93.

Diese Einrichtungen fanden auch bei den alten Sachsen statt, indem die fränkischen Könige nachdem sie jene überwunden hatten, selbige ihnen ebenfalls mittheilten.

§. 94.

Unter den alten Gerichten haben die sogenannten *Vehmgerichte* sich vorzüglich ausgezeichnet. Anfangs kamen sie mit andern peinlichen Gerichten überein, nachher aber erhielten sie eine besondere Verfassung. Ob nun gleich ihre Entstehung noch ganz streitig ist, so haben wir doch weitläufige Beschreibungen von ihrer Verfahrungsart.



Siehe *Thomasius* in der *Disp. de vera origine, natura, progressu et interitu iudiciorum Westphalicorum*. Das Vehmgericht des Mittelalters nach seiner Entstehung, Einrichtung, Fortschritten und Untergang historisch untersucht von *Hütter*, Leipzig 1793. und Ueber die Verfassung der heimlichen Gerichte in Westphalen von *Kopp*, 1793.

§. 95.

Aussser dem kommen noch besondere Gerichte unter den Namen der *Rüegerichte* vor, die aber nur auf eine gute Polizey abzwekten, und zu den eigentlich peinlichen Gerichten nicht gerechnet werden können. Wir treffen davon noch heutzutage, und insbesondere in den Chursächsischen Gesezen Spuren an.

Siehe Mandat zur Publication der verbesserten Taxordnung, nach welcher die Sporteln und Gerichts- auch Advocatengebühren gefordert und bezahlt werden sollen v. 20. Febr. 1764. n. 4. 5. in C. A. C. Th. I. S. 500. *Meister* a. a. O. S. 16. *Quistorp* in den Grundsätzen des deutschen peinlichen Rechts, §. 532. und *Malblank* in der Geschichte der P. G. O. Karls des V. S. 23. und die in seinen *Opusc. ad ius crim. spectant*. Erlang. 1793. befindliche *Commentatio de iudiciis quae Rüge-Gerichte vocantur*.

§. 96.

Nach Ausgange des Carolingischen Stammes erlitt die izt beschriebene Gerichtsverfassung durch die Zeitumstände eine grosse Veränderung. Da die königlichen Beamten von Zeit zu Zeit mächtiger wurden, und endlich diejenigen Länder, deren Regierung ihnen bisher



nur übertragen war, erb- und eigenthümlich, mit der Landeshoheit erhielten, so übten sie auch die peinliche Gerichtsbarkeit als ein Hoheitsrecht unter ihrem eignen Namen in ihren Ländern aus, und trafen in Ansehung derselben ohne alle Concurrenz des Kaisers ganz willkürlich neue Verfügungen.

Schon vorher durften diejenigen Vornehmen des Reichs, so wie auch einige vorzügliche Städte, welche von der ordinären Gerichtsbarkeit ausgenommen waren, solche Vergehungen, worauf keine Leibes- und Lebensstrafe stand, ahnden, welches von den ältesten Zeiten her mit der bürgerlichen oder niedern Gerichtsbarkeit verbunden war. *Biener* in der angef. Disp. cap. 2. und *Heineccius* a. a. O. §. 37 — 48.

§. 97.

Sie entfernten sich nach und nach von der persönlichen Hegung der Gerichte, und liessen theils in erster, theils in zweiter Instanz die peinlichen Sachen von ihren Räthen an den Höfen entscheiden, welche schon in dem 15ten Jahrhundert eigne Collegia ausmachten, und auch nach der Trennung der Iustizsachen von den landesherrlichen Rathscollegien und der Anstellung der Hofgerichte dieses Geschäft als ein Vorrecht behaupteten.

Daher kommt es, dass noch heutzutage die von den untergeordneten Spruchcollegien gefertigten peinlichen Urtheile an die landesherrlichen Regierungen zur Bestätigung eingeschickt werden müssen. Siehe *Malblank* in der Ge-



schichte der P. G. O. §. 4 — 6. und *Quistorp* Abhandlung von der landesherrlichen Bestätigung in peinlichen und Strafsachen, in den Beiträgen S. 552.

§. 98.

Uebrigens maassten sich die, von den Landesherrn zur Aufrechthaltung und Beförderung ihrer Regalien und Einkünfte angestellten Voigte, Schösser und Beamten auch bald über die ihnen untergebenen Bauern und Unterthanen die peinliche Gerichtsbarkeit an, und schlossen sie von den Entscheidungen als Schöppen ganz aus. Durch diese Einrichtungen hörten also die grossen und kleinen Landgerichte völlig auf.

§. 99.

Endlich wurde auch die peinliche Gerichtsbarkeit Klöstern, Städten und denen von Adel theils auf den Landtagen für verwilligte Geldsummen, oder pfandweise gegen Darlehne zugestanden, theils durch Privilegien oder eigenmächtige Ausübungen von ebendenselben erworben.

Ob gleich über die Entstehung der Patrimonialgerichtsbarkeit die Rechtsgelehrten verschiedene Meinungen vertheidigen, so ist doch die hier angenommene die allgemeinste und völlig erwiesene. Siehe *Ley s. sp. 29. m. 4. Buder, de modis acquisitae a civitatibus Germaniae mediatis iurisdict. crimin. Ien. 1749. Biener* in der angef. Disp. S. 25. *Boehmer* in seinen *Elem. iur. crim. Sect. 1. §. 58.* und in s. *Meditat. ad C. C. C. art. 2. §. 2. Meister a. a. O. S. 529.* u. ff. *Quistorp* in den Grundsätzen des peinlichen Rechts



§. 563. Schnaubert in dem Staatsrechte der gesammten Reichslande §. 322. und viele andere. Weitläufiger wird davon in dem 2 Buche gehandelt.

## Zweite Unterabtheilung.

### Von den Beweismitteln.

---

#### §. 100.

In den ältesten Zeiten bediente man sich bei den peinlichen Untersuchungen als Beweismittel der Zeugen und des Eides. Besonders kam der Reinigungseid häufig vor, da der Verneinende eigentlich den Beweis übernehmen musste, und diesem dazu nicht leicht ein anderer Weg offen stand. Nur dann, wenn man den Angeklagten bei der That ergriffen, und Zeugen dazu gerufen hatte, wurde er dazu nicht gelassen.

*Lex Sax. Tit. 1. 2. und 11. Lex Ripuar. Tit. 6. 7. 8. und das Landrecht 1. B. 18. Art. Mylius in der Disp. de purgatione Saxonica, Lips. 1758. Leo in der Disp. de legum crim. Saxon. antiq. et medii aevi ingenio, Lips. 1786. Praes. Biener u. Malblank, doctrina de iureiurando e genuinis legum et antiquitatis fontibus illustrata, Altd. 1781. S. 459. u. ff.*

#### §. 101.

Um diesem Beweismittel eine grössere Kraft zu geben, schworen die nächsten Verwandten oder die Freunde des Angeschuldigten zugleich mit, welche bei der Handlung Eideshelfer, Mitschwörer, Coniuratoren und Consacramentalen genannt wurden.



*Boehmer in s. Iur. Eccles. Protest. L. 5. T. 34. und Mangelsdorf de consacramental. origine non german. eorumque indole vera ac natur. ad illustrand. antiquitat. German. Hal. 1771.*

§. 102.

Nach dieser Gewohnheit konnte ein Ankläger, wenn er auch Iemanden bei dem Verbrechen ertappt, und ergriffen hatte, denselben nicht anders überführen, als durch den Erfüllungseid mit Zuziehung von sechs Eideshelfern, welche zugleich Zeugen vorstellten. Dieses Beweismittel nannte man das Besiebenen, Uebersiebenen, auch Uebersagen.

Das Landrecht 3. B. 88. Art. *Hauschild* in der Gerichtsverfassung der Teutschen, S. 197. *Malblank* a. a. O. und *Klügel* in dem Progr. *de usu coniuratorum apud Saxones, Vitemb. 1767.*

§. 103.

Da man ehemals überhaupt bei der Hegung der peinlichen Gerichte eine ausserordentliche Mitwirkung und Theilnahme Gottes annahm, so erwartete man unter andern auch von Gott, er werde zur Erforschung der Wahrheit einer Anschuldigung wunderthätige Zeichen geben, und führte ausser den andern Beweismitteln noch die sogenannten Gottesurtheile, oder Gottesurthel, Gadesordel, Ordale ein.

*Tacitus de morib. Germ. cap. 9.* Von den Ordalen sind folgende merkwürdig: das glühende Eisen, der Kes-



selfang, das Wasserurthel, das Kampf- oder Kolbengericht, welche in dem Landrechte erwähnt werden z. B. 1. B. 39. Art. 3. B. 2. und 21. Art. Ferner ist noch bekannt: das Brodurthel, die Nehmung des Abendmals auf die bezeugte Unschuld, das Kreuzurthel, das Urthel durch das Loos und das Bahrrecht. *Hauschild* in der Gerichtsverfassung der Teutschen S. 187. *Schottel de singularibus quibusdam et antiquis in Germ. iuribus*, Frankf. und Leipzig 1671. nebst dem Anhange dazu von *Gericken*, Leipzig und Wolfenb. 1718. *Struv* in der *histor. iur. c. 9.* *Müller* in der *Disp. de iure feretri s. cruentationis*, Wittb. 1739. *Frentzeli* *commentatio historica de cadaveribus humanis ad praesentiam occisoris cruentatis*, Francof. 1753. und *Gruppen* von den Ordalien der deutschen Völker in den Hannov. gel. Anzeigen 1751. 78. St. und in dessen *Obser. antiq. Germ. et Roman.* Hal. 1763. S. 45. u. f.

§. 104.

Unter die ehemaligen Beweismittel gehört noch die Tortur, welche von einigen Gerichten an die Stelle des Besiebenens, und von andern als ein neues Gottesurtheil aufgenommen wurde. Die Regeln, nach welchen sie in Anwendung kam, waren nach Unterschied der Gerichte verschieden, indem einige dazu völligen Beweis erforderten, andere aber ohne auf die Grösse des Verdachts zu sehen damit verfahren.

*Dreyer* in der Abhandlung vom Nuzzen des Gedichts *Reinecke de Voss*, S. 135. *Hippoliti de Marsiliis practica criminalis*, S. 124. Edit. Colon. 1581. und *Malblank* in der Geschichte der P. G. O. S. 77. u. ff. Ueber die damals gewöhnlichen Torturarten ist nachzusehen *Damhouder* in der *Practica crim. Antw.* 1601. cap. 37. Von diesem



Beweismittel überhaupt handelt: *Gruppen de applicat. torment. Hannov. 1754. Reitemeyer de origine et ratione quaestionis per tormenta apud Graecos et Romanos, Goett. 1784. und Westphal, die Tortur der Griechen, Römer und Deutschen. Eine zusammenhängende Erzählung der davon redenden Gesezze, Leipzig 1785.*

§. 105.

In den neuern Zeiten wendete man die Tortur mit mehr Vorsicht an, und was insbesondere das Chursächsische Verfahren betrifft, so unterschied man die *Marter selbst* und das *Bedrängen mit derselben*, und bei diesem wieder das *wörtliche* und *thätliche*, da man entweder durch das blosse Zeigen, oder das Anlegen der Marterinstrumente, und schon durch die dadurch bewirkte Vorstellung, dass eine verdächtige Person gemartert werden würde, sie zum Geständnisse zu bringen suchte.

*Heils iudex et defensor in processu inquisit. S. 197. cap. 4. Bauer in der Disp. de modo torturae secundum leges habendo, Lips. 1772. Püttmann in den Elem. iur. crim. S. 456. cap. 19. de metu tormentorum s. territione und Quistorp in den Grundsätzen des deutschen peinlichen Rechts 2. Th. S. 1366. u. ff. und S. 1427. u. ff.*

§. 106.

Die Marter wurde nach drei Graden vollzogen, und die gewöhnlichen Arten derselben waren: die Daumenstöße, die Schnüren, die Leiter nebst den Spanischen Stiefeln und der Schwefelfaden.



Püttmann a. a. O. S. 441. cap. 18. *de tormentis*. Engau  
in den *Elem. iur. crim.* S. 461. *membr. 1.* Edit. Ien. 1777.  
Heils a. a. O. und Quistorp a. a. O. §. 724. u. ff.

§. 107.

Auf das Bedrängen mit der Marter konnte in geringfügigen Fällen, und bei grossen Verbrechen, wenn wenig Verdacht begründet war, oder wegen der schwächlichen Leibesbeschaffenheit des Angeschuldigten härtere Mittel nicht zulässig schienen; und auf die Marter selbst nur bei schweren Verbrechen, wenn die That an sich völlig erwiesen, und wider den Angeschuldigten wenigstens halber Beweis vorhanden war, erkannt werden.

Püttmann und Heils a. a. O. und Quistorp a. a. O. §. 733.  
und 754.

Dritte Unterabtheilung.

V o n   d e n   S t r a f   ü b e l n.

---

§. 108.

Einen besondern Gegenstand dieser Alterthümer machen auch die ehemals gewöhnlichen Strafübelaus. Nach den damaligen Grundsätzen von dem Strafrechte und der Regierungsform der alten Deutschen, ihrer Lebensart, ihrem Klima und ihren Sitten gab es bei ihnen Strafen, die heutzutage, nachdem sich alle diese Umstände verändert haben, ganz ausser Gebrauch



gekommen, oder wenigstens für andere Fälle bestimmt worden sind.

Siehe *Leo* in der *Disp. de legum criminalium Saxoniarum antiquarum et medii aevi ingenio*, Praes. *Biener*, Lips. 1786.

§. 109.

Mit Lebensstrafen ahndete man in den ältesten Zeiten vorzüglich den Diebstahl und den Ehebruch, und nur in dem Mittelalter wurde nach den Verordnungen der Kaiser auch der Todschlag, die Nothzucht und die gewaltsame Entführung damit bestraft. Vorher erfolgte diese bloß, wenn Iemand den andern auf einem des Gottesdienstes halber betretenen Wege, oder ein Knecht seinen Herrn umgebracht hatte.

*Lex Sax. T. 3. §. 2 und 3. und Tacitus de moribus Germ. cap. 19.* Die alten Deutschen verabscheueten, als ein kriegerisches Volk, besonders heimliche und hinterlistige Verletzungen, und die Störung der Sicherheit in ihren Wohnungen war bei ihnen das grösste Verbrechen. *Montesquieu Esprit. des loix L. 28. c. 16. Lex Baiuvar. T. 9. §. 3. 4. und 5. Lex Sal. T. 27. §. 31. und Lex Sax. T. 3. §. 4.*

§. 110.

Vermöge der Rauheit der damaligen Sitten und des Mangels an Bildung der Grundsätze von dem Strafrechte wählte man auch solche Todesarten, die mit vielen Schmerzen und Martern verbunden waren. Dahin gehöret: a) das Lebendigbegraben, womit gewöhnlich das Pfälen



verbunden war, *b)* die Strafe des Pflugs, *c)* die Plumbata, *d)* das Säkken, *e)* das Viertheilen, und *f)* das Herzausreissen eines Bundbrüchichen.

*a)* Diese war besonders für Weibspersonen bestimmt, da sie dadurch am wenigsten der Gefahr ausgesetzt wurden, entblösst zu werden. *Scopp*, peinlicher Richter, S. 261. *Dreyer* in *Opusc. de poena defoss. et pali* S. 16. *Boehmer* ad art. 192. C. C. C. §. 2. und *Menkenii* Pandect. Lib. 48. Tit. 10. §. 7.

*b)* *Knichen* de sublimi et regio territorii iure Ca p.4. n. 284.

*c)* *Vicat* in dem Vocabul. iuris vtriusque 3 Th. und *Winckleri* opuac. min. S. 225. obs. 3. de supplicio plumbatarum media aetate usitato.

*d)* *Bergeri* Oecon. iur. Lib. 3. T. 12. n. 12. *Quistorp* in den Beiträgen 1 Th. S. 101. *Püttmann* in den Elem. iur. crim. §. 66. n. 1. In Chursachsen ist diese Strafe ausdrücklich abgeschafft. Rescr. vom 17. Jun. 1761. C. A. C. I. S. 401.

*e)* P. G. O. K. C. des V. Art. 192. und *Schaumburg* in dem Progr. de sectione in partes occas. leg. decemviral. Ien. 1746.

Weitläufiger handelt von allen diesen Strafen *Döpler* in s. Schauplatze der Leibes- und Lebensstrafen, Sondersh. 1693. und Lpz. 1697. und *Grupen* in der Anmerk. von den Gerichten und Strafen an Haut und Haar, an Leib und Gesundheit, an Hals und Hand, in den Hannöv. Anzeigen v. I. 1752. n. 37 — 39.

#### §. 111.

Die Leibesstrafen arteten grösstentheils in verstümmelnde aus, welche heutzutage als unzulässig abgeschafft sind. Dergleichen waren: *a)* das Augenaustechen, *b)* das Finger- und Hand-



abhauen, c) das Nase- und Ohrenabschneiden, und d) das Zungenausreißen.

Diese Strafen kommen besonders in der P. G. O. Art. 159. 107. 108. 123. und 198. vor. *Carpz. pract. nov. rer. cr. q. 40. n. 47. Bergeri Elect. iurispr. crim. S. 18. und Boehmer ad Carpz. q. 129. obs. 5.*

Auch in Chursachsen wird auf alle diese Strafen nicht mehr erkannt. *Quistorp* in den Grundsätzen des deutschen peinlichen Rechts 1. Th. §. 77. Anm. d und *Erhard* in dem Handbuche des Chursächs. peinl. Rechts §. 101.

§. 112.

Zu den übrigen ehemals üblichen Leibesstrafen sind zu zählen: a) der Staupenschlag, b) die Flasche, c) das Verschlucken eines Pasquills, d) das Wippen, und e) das Reißen mit glühenden Zangen, welches jedoch bloss als ein Schärfungsmittel vorkam.

a) *Lex Frision. T. 3. §. 7. Lex Sal. T. 43. §. 1. P. G. O. Art. 115. 159. und 198. und Quistorp a. a. O. §. 77. Anm. e* Er war in Chursachsen gewöhnlich mit der Landesverweisung verbunden und kommt auch heutzutage nicht mehr vor. *Erhard a. a. O. §. 102.*

b) Man band zweien Steine in Form einer Flasche dem Zubestrahenden um den Hals.

c) *Estor* in der bürgerlichen Rechtsgel. der Teutschen, Marp. und Frankf. 1757. 1. Th. 43. Tit. §. 19.

d) *Stryck Vs. modern. Pandect. L. 48. T. 19. §. 6. Chr. Gottfr. Berger* in der Disp. de poena tratto di corda, Lips. 1684. und die sonderliche Const. 7. u. 8. C. A. C. Th. 1. S. 134.



e) P. G. O. Art. 124. 130. 131. 137. 193. und 194. *Klaproth* in dem peincl. Process, S. 174. und *Quistorp* a. a. O. §. 75. Anm. a.

Von den Leibesstrafen überhaupt handelt *Döpler*, *Gruppen* a. a. O.

§. 113.

Auch bediente man sich weit häufiger, als izt der Ehrenstrafen, welche wieder auf bei uns ganz ungewöhnliche Arten vollzogen wurden. Besonders gehört dazu a) das Sattel-Hunde-Stein-Stuhl- und Radtragen, b) der Strohkranz, c) das Brandmarken, d) das Haarabscheren, und e) die Kirchenbusse.

a) *Gericke* in s. *Spicilegio ad Schottelii tractatum de singularibus et antiq. in Germ. iuribus*, Leipzig und Wolfenb. 1718. *I. E. Schmid* in der Reichshistorie, S. 286. und *Knoetzscher* in der *Comment. de pacis publicae turbatorum ad canes portandos damnatione*, Lips. 1793.

b) Eine Strafe für geschwächte Mädchen.

c) *Quistorp* a. a. O. §. 77. Anm. f. Jedoch kommt diese Strafe in Chursachsen bei denen, die zu der ersten Classe der Bangefangenen verurtheilt worden sind, noch vor. Befehl v. 30. Jan. 1739. C. A. C. Th. 1. S. 314.

d) Dieses war mit der Fustigation verbunden, als ein Zeichen, dass der Gestrafte die Rechte eines Freigebohrnen verlohren habe. *Leo* in der angef. Disp. Sect. 2. §. 4. Mit der Ehrlosigkeit war der Verlust des Reinigungseides, eines Vormundes, des Wehrgeldes, des Rechts ein Testament zu machen und der Lehnsfähigkeit verbunden.

e) *Mülleri* disp. de poenitentia ecclesiastica, Ien. 1678. *Quistorp* a. a. O. §. 82. In Chursachsen ist sie ausdrücklich abgeschafft, Mand. v. 14. Jan. 1756. C. A. C. Th. I. S. 259.



§. 114.

Was die Strafen in Ansehung der bürgerlichen Freiheit anlangt, so bezogen sie sich nicht auf Arbeiten, so wie heutzutage in den Zuchthäusern, sondern allein auf den Aufenthalt, und bestanden unter andern *a)* in der Verstrickung und *b)* dem Einmauern.

*a)* Diese Strafe wurde auch die Verbannung in die Gemarkung, das Schwören in das Haus, und Stadt - oder Landarrest genannt. P. G. O. Art. 161. *Stryckii* dissert. Vol. 2. Disp. 11. *Lauterbach* in dem Colleg. theor. pract. Pand. Lib. 38. T. 22. §. 2. und *Quistorp* a. a. O. §. 79.

*b)* Darunter verstand man ein lebenslängliches Gefängniss in einem engen Raum.

§. 115.

Zu den Alterthümern gehöret auch seit einigen Jahren die Stadt - und Landesverweisung, welche in die ewige und zeitige eingetheilt wurde.

P. G. O. Art. 123. 161. und 198. *Quistorp* a. a. O. §. 79. *Dorn* in dem praktischen Kommentar über das peinl. Recht. 1. Th. S. 124. In Chursachsen ist sie in dem Generale die Verwandlung der Landesverweisung etc. betr. v. 30. Apr. 1783. ausdrücklich untersagt.

§. 116.

Endlich gab es auch eine Art von Geldstrafen, die wenigstens unter den Umständen heutzutage nicht vorkommt, und den Namen des Wehrgeldes führte. Sie wurde besonders wegen einem Todschlage entrichtet.



*Hauschild* a. a. O. S. 16. *Maier* in der Disp. de historia iur. antiquiss. circa homicidia, Ien. 1770. und *Leo* in der angef. Disp. Sect. I. §. 5.

#### Vierte Unterabtheilung.

#### V o n   d e m   V e r f a h r e n.

---

##### §. 117.

In den ersten Zeiten hielt man die Gerichte am dritten Tage der Woche unter freiem Himmel an einem freien und entweder von der Natur ausgezeichneten, oder durch gewisse gemachte Merkmale unterschiedenen Orte, so dass Jedermann dabei erscheinen, und alles anhören konnte. Nachher fieng man an die Gerichtsplätze mit einem Gehege zu umgeben, und endlich gewisse Gebäude dazu zu bestimmen.

Daher sind mancherlei Ausdrücke zu erklären, als: Mahlplätze, Malla, Rolande, Fraischgerichte, Mallaten, Mallare, Dingstag, Dingsstuhl, Gerichtsbänke, das Hegen der peinlichen Gerichte u. s. w. *Hauschild* a. a. O. S. 134. *Heinecc.* in Elem. iur. Germ. Tom. 2. L. 3. T. I. §. 21. *Meister* in der Einleit. zur peinl. Rechtsgel. S. 15. und *Wiesand* in der Disp. de re Germanorum iudiciaria, Vitemb. 1773.

##### §. 118.

Den Richter sahe man als den Stellvertreter des unmittelbar Beleidigten an, und es konnte daher die Untersuchung eines Verbrechens nur auf dessen Anklage und Fortsezzung derselben



angefangen und vollendet werden. Es galt das Sprüchwort: Wo kein Kläger ist, da ist auch kein Richter. Daher konnte auch ein Angeklagter durch die Fürbitte des Beleidigten oder dessen Verwandten von der Untersuchung und Strafe befreiet werden.

*Malblank* in der Geschichte der P. G. O. §. 10. und 15. Auch maasten sich die Bischöffe die Fürbitte für die zum Tode Verurtheilten unter allerlei Vorwande an. *Müller* in dem Reichstheater unter Maximilian I. zweite Vorstellung S. 674. und *Zaupser* in der Abhandlung von Asylen und Freiungen S. 100. welche in dessen Gedanken über einige Punkte des Criminalrechts befindlich ist, München 1781.

§. 119.

Ausserdem wurde das richterliche Verfahren auch durch die sogenannten Asyle oder Freiungen verhindert, in welchen die Obrigkeiten an den Verbrechern sich nicht vergreifen durften.

Sie waren zuerst wohlthätige Anstalten Mosis, um den Uebereilungen bei der Blutrache vorzubeugen: Num. Cap. 35. V. 11. 12. und 19. Deuter. Cap. 19. V. 4—6. und 11—13. und Exod. Cap. 21. V. 14. Nachher bedienten sich derselben die Griechen und Römer ohne die zweckmässigen Einschränkungen, aus politischen Gründen. Liv. L. 1. C. 8.

Weitläufig handelt davon *Zaupser* in der angef. Abhandlung, und *Michaelis* in dem Mosaischen Rechte 2. Theil. S. 418.

§. 120.

Fand sich nun ein Ankläger und die Untersuchung gieng vor sich, so machte man einen



Unterschied, ob der Angeschuldigte bei der That selbst ergriffen worden war, und das Gericht auf Gerüfte und Zetergeschrei in handhafter That gehalten wurde, oder nicht, und das Verbrechen ein übernachtetes war. Im erstern Falle war das Verfahren kürzer, als im zweiten. In beiden Fällen verfuhr man aber blos mündlich.

*Hauschild* a. a. O. S. 167. *Heinecc.* Elem. iur. Germ. T. 2. L. 3. T. 9. *Dreyer* in der Abhandlung von dem Nutzen des trefflichen Gedichts *Reinecke de Voss* in Erklärung der deutschen Rechtsalterthümer, insbesondere des ehemaligen Gerichtswesens, S. 1. u. f. Das Verfahren war von dem Anklagprocesse der Römer noch verschieden, dessen Erklärung hierher aber nicht gehöret. *Dorn* in dem praktischen Kommentar über das peinliche Recht hat denselben mit angeführt Th. 2. S. 521.

§. 121.

Nachdem man, ausser den unmittelbaren Verletzungen, auch anfieng Polizeivergehungen zu ahnden, und als Verbrechen zu behandeln, so war besonders die alte Art des Anklagsprocesses nicht mehr hinreichend. Daher gieng eine doppelte Veränderung vor. Man erweiterte und verbesserte den Anklagsprocess nicht nur, sondern liess auch, vorzüglich in dem eingebildeten Verbrechen wider Gott, das Verfahren von Amtswegen zu, indem man glaubte, Gott räche dergleichen ungeahndete Verbrechen an dem Lande.

Sehr gute Bemerkungen hat darüber *Malblank* in der Geschichte der P. G. O. gemacht, §. 15.



§. 122.

Ob nun gleich der Anklagsprocess in den peinlichen Gesezen nicht untersagt, sondern vielmehr ausdrücklich bestätigt worden ist, so gehöret er doch, auch in der Form, die er in den neuern Zeiten erhalten hat, zu den Alterthümern, da nach Einführung des vortheilhaften und leichtern Verfahrens von Amtswegen nicht leicht Iemand jenen, der besonders für den Ankläger so beschwerlich ist, anstellen wird, und er auch in der That gar nicht mehr vorkömmt. Es scheint also schiklicher zu seyn, denselben hier zugleich mit zu berühren, als in dem Systeme selbst.

P. G. O. Art. 11. u. f. Erl. der Landesgebr. v. 1612. C. A. C. Th. I. S. 174. und Mand. v. 27. Iul. 1719. ebenda selbst S. 1902. Am vollständigsten handelt davon *Püttmann* in den Elem. iur. crim. S. 500. Cap. 25. *Quistorp* in den Grunds. des deutschen peinlichen Rechts, 2. Th. §. 799. u. f. und *Dorn* a. a. O. S. 529.

§. 123.

Die Stelle eines Anklägers konnte in der Regel Iedermann nach Willkühr, gegen alle Verbrecher übernehmen, und damit die Verbrechen in Ermangelung derselben nicht ungestraft bleiben möchten, so hatte man auch gewissen Personen, welche Fiskäle hiessen, dies Geschäft als ein öffentliches Amt übertragen.



Die Ausnahmen von der Regel hat *Dorn a. a. O.* angegeben. Von den Fiskälen handelt *Meister* in der Einleitung zur peincl. Rechtsgel. S. 180. u. f.

§. 124.

Der Anfang ward mit einer schriftlichen oder mündlichen Klage gemacht, welche die gewöhnlichen Eigenschaften hatte, so dass auch die bei den Römern nöthige Inscriptio in crimen wegfiel, und anstatt derselben Caution gemacht werden musste.

Zu der Caution war bloss ein Privatankläger verbunden. Sie wurde anfangs durch die Haft, nachher aber gewöhnlich bloss durch Bürgen in Ansehung der Unkosten, der Fortsezzung der Klage, und des Schadenersazzes geleistet. P. G. O. Art. 12 — 15. und 88. Doch unterschied sich die Klage in peinlichen Sachen dadurch, dass sie auch articulirt seyn konnte.

§. 125.

So wohl der Ankläger als der Angeklagte konnten sich, wenn die Natur eines Geschäfts nicht das persönliche Erscheinen nöthig machte, eines Anwalds bedienen.

Sachs. Sp. 1. B. 60. Art. und P. G. O. Art. 88. u. 90.

§. 126.

Auf die Klage erfolgte die Einlassung nebst dem Exceptionssazze, der Replik und Duplik, so dass der Angeklagte den lezten Saz einbrachte, und übrigens das in bürgerlichen Streitsachen



gewöhnliche Verfahren. Antwortete der Angeklagte nicht, so ward das Stillschweigen für eine verneinende Antwort angesehen, und der Ankläger musste den Beweis führen. Auch bei Führung des Beweises und Gegenbeweises kam weiter nichts Besonderes vor, als dass die Fristen nicht peremptorisch, und die Eidesdelation dem Ankläger nicht erlaubt waren.

P. G. O. Art. 78. und 186, Auch konnte in den neuern Zeiten der Ankläger seiner angefangenen Klage sich begeben. *Leyser spec. 605. med. 9. Quistorp a. a. §. 806.*

§. 127.

Ie nachdem nun der Privatankläger gar nichts bewiesen hatte, und der Calumnie überführet wurde, oder die Klage zum Theil dargethan, und den Angeschuldigten zur Tortur oder Reinigungseide graviret, oder alles ausser Zweifel gesetzt hatte, so konnte entweder der Angeklagte sowohl auf Ersaz der Schäden und Unkosten und eine gänzliche Genugthuung, als auch auf die Bestrafung der Calumnie klagen, oder er ward ohne weitere Genugthuung freigesprochen, oder zu der bestimmten Strafe verurtheilt.

Ehedem bestand die Strafe der Calumnie in der Talion. P. G. O. Art. 12. 61 und 201.

§. 128.

Uebrigens ist noch zu bemerken, dass dieses Verfahren allein bei schweren Verbrechen und



eigentlich peinlichen Fällen statt hatte. Ueber die geringfügigen Fälle wurde summarisch verfahren.

*Schilter Exerc. 49. §. 69. und Quistorp a. a. O. §. 800.*

§. 129.

Die Vollziehung einer peinlichen Entscheidung und Strafe war bei den alten Deutschen nicht entehrend. Die Gerichtspersonen und insbesondere die so genannten Frohnboten oder die jüngsten Schöppen, ja auch in einigen Fällen die Priester und die Landesherrn unterzogen sich dem Geschäfte. Nur nach Einführung des Römischen und Canonischen Rechts wurde das Amt, als entehrend, besondern Personen übertragen.

*Hauschild a. a. O. S. 80. u. f. und Quistorp in der Abhandlung vom Ursprunge der Scharfrichter in Deutschland und ihren vorzüglichsten Pflichten und Gerechtsamen. Sie ist befindlich in den Beiträgen S. 767. Von diesen Gewohnheiten sind auch die Ausdrücke: Gottesfrohn und Nachrichter zu erklären.*

---



## Zweite Abtheilung.

*Von den vorzüglichsten Schriften über das peinliche  
Recht.*

---

### §. 130.

Die Schriften zu dieser Wissenschaft sind von mancherlei Gattungen. Zuerst theilen wir sie in *gesezliche*, *wissenschaftliche* und *casuistische* ein.

Ueber die Litteratur der peinlichen Rechtswissenschaft sind, ausser andern, welche davon nur beiläufig handeln, wie *Hommel*, *Nettelblatt* und *König* gethan haben, insbesondere nachzuseln: *Malblank* in der Geschichte der P. G. O. S. 258. *Hellbach* in dem Entwurfe einer auserlesenen Bibliothek für Rechtsgelehrte mit zweckmässiger Kritik und Ladenpreisen, 1 Th. Erf. 1787. S. 162. *Gruber* in dem Versuche eines Entwurfs einer Bibliothek des deutschen peinlichen und Lehnrechts, Frankf. und Leipz. 1788. *Erhard* in dem Handbuche des Chursächsischen peinlichen Rechts, S. 67. *Westphal* in der systematischen Anleitung zur Kenntniss der besten Bücher in der Rechtsgelahrtheit, und in den damit verbundenen Wissenschaften, dritte verm. und verb. Aufl. von *Gruber*, Leipzig 1791. S. 290. und Entwurf der Litteratur des Criminalrechts, Leipzig 1794.

---



## Erste Unterabtheilung.

### *Von den gesetzlichen Schriften.*

---

#### §. 131.

In denselben findet man entweder allein die Worte der peinlichen Gesetze, oder zugleich Anmerkungen und Erläuterungen darüber. Sie folgen hier nach eben der Ordnung, in welcher diese Gesetze vorher genannt worden sind.

## Erste Ordnung.

### *Von den gesetzlichen Schriften der ursprünglich Sächsischen peinlichen Gesetze.*

---

#### §. 132.

Eine besondere Sammlung davon giebt es nicht; nur einige sind besonders abgedruckt. In Ansehung der übrigen sind die allgemeinen Sammlungen und der Originalabdruck eines jeden einzelnen Gesetzes zu benutzen.

#### A) *Die Constitutionen des Churfürstens August betreffend.*

##### a) *ohne Erläuterungen:*

Chr. Heinr. Breuning, des Churfürstens August Verordnungen und Constitutiones, wie auch des Churfürstens Ioh. George des II. Decisiones, Leipzig 1746.



Darinne sind auch S. **III.** die neun sonderlichen unedirten Constitutionen befindlich.

*Putonei* Enunciata et Consilia iuris berühmter Rechtsgelehrten, P. 33.

*Mindani* Consultat. Saxon. L. 3. q. 74. S. 242.

*C. F. Hommelii* Rhapsodia quaest. obs. 455.

Die drei leztern enthalten die nicht sonderlichen unedirten Constitutionen, von denen jedoch *Hommel* nur diejenigen, welche durch den Gerichtsgebrauch bestätigt worden sind, anführet.

b) mit Erläuterungen:

*Dan. Molleri* Commentarius in Ordinationes et Constitutiones Augusti Electoris Saxoniae, Lips. 1599. und 1611. F.

*Matth. Berlichii* Conclusiones practicabiles sec. ordinem Constitutionum Augusti Elect. Saxon. discussae, Part. 4. Lips. 1615. 1618. 4. 1652. 1670. Colon. 1701 und 1739. F.

*Bened. Carpzovii* Iurisprudentia forensis Romano-Saxonica s. Definitiones forenses ad Constitutiones Electorales Saxonicas, Francof. ad Moen. 1638. F. und die neuste Ausg. von *Andr. Mylius* 1721. F. Damit sind zu verbinden *Goswini ab Esbach* Notae et observationes ad *Bened. Carpzovii* Definitiones forenses. Francof. 1703. F.

B) *Die Eheordnung Ioh. George des I. betreffend.*

*Corpus iuris eccles. Saxon. Edit. noviss. Dresd. 1773. 4. nebst der Fortsezzung 1784. 4.*

C) *Den Artikulsbrief Ioh. George des I. betr.*

*Tob. Benj. Hofmann* Codex legum militar. Saxon. Dresd. 1763.

D) *Die Decisiones Electorales Saxon: Ioh. George II. betreffend.*

a) ohne Erläuterungen:



*Breuning a. a. O.*

b) mit *Erläuterungen.*

*Philippi Observationes iuris practicae ex Decisionibus  
Elect. Sax. Lips. 1670. und 1694.*

E) *Den Artikulsbrief Ioh. George des II. betreffend.*

*Tob. Benj. Hoffmann a. a. O.*

F) *Das Mandat wider die Selbstrache, Iniurien  
und Duelle Friedrich August des I. betreffend.*

*Erl. Processordn. v. 1724. in den Beilagen No. 2.*

G) *Die Decisiones Elect. Saxon. noviss. Friedrich  
August des II. betreffend.*

*Heinr. Gottf. Bauer, die Churfürstlich Sächsischen Deci-  
siones vom Jahr 1746. Nebst umständlichen, zu Erken-  
nung deren wahren Sinnes und Einflusses in rechtlichen  
Entscheidungen nöthigen Erläuterungen, 1 Th. Leipzig  
1794. und dessen einzelne academische Schriften darüber  
von dem Jahre 1769. an.*

H) *Die übrigen Sächsischen peinlichen Gesezze  
betreffend.*

*Ioh. Chr. Lünig, Codex Augusteus 1 und 2. B. Leipzig  
1724.*

*v. Bennigsen, Fortgesetzter Codex Augusteus 1-3. Abth.  
Leipzig 1772.*

*Heyme und Richter, Digesta iuris Saxonici, Leipzig 1734  
und 1778.*

*Schwarz, Wörterbuch über die Chursächsischen, auch  
Ober- und Niederlausitzischen Gesezze bis zum Jahr 1792.  
Dresden 1792. 5. Theile.*



## Zweite Ordnung.

*Von den gesetzlichen Schriften der Sächsischen  
peinlichen Hilfsgesetze.*

---

### A) Die Halsgerichtsordnung Kaiser Carls des V. betreffend.

#### a) ohne Erläuterungen:

Des allerdurchlauchtigsten, grossmechtigsten unüberwindlichsten K. Karls des fünften: und des heilygen Römischen Reichs peinliche gerichtsordnung, auf den Reichstagen zu Augspurgk und Regenspurgk, im iaren dreissig und zwei und dreissig gehalten, auffgericht und beschlossen. Cum gratia et privilegio Imperiali. — Am Schluss stehet: Gedruckt zu Meyntz bey Juo Schöffner, als man zalt nach der Geburt Christi unsers herrn M. D xxxiiij. iar, auff den sechtzehenden tag des Augustmonats.

Diese Ausgabe ist wahrscheinlich die älteste und correcteste. Doch hat man über das Alter dieser Abdrücke verschiedene Meinungen. *Böhmer* in der Vorrede zu seinen Meditation. ad C. C. C. S. II. und *Koch* in der Vorrede zu der folgenden Ausgabe.

*Ioh. Chr. Koch*, Hals - oder peinliche Gerichtsordnung K. Karls des V. — nach der Original Ausgabe v. I. 1533. auf das genaueste abgedruckt und mit der 2 und 3. Ausgabe v. I. 1533. und 1534. verglichen. — — Giessen 1769. 1773. 1781. und 1787.

*Friedr. Georg Meister*, Kaiser Carls des V. und des heil. Römischen Reichs peinl. Halsgerichtsordnung [mit einer Vorrede begleitet, Gött. 1777.

Wir haben davon drei lateinische Uebersetzungen von *Iust. Gobler*, *Georg Remus* und *Iac. Fr. Ludovici*, welche *König* in dem Lehrb. der allgem. juristischen Litteratur



Th. 2. S. 188. und *Malblank* in der Geschichte der P. G. O. §. 45. anführen. Auch giebt es noch eine Holländische und eine Französische Uebersetzung. Erstere ist zu Antwerpen 1561. 12. und letztere zu Zug. 1754. F. herausgekommen. Diese beschreibt *Koch* in der Vorrede zu seiner Ausgabe der P. G. O.

b) mit Erläuterungen:

aa) nach dem Sächsischen Rechte:

*Georg Beyer*, Delineatio iuris crim. secund. Constitutionem Carol. Vitemb. 1714. cum additionibus Gust. Henr. Mylii Lips. 1727 und 1737. 4.

Ordnung des peinlichen Gerichts von dem Kaiser CAROLO V. mit *Georg. Beyers* Vorrede von neuem herausgegeben und mit einigen Zusätzen, durch welche bei jedem Artikel auf die Chursächsischen Rechte sich bezogen werden, vermehret, Leipzig 1745. 8.

*Heinr. Chr. Meckbach* Anmerkungen über Kaiser Carls des V. und des heil. Römischen Reichs Peinl. H. G. O. Iena, 1756. 4.

Die noch übrigen Erläuterungen der P. G. O. hat *Koch* in den Proleg. zu den Institut. iur. crim. gesammelt, Ien. 1775. §. 20.

bb) nach dem gemeinen deutschen Rechte:

*Dan. Blasen* Commentarius in Constit. crim. Caroli V. Imp. Lips. 1718. 4. die neueste Augab.

*Ioh. Paul. Kress*, Commentatio succincta in C. C. C. Hanov. 1721. 1730. 1736. 1744. 1760 und 1786. 4.

*Ioh. Sam. Fr. v. Böhmer*, Meditationes in Constitutionem crim. Carol. Accessit vetus Ordin. crim. Bambergensis, Brandenburgica et Hassiaca, Hal. 1770. 4. Kaiser Carls des V. peinl. Halsgerichtsordnung mit Anmerk. Vorrede und Register, Frankf. 1781. 8.

B) Die übrigen deutschen peinlichen Reichsprivatgesetze betreffend.



Neue Sammlung der Reichsabschiede, welche von den Zeiten K. Conrads des II. bis jezo auf den deutschen Reichstagen abgefasst worden, sammt denen wichtigsten Reichsschlüssen, so auf dem noch fürwährenden Reichstage zur Richtigkeit gekommen sind. 4. Theile. Frankf. am Mayn 1747. F.

*Ioh. Iac. Schmauss*, Corpus iuris publici academicum Frankf. und Leipzig 1722. 1727. 1735. 1745. und von *Frank* und *Schumann*, Leipzig 1759. und 1774.

*Carl Friedr. Gerstlacher*, Corpus iuris Germ. publici et privati, Frankf. und Leipzig 1783.

Ueber die übrige hieher gehörige Litteratur ist nachzusehen *Pütter* in der Litteratur des deutschen Staatsrechts, Göttingen 1776 - 1783. nebst der Fortsezzung von *Klüber*, Erlangen, 1791. *Hellbach* a. a. O. S. 69. und *Westphal* a. a. O. S. 361.

C) *Die peinlichen Gesezze des Canonischen Rechts und insbesondere das 5te Buch der Decretalen betreffend.*

*Eman. Gonzalez de Tellez*, Commentaria perpetua in singulos titulos V. Librorum Decretalium Gregorii IX. Lugd. 1673. Francof. 1690. Venet. 1699. Lugd. 1715. IV. Voll. F.

Weitläuftiger ist davon in der Litteratur des Canonischen Rechts überhaupt zu handeln, da den peinlichen Gesezzten dieser Art besondere Schriften ebenfalls nicht gewidmet sind. Siehe *Rieggeri* Bibliotheca iuris canonici, 8. Vindeb. 1762. und *Glück*, Praecognita uberiora iurisprudentiae ecclesiasticae posit. Germanorum, 8. Halae 1786.

D) *Die peinlichen Gesezze des Römischen Rechtskörpers betreffend.*



Ausser den bekannten Ausgaben des Corp. iur. Rom. mit und ohne Anmerkungen haben wir hier besonders anzuführen:

Versuch eines Auszugs der römischen Gesezze in einer freien Uebersetzung zum Behuf der Abfassung eines Volkscodex, Breslau, 1783 - 1787. von *Fenderlin*, worinne die 50 Bücher der Pandecten enthalten sind. *Matthäi* De criminibus ad libr. XLVII. et XLVIII. Dig. comentarius, Düsseld. 1730. und Vesaliae 1732. Edit. tertia.

Siehe *Hommel* Litteratura Iuris, Lips. 1761 und 1779.  
8. *Nettelbladt* Initia historiae litterariae iuridicae univers. Halae, 1764 und 1774. *König* in dem Lehrbuche der allgemeinen iuristischen Litteratur Halle 1785. *Hellbach* a. a. O. und *Westphal* a. a. O.

#### E) Die natürlichen peinlichen Gesezze betreffend.

*Fredersdorf*, System des Rechts der Natur auf bürgerliche Gesellschaften, Gesetzgebung und das Völkerrecht angewandt, Braunschweig, 1790. 2. Th. 1. Absch. 8. Abth. von den Gesezzen in Betracht der Beleidigungen sowohl gegen die ganze Gesellschaft, als einzelne Personen und das Eigenthum derselben, oder von den Strafgesezzen.

Und in Ansehung der allgemeinen Grundsätze des natürlichen peinlichen Rechts:

*Hufeland*, Lehrsätze des Naturrechts, Iena, 1790 und 1794.

*Schmidt*, Versuch einer Moralphilosophie, Iena 1790 und 1792. nebst dem Grundriss der Moralphilosophie, Iena, 1793.

*Schmalz*, das reine Naturrecht, Königsberg 1792. nebst dem natürlichen Staatsrechte, Königsberg, 1794.

*Abicht*, neues System eines aus der Menschheit entwickelten Naturrechts, Bayreuth, 1792.

*Schaumann*, Wissenschaftliches Naturrecht, Halle, 1792.



*Hofbauer*, Naturrecht aus dem Begriffe des Rechts entwickelt, Halle, 1793.

*Heydenreich*, System des Naturrechts nach kritischen Principien, Leipzig, 1794.

Uebrigens ist darüber nachzusehen: *v. Ompteda* in der Litteratur des Völkerrechts, Regensburg, 1785. Th. 2. und die Litterarische Anzeige in *Ullrichs Philosophia iusti*, Ien. 1783 und 1790. und *Höpfners* Naturrechte, Giessen, 1780 und 1790.

## Zweite Unterabtheilung.

### *Von den wissenschaftlichen Schriften.*

---

#### §. 133.

Die wissenschaftlichen Schriften sind wieder sehr verschieden. Zuerst theilt man sie ein in Vorbereitungsschriften, Systeme der ganzen Wissenschaft und Schriften über einzelne Theile derselben.

### Erste Ordnung.

#### *Von den Vorbereitungsschriften.*

---

*Chr. Gottfr. Hofmanni* Praenotationes de origine, progressu et natura iurisprudentiae crimin. German. Lips. 1722.

*I. A. Riegger*, Vormerkungen zur peinlichen Rechtsgelehrsamkeit, Augsb. und Freyb. 1766.



H. I. O. König, Besondere Vorbereitung zu der gemeinen in Teutschland üblichen Criminalrechtsgelehrsamkeit, Halle, 1783.

Chr. Dan. Erhard, Einleitung zu dem Handbuche des Chursächsischen peinlichen Rechts, Leipzig, 1789.

## Zweite Ordnung.

### *V o n   d e n   S y s t e m e n .*

---

#### §. 134.

Unter denselben unterscheiden sich die Schriften über die Philosophie und Politik der peinlichen Gesetzgebung von den Schriften des positiven peinlichen Rechts, und in Ansehung dieser die Lehrbücher von den andern weitläufigern Werken, welche entweder allein, oder in der Verbindung mit andern Theilen der Rechtswissenschaft von dem peinlichen Rechte handeln.

#### A) *Ueber die Philosophie und Politik der peinlichen Gesetzgebung:*

##### a) *Französische:*

*Le Trosne*, Vues sur la Justice criminelle. Discours prononcé au Baillage d'Orleans à Paris, 1777. 8. Pris de la Justice et de l'humanité par l'auteur de la Henriade, à Ferney, 1775. nebst der deutschen Uebersetzung, Leipzig, 1778. 8.

Plan de legislation sur les matieres criminelles précédé d'un Discours sur les loix par M. le F. x. x. x. à Amsterd. 1779. 8.

*Brissot de Varville*, Theorie de loix criminelles, 2 Vol. 8. à Neuschatel et Paris. 1781.



Discours sur la legislation, à Paris, 1781. 8.

*Vermeil*, Essay sur les reformes à faire dans la Legislation criminelle, à Paris, 1782. nebst der Deutschen Uebersetzung, Jen. 1782. 12.

*Servin* de la Legislation criminelle. Avec considerations generales sur les loix et sur les tribunaux de judicature, par *M. Iselin*, à Basle, 1782. 8. Deutsch übersetzt und mit Anmerkungen versehen von *Gruner*, Nürnberg. 1786.

Loix penales, dédiées à Mons. frere du Roi par *M. Du Friche de Valaze*, à Alençon 1784, Deutsch übersetzt und mit Anmerkungen vermehrt von *Cäsar* Leipzig, 1786.

*Pastoret* de loix penales, Paris, 1790. Deutsch übersetzt und mit einem Commentare begleitet von *Erhard*, Leipzig. 1792.

b) *Italienische*:

*Beccaria*, dei Delitti e delle pene, 1764.

Davon erschienen binnen 8 Jahren 6 Italienische Ausgaben, und mehrere Französische, wie auch Spanische und Deutsche Uebersetzungen. Eine der besten Italienischen Ausgaben ist: Dei delitti e delle pene, terza edizione, rivista, corretta e notabilmente accresciuta dall'Autore, colle risposte dello stesso alle note e Osservazioni pubblicate in Venezia contra questa opera. Si aggiunge il giudizio di un celebre Professore in Lausanna, 1765. 4. S. 226. Von den Französischen Uebersetzungen ist zu merken: *Traité des delits et des peines* par Mr. *Beccaria*, Amst. 1772. 12. Unter den deutschen Uebersetzungen sind merkwürdig: 1) Von Verbrechen und Strafen aus dem Italienischen übersetzt, Prag, 1765. 8. von *Ios. Butscheck*. 2) Abhandlung von den Verbrechen und Strafen nach der Französischen Ausgabe übersetzt mit einigen Zusätzen des Verfassers, die in dem Italienischen nicht befindlich sind, Hamb. 1766. 8. von *Wittenberg*. 3) Von den Verbrechen und Strafen, aus dem Italienischen mit des Herrn Verfassers eigenen noch nicht gedruckten Ergänzungen nach der neuesten Auflage ins Teutsche über-



setzt und mit einigen Anmerkungen vermehrt, Ulm, 1767.

8. von *Ioh. Dav. Bartholomäi*. 4) Des Herrn Marquis

von Beccaria unsterbliches Werk von Verbrechen und

Strafen, mit Anmerkungen von *Hommel*, Breslau, 1778.

und von neuem verbessert und vermehrt nebst dem Com-

mentar des *Voltaire*, Widerlegungen und andern in-

teressanten Werken verschiedener Verfasser, 1788.

Ferner gehört noch dazu: Die erste gründliche Prüfung

des Werks von *Schott*: *Observationes de delictis et poe-*

*nis ad recentiore librum Italicum de hoc argumento*,

Tüb. 1767. *Schall*, von Verbrechen und Strafen. Eine

Nachlese und Berichtigung zu dem Buche des Markese

Beccaria eben dieses Inhalts. Nebst einem Anhang

über einige neuere deutsche Schriften von dieser Materie,

in soferne sie sich auf das Buch des Beccaria beziehen,

besonders über Herrn Barkhausens Bestreitung der Todes-

strafen, Leipzig, 1779. *Voltaire*, *Commentaire sur le*

*Livre de Delits et des peines*, 1766. und *C. F. Hommel*,

*Philosophische Gedanken über das Criminalrecht als ein*

*Beitrag zu dem Hommelischen Beccaria* herausgegeben

und mit Vorerinnerungen und einigen Anmerkungen be-

gleitet von *Rössig*, Breslau, 1784.

*Il diritto di punire*, Nap. 1772. 12.

*Giov. Batista Gherardo d'Arco* Sopra il fondamento del

diritto di punire. *Dissertazione letta nella pubblica sessione*,

della R. Academia di scienze e belle lettere di Mantoua,

Cremona, 1779. 8.

*Francescantonio Pescatore Avvocato* Saggi intorno diverse

opinioni di alcuni moderni politici sopra i delitti e le pe-

ne, Torino, 1780. 12.

*Gaetano Filangieri* *Scienza della Legislazione*, Nap. 1780.

3ter und 4ter Theil.

Davon sind bis izt 16. Ausgaben herausgekommen, 3

zu Neapel, 3 zu Venedig, 2 zu Florenz, 1 zu Mayland

und 1. zu Catanien. Auch hat man 2 Deutsche und 2



Französische Uebersetzungen. Die neueste ist: System der Gesetzgebung vom Ritter Filangieri, Anspach, 1784.-1793. 8. Theile.

c) Englische:

*Eden's Principles of penal law*, London, 1771. 8.

Essay on crimes and punishments with a view of and commentars upon Beccaria, Rousseau, Voltaire, Montesquieu, Fielding, and Blakstone by M. Dawes, London, 1782. 8.

d) Deutsche:

aa) Lehrsysteme:

*Regner Engelhard*, Versuch eines allgemeinen peinlichen Rechts aus den Grundsätzen der Weisheit und besonders des Rechts der Natur hergeleitet, Frankf. und Leipz. 1756.

*Iulius Gr. v. Soden* Geist der deutschen Criminalgesetze, Dessau, 1782.

*Ebendesselben* Geist der peinlichen Gesetzgebung, Frankf. 1792. Dieses ist eine ganz umgearbeitete Ausgabe der vorhergehenden Schrift.

*E. C. Wieland* Geist der peinlichen Gesetze, Leipzig, 1783.

*H. E. v. Globig und F. G. Huster*, Abhandlung von der Criminalgesetzgebung, Zürich, 1783. nebst vier Zugaben, Altenb. 1785.

Das peinliche Recht nach den neuesten Grundsätzen vollständig abgehandelt, und meine Gedanken über den Entwurf zu einem neuen peinlichen Gesetzbuche, Offenbach am M. 1783. 8. von *Reder*.

*Chr. Gottl. Gmelin* Grundsätze der Gesetzgebung über Verbrechen und Strafen, Tübingen, 1785.

bb) Entwürfe zu Gesetzbüchern:

*Ioh. Chr. Quistorp*, ausführlicher Entwurf zu einem neuen Gesetzbuche in peinlichen und Strafsachen, Leipzig, 1782.



*E. E. W. Beseke*, Versuch eines Entwurfs zu einem vollständigen Gesezplan für Verbrechen und Strafen, Dessau, 1783.

*v. Dalberg* Entwurf eines Gesezbuchs in Criminalsachen, Frankf. und Leipzig, 1792.

Auch gehöret noch gewissermaassen (hierher: Neuer Kriminalcodex für das Grosherzogthum Toskana, Florenz, 1786. nebst der Vergleichung des kaiserlich königlichen und des grossherzoglichen Toskanischen Gesezbuchs, Wien, 1788. und den Betrachtungen über Leopolds Gesezgebung in Toskana, von *Erhard*, Dresden, 1791.

## B) Ueber das positive Recht.

### a) Lehrbücher:

#### aa) nach den Chursächsischen Gesezzen;

*Zach. Richter*, Institutiones iuris crim. Carolino et Saxo-nico iuri accommodatae, Lemg. 1763. und 1790.

*I. I. L. E. Püttmann*, Elementa iuris crim. Lips. 1779.

#### bb) nach den gemeinen Deutschen Gesezzen;

*I. S. Fr. v. Böhmer*, Elementa iurisprudentiae crim. Hal. 1733. 1749. 1757. und 1774.

*I. R. Engau*, Elementa iuris crim. Germ. Carol. Ien. 1738. und mit Anmerkungen von *Hellfeld* 1777. 8te Ausg.

*Chr. Fr. G. Meister* Principia iuris crim. Germ. comm. Goett. 1755. und 1780. die 5te Ausg.

*G. I. Fr. Meister*, Principia iuris crim. Germ. comm. Goett. 1790. Es ist eigentlich bloß eine neue Ausgabe des vorhergehenden Lehrbuchs.

*I. Chr. Koch*, Institutiones iuris crim. Ien. 1758. 1783. und 1788. die 8te Ausg.

Auch hat man eine Uebersetzung davon: Anfangsgründe des peinlichen Rechts, Ien. 1790.

### b) Weitläufigere Werke:

#### aa) ohne die Verbindung mit andern Rechtsmaterien:



aaa) nach den Chursächsischen Gesezen:

*Bened. Carpzov*, Nova practica imperialis Saxonica rerum crim. Vitemb. 1635. und die 13te und neueste Ausg. von *I. S. Fr. v. Böhmer* Erf. 1758. F.

Auch sind Böhmers Anmerkungen dazu noch besonders gedruckt: *Observationes in Carpzovium*, Francof. ad M. 1759.

*Chr. Dan. Erhard*, Handbuch des Chursächsischen peinlichen Rechts, Leipz. 1789. 1. Th.

bbb) nach den gemeinen Deutschen Gesezen:

*I. Chr. Quistorp* Grundsätze des deutschen peinlichen Rechts, Rostock u. Leipz. 1770. 1778. 1783. 1789. und 1794.

*E. Chr. Westphal*, Das Criminalrecht in wissenschaftlich geordneten und mit practischen Ausarbeitungen bestärkten Abhandlungen und Anmerkungen über dessen wichtigste Gegenstände, Leipz. 1785.

*Chr. Ludw. Stelzer*, Grundsätze des peinlichen Rechts, ein Handbuch für praktische Rechtsgelehrte, Erf. 1790.

*I. Lor. Dorn*, Versuch eines praktischen Kommentars über das peinliche Recht, Leipzig, 1790.

bb) in der Verbindung mit andern Theilen der Rechtswissenschaft:

aaa) nach den Chursächsischen Gesezen;

*C. G. A. v. Zech*, Introd. in ius Elect. atque Commune Saxon. Chemn. 1718. 4. Tit. 20 — 24.

*I. G. Schaumburg*, Einleitung zum Sächsischen Rechte, verm. Ausg. von *Chr. v. Bennigsen*, Dresden und Leipz. 1781. Sect. 3. Th. 3.

*I. Chr. Regner*, Kurze Vorstellung der in Chursachsen üblichen Rechte, Leipz. 1780. §. 442 — 455.

*Gottfr. Schmieder*, Polizeiverfassung des Churfürstenthums Sachsen, Dresden, 1774. 1. Th. 1783. 2. Th. u. 1791. 3. Th. Darinne sind besonders S. 12. 198. 244. 271.



281. u. 285. mehrere zu dem uneigentlichen peinlichen Rechte gehörige Lehren abgehandelt.

bbb) zugleich nach den gemeinen Deutschen Gesezen:

*Lud. Menken*, Systema iuris civilis secund. ordinem Pandectarum cura Schoenii, Lips. 1754.

*Aug. v. Leyser*, Meditationes ad Pandectas, Lips. et Guelph. 1717 — 1747. 12. B. 4.

Dazu gehöret noch ein 11ter B. von *Ienichen*, welcher das Register enthält, und ein 12ter und 13ter B. von *Höpfner*, Gies. 1774 — 1780. Auch giebt es noch zwei andere Ausg. davon zu Halle, 1771. 8. und zu Frankenthal, 1779. 4. wobei jedoch *Höpfners* Fortsetzungen fehlen.

*I. H. v. Berger*, Oeconomia iuris Lips. 1712. die 6te Ausg. 1755. von *I. Aug. Bach* und die 7te Ausg. vermehrt von *C. Gottfr. Winkler*, Lips. 1771. 4.

Es handelt darinne das 3. Buch in dem 9 — 12. Titel von Verbrechen und Strafen, und das 4. Buch in dem 23. Titel von dem peinlichen Verfahren.

---



### Dritte Ordnung.

#### *Von den Schriften über einzelne Theile der peinlichen Rechtswissenschaft.*

---

#### §. 135.

Diese handeln entweder einen gewissen Theil der Theorie vollständig ab, oder können zu keinem einzelnen Theile derselben gerechnet werden. Bei jenen unterscheiden wir wieder solche, die einen der beiden ersten Haupttheile der Wissenschaft in sich begreifen, von solchen, die nur einzelne Gegenstände betreffen, welche letztere hier im voraus nicht angeführt werden, sondern bis zu den einzelnen Materien selbst, zu welchen sie gehören, zu versparen sind. Diese theilt man aber in so genannte *Opera criminalia*, in Sammlungen kleiner Schriften verschiedener Verfasser, und in Schriften eines Verfassers über mehrere einzelne Gegenstände ein.

#### A) *Schriften über gewisse Theile der Wissenschaft.*

##### a) *über den theoretischen Haupttheil:*

##### aa) *über die Lehre von den Verbrechen überhaupt:*

Versuch über die gesetzgebende Klugheit, Verbrechen ohne Strafen zu verhüten, Frankf. und Leipzig, 1778.

Ioh. Dan. Michaelis, Mosaisches Recht, Frankfr. am M. 1770. wovon die Vorrede zu dem 6. Theile hierher besonders gehöret.



*C. W. Jacobs*, Ideen über Gegenstände der Criminalgesetzgebung, Leipzig, 1793.

*Gall. Al. Kleinschrod*, Systematische Entwicklung der Grundbegriffe und Grundwahrheiten des peinlichen Rechts nach der Natur der Sache, und der positiven Gesetzgebung. 1. Th. von Verbrechen überhaupt und derselben Zurechnung, Erlangen, 1794.

bb) über die Lehre von Strafen überhaupt:

*Iac. Doepler*, Theatrum poenarum et suppliciorum, Sondersh. 1693. et Lips. 1697. Und deutsch: Schauplaz der Leibes- und Lebensstrafen, Sondersh. 1693. und Leipz. 1697.

*I. G. B. Pfeil*, de legum criminalium causis, Lips. 1768. 8.

*Ioh. v. Sonnenfels*, Grundsätze der Polizei-Handlung und Finanzwissenschaft, Wien, 1772 und 1787. die 5. Ausgabe. 8. Siehe 1. Th. §. 347.

*Ioh. Vllheimer*, Comment. de potestate punitiva eccles. et secul. Francof. et Lips. 1772. 8.

Die mit der Gerechtigkeit verbundene Menschenliebe gegen Uebelthäter in peinlichen Fällen, 1778. 8.

*Iac. Ios. Haus*, disp. de legislatoria poenas statuendi potestate, Wirceb. 1778.

*C. E. Seger*, Abhandlung der Frage, sind scharfe Gesetze einem Staate vortröglich, Stuttg. 1779. 4.

*Ioh. Chr. Quistorp*, Versuch einer richtigen Bestimmung des Verhältnisses der gemeinen in Deutschland üblichen Strafen gegen einander, Rostock und Leipzig, 1778. und 1780.

Revision verschiedner Vorschläge zur Verminderung peinlicher Verbrechen, Bremen, 1781. 8.

*v. Dalberg*, Gedanken von der Bestimmung des moralischen Werths, Frf. 1782. 4.

*Ebendesselben*, Ariston, oder über die Wirksamkeit der peinlichen Strafgesetze. Ein Dialog, Erf. 1782. 8.



Meinungen über die erschienene Anleitung zur Sittenlehre für alle Menschen, insonderheit über Strafbarkeit, Berlin, 1783.

*Iul. Fr. Malblank*, Disp. de poenis ab effectibus defensionis naturalis etiam in statu civili probe distinguendis, Altorf. 1779. auch in dessen Opusculis ad ius crim. spectant. Erlang. 1793.

Ueber civil- und criminal Strafen und Verbrechen, von *Robert und Koch*, Giessen, 1785. 8.

*Io. Godofr. Iac. Herrmann*, Disp. de fundamento iuris puniendi, Praes. *Erhard*, Lips. 1793.

b) über den practischen Haupttheil:

*Io. Dav. Thoennicker*, Advocatus prudens in foro criminali, Francof. 1703. et Chemnitii et Lips. 1720. 4.

*Ioh. Heinr. Kirchhof*, von den Advocaten und ihren Pflichten in peinlichen Fällen, nebst einigen Schuzschriften, Bützow und Wismar, 1765 — 1778. 4. Theile.

*Georg Keyser*, Praxis crim. Altenb. 1613. und 1710.

*Io. Iod. Beck*, Praxis aurea de iurisdictione superiori criminali et centena, Norimb. 1720. und 1750.

*Bened. Carpzov*, Peinlicher Inquisitions- und Achtsprocess, Leipz. 1720.

*Iac. Friedr. Ludovici*, Einleitung zum peinlichen Process etc. vermehrt von *Schlitte*, Halle, 1732. die 10. Ausg.

*Georg. Andr. Ioachim*, Principia processus crim. praes. inquisitorii, Lips. 1726. 8.

*Io. Brunnemann*, de processu civili et criminali cum adnot. *Hofmanni*, Francof. 1737. 4.

*Gottfr. Barth*, Hodegeta forensis civil. et criminalis, Lips. 1725. 4.

*Ioh. Heinr. Rother*, Peinliche processualische Rechtsgelehrte Kunst, Leipz. 1748. 4.

*Chr. Edm. Neander*, Introduct. ad praxin crim. Frf. 1744. 4.



Historische Einleitung über den Criminalprocess, Ulm, 1748. 4.

Chr. Iac. Heil, Iudex et Defensor, Hildburgh. 1755 und 1768. 4.

Chr. Friedr. Georg Meister, Vollständige Einleitung zur peinlichen Rechtsgelahrheit, Gött. 1764. 4. und 1776.

Des klugen Beamten auserlesener Criminalprocess, Nürnberg. 1768. von Christoph Heinr. Schweher.

Anweisung zu inquiren, Cassel, 1770.

Ioh. Tob. Carrach, Anweisung zum Processe in Civil- und Criminalsachen, Halle, 1776. 4.

B) *Schriften, welche zu einem gewissen Theile der Theorie nicht gezählt werden können:*

a) *Opera criminalia:*

Prosp. Farinacii, Opera criminalia, Francof. 1606. fol.

Sebast. Guazzini, Opera criminalia, Antwerp. 1676. und Lips. 1716. fol.

Seb. Guazzini et P. P. Guazzini, Opera adiuncta, Genev. 1738. fol.

Iulii Clari, Opera omnia s. Practica civilis et criminalis, Genev. 1739. Tom. II.

b) *Sammlungen kleiner Schriften verschiedner Verfasser:*

Franc. Modii, Rerum criminalium praxis et Tractatus cet. 1587. Francof. ap. Io. Wechelum. fol.

Repertorium für das peinliche Recht, angelegt von Ioh. Fr. Plitt, Frkf. am M. 1786. und der 2. B. 1790.

Analecta iuris crim. cura Ioh. Friedr. Plitt, Hanov. 1786. davon sind bereits 2. B. erschienen.

c) *Sammlungen kleiner Schriften eines Verfassers:*

aa) *ohne die Verbindung mit andern Abhandlungen.*

Io. Fridr. Wernheri, Decas thesium iur. crim. in seinen Disquisit. iurid. Viteb. 1730. Coll. II.



*Iust. Oldekopp*, Cautelae criminales, Hildesiae, 1639. 8.  
*Ebenderselbe* Observationes crim. practicae, Francof. ad  
Od. 1685.

*Io. Ge. Scherzii*, Quaestiones selectae iur. crim. Arg.  
1721. 4.

*Io. Zach. Hartmann*, Observat. criminales theoret. pract.  
Hamb. 1729. 4. und Hamb. et Kil. 1731. 4.

*Io. Chr. Theod. Hellbachii*, Select. criminalia, Arnst. 1747.  
und Hildb. 1751.

*Chr. Gottl. Wolf*, Selecta opuscula iur. crim. Lips.  
1731. 4.

*Paul. Risi*, Animadversiones ad criminalem Iurispru-  
dentiam pertinentes. 8. Mediol. 1768. und neuerlich cura  
*I. C. Fischeri*, Ien. et Lips. 1770. *Ien. Croeker*, 1790. nebst  
der Fortsezzung unter dem Titel: Observation sur de ma-  
tieres de Iurisprudence criminelle, traduit du latin de Mr.  
*P. Risi* par Mr. S. D. C. 8. a Genev. 1768. und der deutschen  
Uebersetzung: Abhandlungen über einige Gegenstände des  
peinlichen Rechts, 8. Mietau und Leipzig, 1771.

*Io. Georg. Kaestner*, Diss. Observationes miscellas iur.  
crim. exhibens, Altorf. 1777. 4.

*Andr. Zaupser*, Gedanken über einige Punkte des Crimi-  
nalrechts in vier Abhandlungen, 1773. und die 4. Aufl.  
München, 1781.

*Georg. St. Wiesand*, Observationes iuris crim. Witemb.  
welche als einzelne Disput. und Progr. herausgekommen  
sind.

*Io. Ios. Lud. Ern. Püttmann*, Opuscula iuris crim. Lips.  
1789. 8.

*Iul. Fridr. Malblank*, Opuscula ad ius criminale spectan-  
tia, Erl. 1793.

bb) in der Verbindung mit andern Abhandlungen:

*Chr. Lud. Crell*, Dissertationes iunctim editae, cura  
*I. M. G. Besecke*, Fascicc. XII. Hal. 1775 — 1784.



*Io. Iac. Cella*, Freimüthige Aufsätze, Anspach, 1784.

*Ioh. Gottfr. Bauer*, Opuscula academica, cura *H. G. Bauer*, Lips. 1787. 4.

*Car. Ferd. Hommel*, Rhapsodia Quaestionum in foro obvenientium ex edit. *C. G. Roessig*, Baruth, 1786. 7. Vol. 4.

*Ioh. Chr. Quistorp*, Beiträge zur Erläuterung verschiedener, mehrentheils unentschiedener Rechtsmaterien aus der bürgerlichen und peinlichen Rechtsgelahrheit, Rostock und Leipzig, 1787. 2. Ausg.

*Ioh. Ios. Lud. Ernst Püttmann*, Adversariorum iuris universi Libr. III. Lips. 1775. und 1778 und 1788.

*Ebendesselben*, Miscellaneorum liber singularis, Lips. 1793.

*Car. Gottf. v. Winkler* Opuscula minora, edidit et praefatus est filius *G. L. Winkler*, Lips. 1792.

---



### Dritte Unterabtheilung.

#### *Von den casuistischen Schriften.*

---

#### §. 136.

Diese enthalten theils Formulare, wozu die gedruckten Criminalakten gehören, theils Schutzschriften, theils rechtliche Erkenntnisse und Gutachten. Wir handeln hier aber bloss von der leztern Gattung, da die Formulare zu wenig wichtig sind, und die Schutzschriften zu der besondern Lehre von diesem Gegenstande gehören.

#### A) *Nach dem Chursächsischen Rechte:*

*Ioh. Henr. Berger*, Electa iuris prudentiae crim. Lips. 1734. nebst den Supplem. Lips. 1737. P. I. und II.

*Adam Volkmann*, Tractatus criminalis, Goslar, 1629. oder unter dem Titel: Vollständiger peinlicher Process und Consilia criminalia, Leipzig, 1744.

#### B) *Nach dem gemeinen deutschen Rechte:*

*Ferd. Chr. Harpprecht*, Responsa criminalia iuridica, Vol. III. Tub. 1701. F.

*Ioh. Gottfr. Beck*, Responsa iuris crimin. et civilia, Norimb. 1736. 4.

*Georg. Fr. Harpprecht*, Decisiones criminales, Tub. 1746. F.

*Chr. Fr. Georg. Meister*, Rechtliche Erkenntnisse und Gutachten in peinlichen Fällen, Gött. 1771. 1. u. 2. Th. nebst der Fortsezzung des 3 u. 4. Theils von *Ioh. Chr. Fr. Meister*, Götting. 1783 — 1786. F.

*Ioh. Tob. Carrach*, Rechtliche Urtheile und Gutachten in peinlichen Sachen. Halle, 1775. 4.

*Ioh. Chr. Koch*, Erörterung peinlicher Fälle. Giessen, 1780.



### Dritte Abtheilung.

#### *Von der Geschichte der peinlichen Rechtswissenschaft.*

---

#### *Erster Zeitraum.*

#### *Von der Entstehung dieser Wissenschaft und ihrem Zustande von Eyke von Repkow bis auf den Freiherrn von Schwarzenberg.*

---

#### §. 137.

So wie überhaupt die Rechtswissenschaft in dem 13. Jahrhunderte mit der Verfertigung der Rechtssammlungen in Deutschland ihren Anfang genommen hat; so entstand auch die Wissenschaft des peinlichen Rechts zuerst durch die in dem Sachsenspiegel und den andern ähnlichen Rechtssammlungen systematisch bearbeiteten peinlichen Rechtsgewohnheiten.

Wir schränken uns hier bloss auf die wissenschaftliche Bearbeitung des peinlichen Rechts in Deutschland ein, da diese für uns am wichtigsten ist, und die auswärtige Geschichte derselben unsere Grenzen überschreiten würde.

#### §. 138.

Ausser den systematischen Sammlungen der peinlichen Rechtsgewohnheiten machten sich die ersten Rechtsgelehrten um die Wissenschaft nicht verdient. Sie ahmten in ihren Schriften die



Glossatoren der fremden Rechte nach, und erläuterten das peinliche Recht bloß beiläufig in den Noten über einzelne Gesezze. Und auch dadurch gewann dasselbe nichts, da es den Rechtsgelehrten an den dazu erforderlichen Vorkenntnissen mangelte, und sie zu sehr dem damals aufgenommenen Römischen Rechte ergeben waren, welches unter andern der Deutschen Verfahrungsart in peinlichen Fällen nicht ganz angemessen war, wodurch eine grosse Verwirrung der einheimischen und fremden Rechte entstand.

*I. S. Fr. Böhmier* in der Praefat. zu s. *Observat. select. ad Carpz. nov. pract. rer. crim. Frcf. ad M. 1759. S. 2.* und *H. I. O. König* in dem Lehrbuche der allgem. iurist. Litteratur, Halle 1785. 1. Th. 226. u. ff. §.

§. 139.

Zu Ende des 15. und zu Anfange des 16. Jahrhunderts erschienen zwar weitläufige Werke, worinne auch das peinliche Recht vollständiger, als vorher zugleich mit abgehandelt wurde, sie waren aber von wenigem Werthe, und zum Theil unzusammenhängende und unverständliche Mischungen der einheimischen und fremden Rechte. Die damaligen Rechtsgelehrten unterschieden sich in Anhänger der Glossatoren, elegante Rechtsgelehrte und Verfasser der Formularbücher, von denen die erstern jede Abweichung von den alten Glossatoren und jeden Schritt



zur Aufklärung für ein grosses Verbrechen ansahen.

Eine Schrift dieser Art ist: *Clarissimi viri iurium Doctoris Felicis Hemmerlein Cantoris quondam Thuricensis variae oblectationes, opuscula et tractatus.* Ohne Drukort und Jahr. Siehe *Hamberger* in den Nachrichten von Gelehrten, P. 4. S. 731. und *Malblank* in der Geschichte der P. G. O. §. 18 und 19.

§. 140.

Die eleganten Rechtsgelehrten waren grösstentheils von dem geistlichen Stande, und liessen sich von zufälligen Umständen, und insbesondere durch den Wahn, dass die Bearbeitung und Verhandlung peinlicher Rechtssachen für sie unanständig sey, von der Bildung dieser Wissenschaft abhalten.

*Malblank* a. a. O. §. 20 und 21.

§. 141.

Die Formularbücher waren in deutscher Sprache abgefasste Anleitungen für die ungelehrten Richter, die fremden Rechte zu verstehen und anzuwenden. So hatte z. B. *Friedr. Riederer* in seinem Spiegel die Absicht, den Sachwaltern und Richtern zu lehren, wie Verbrecher überführet, oder vertheidiget werden könnten.

Weiläuftiger handelt von diesen Schriften *König* a. a. O. Th. 1. §. 238. und *Malblank* a. a. O. §. 22 — 24.



§. 142.

Unter diesen Umständen konnte es auch nicht anders kommen, als dass man von den richtigen Grundsätzen der Verbrechen und Strafen noch ganz entfernt war. Man gründete anfangs dasselbe mehr auf Privatrache des unmittelbar Beleidigten, und betrachtete den peinlichen Richter als eine Person, die blos dessen Stelle zu vertreten, und so lange bis dieser wieder ausgesöhnt sey, nach dessen Willkühr sein Amt zu verwalten habe.

*Malblank* a. a. O. §. 10. und *Erhard* in dem Handbuche des Chursächsischen peinl. Rechts §. 26. Durch diese Begriffe entstand der Anklagsprocess und das Recht der Fürbitten, wovon §. 117. u. ff. gehandelt worden ist.

§. 143.

Die irrigen Begriffe in dieser Lehre vermehrten die Geistlichen in hohem Grade. Sie trachteten nach der peinlichen Gerichtsbarkeit und ihrer Erweiterung, und suchten ihrem Stande auf alle Art ein Ansehen zu geben, und sich unentbehrlich zu machen. Dazu misbrauchten sie besonders mit gutem Erfolge die Religion, stellten die wahren und eigentlichen Verbrechen auf der Seite einer Gott zugefügten Beleidigung vor, und gaben eine Menge von Handlungen für geistliche und sehr grosse Verbrechen fälschlich aus, um solche, vermöge einer eingebildeten Statthalterschaft Gottes, mit Strafen selbst ahnden zu können.



Von diesen Vorstellungen rührten die falschen Begriffe und die harten Strafen vieler Vergehungen her. Sehr richtige Bemerkungen macht darüber *Böhmer* in der angeführten Praef. zu s. *Observat. ad Carpz. nov. pract. rer. crim.* S. 2.

§. 144.

Zu Ende dieses Zeitraums fieng man zwar an, über das Strafrecht richtiger zu urtheilen, dabei auf die allgemeine Sicherheit zu sehen, und die Nothwendigkeit des Verfahrens von Amtswegen zu erkennen, und handelte davon in den Formularbüchern, man schränkte dasselbe aber doch auf gewisse für sehr grosse anerkannte Verbrechen und besonders auf Vergehungen gegen die Religion ein.

Die Meinung, dass die richterliche Gewalt auch im Namen Gottes wegen der Beleidigungen gegen ihn auszuüben sey, und dass er ausserdem die Sünden an dem ganzen Lande räche, gab unstreitig auch die erste Veranlassung zu dem Verfahren von Amtswegen. Ausserdem aber leuchtete die Nothwendigkeit desselben bei der Mehrung der Polizeianstalten und der Vergehungen dawider noch deutlicher ein. Siehe §. 121. *Kopp* von den geistlichen und Civilgerichten in Hessen §. 78. und *Malblank* a. a. O. §. 15.



## *Zweiter Zeitraum.*

*Von dem Wachstume dieser Wissenschaft in dem 16. 17. und 18. Jahrhunderte bis zu ihrer völligen philosophischen Aufklärung zu Ende dieses Jahrhunderts.*

---

### §. 145.

So 'sehr' auch die Verdienste des Freiherrn von Schwarzenberg von einigen Criminalisten herabgesetzt worden, so hat er doch das erste Licht in dem Dunkel der peinlichen Rechtswissenschaft angezündet, und in seiner Anleitung, wie die damals unwissenden Richter in Strafsachen verfahren sollten, das erste Produkt dieser Art geliefert, und dadurch zugleich eine vollständigere Bearbeitung des peinlichen Rechts, begründet, indem seine Schrift nachher zuerst durch den Bischoff Georg von Bamberg gesetzliche Kraft erhielt, und sodann auch der Halsgerichtsordnung Kaiser Carls des V. zum Grunde gelegt wurde.

Ueber die Lebensumstände und die Bildung des Freiherrn von Schwarzenberg sind *Malblank* a. a. O. §. 25. und die daselbst zugleich genannten Schriften nachzusehen. Sein Werk hatte bei seiner Erscheinung keine günstige Aufnahme, da man zu der Zeit allein das neuerlich aufgenommene Römische Recht, und bloß lateinische Gesetze schätzte und ihre Verehrer bei der Anwendung dieses deutschen Gesezplans für das Ansehen des Römischen Rechts besorgt



waren. Daher schreiben sich die übertriebenen Vorwürfe, womit die damaligen Rechtsgelehrten denselben überhäuf-  
ten. *Ioh. Oldendorp* in den Act. for. progymn. class. VII. n. 1. S. 989. nach der Cöllnischen Ausgabe von 1544. Auch  
geht *Leyser* im Tadel desselben zu weit, sp. 633. m. 1. Weitläuftiger handelt davon *Malblank* a. a. O. §. 44. u. 45. Man macht diesem Werke besonders zum Vorwurfe:  
1) Mangel an Ordnung. *König* in der Vorbereitung zur peinlichen Rechtsgelahrtheit liefert eine systematisch geordnete Tabelle der Artikel in demselben. 2) Unvollständigkeit in der Disposition selbst, da einige Lehren ganz übergangen und andere unzulänglich abgehandelt sind. 3) Dunkelheit und Unbestimmtheit des Vortrags. 4) Widersprüche in der Entscheidung. 5) Unvollkommenheit anwendbarer Strafgrundsätze. 6) Eine zu allgemeine Begünstigung des Römischen Rechts. 7) Vermischung der fremden und einheimischen Rechte. 8) Zu grosse Härte der Strafen. 9) Unnöthige Verweisung auf die Willkühr der Richter. 10) Eine zu grosse Weitläufigkeit in Nebendingen. 11) Wiederholungen und endlich 12) Einmischung solcher Verbrechen, die zu der Zeit nicht mehr vorkamen. Diese Mängel hat gesammelt und weiter erläutert *A. S. P. Semler* in der Abhandlung: Etwas über den innern Werth der peinlichen Gerichtsordnung Kaiser Carls des V. in dem Archiv für die theoretische und praktische Rechtsgelahrtheit von *Hagemann* und *Günther*. So mangelhaft nun auch das Werk zum Theil ist, so können doch diese Fehler in Ansehung der damaligen Zeitumstände sehr entschuldiget, und durch wirkliche Verdienste, die es hat, verdunkelt werden. Es ist in der That zu bewundern, wie bei der damaligen Finsterniss in der Gelehrsamkeit, und insbesondere in dieser Wissenschaft ein Werk von der Art noch zu Stande kommen konnte. Man kann also demselben wenigstens einen grossen relativen Werth nicht absprechen. Dahin gehört: 1) eine genauere und richtigere Bestimmung der Strafen, als man vorher hatte,



wenigstens bei den wichtigsten Verbrechen. 2) Die Verbesserung der Lehre von dem Beweise in Strafsachen, indem er eine besondere Theorie von Anzeigen lieferte, die Section vorschrieb, und die Anwendung der Tortur besser bestimmte. Doch gieng er in Ansehung der Wirkung des Beweises zu weit, und erlaubte auch bei völliger Ueberführung ohne das Geständniss keine Todesstrafe. 3) Die Verordnung, dass die Gerichte mit guten und geschikten Leuten besezt werden sollten. 4) Die völlige Bestätigung des Verfahrens von Amtswegen. 5) Die Begünstigung der Vertheidigung eines in der Untersuchung befangenen Menschen. 6) Die Verordnung des schriftlichen Verfahrens und 7) Die Abstellung vieler Missbräuche, z. B. das Besieben, die Asyle, die harte Behandlung in dem Gefängnisse, die Confiscation des Vermögens der zum Tode Verurtheilten u. s. w. Sehr gut hat davon gehandelt *Malblank* in der Geschichte der P. G. O. §. 32 — 34.

§. 146.

Noch in dem 16. Jahrhunderte fieng man an, die schönen Wissenschaften mit der Rechtsgelahrtheit zu verbinden, und machte, obgleich später, als in andern Theilen derselben, auch Fortschritte in der Bildung des peinlichen Rechts. Doch waren die dadurch erlangten Vorthelle nicht auffallend und merkwürdig. Man beschäftigte sich vorzüglich mit der Erläuterung und Erweiterung der in dem Werke des Freiherrn von Schwarzenberg enthaltenen Lehren, und schrieb darüber zwar grosse Commentare, die aber nicht viel zur Aufklärung beitrugen.



Das thaten nicht nur auswärtige, wie *Clarus*, *Farinacius*, *Bassinus*, und *Decianus*, sondern auch deutsche Rechtsgelehrte. z. B. *Damhouder*. Siehe *Böhmer* a. a. O. S. 3.

§. 147.

In dem 17. Jahrhunderte bearbeitete man die Lehre von Verbrechen und Strafen mehr nach deutschen Grundsätzen. Dieses geschahe anfangs blos in der Verbindung mit dem Römischen peinlichen Rechte, nachher aber noch vollständiger auch in besondern Schriften, welche theils von dem peinlichen Rechte überhaupt, theils von einzelnen Theilen desselben handelten. Den ersten Versuch machte *Math. Berlich* und diesem folgten *Peter Theodorich*, *Benedikt Carpzov*, *Georg Kayser* und *Ioh. Brunnemann* glücklich nach.

*Berlich* schrieb *Conclusiones practicabiles*, Arnh. 1644. F. von denen der 5. Theil hierher gehöret. *Theodorich* behandelte in einzelnen Disputationen das deutsche peinliche Recht noch vollständiger und hat sich um dasselbe verdient gemacht. *Carpzov* hat besondere Verdienste in dieser Wissenschaft. Seine *Pract. nov. rer. crim.* ist sehr vollständig, bestimmt und deutlich abgefasst. Doch erlangte das Werk ein weit grösseres Ansehen, als es verdient. Es leuchtet aus demselben ein blinder Religionseifer, und überhaupt Mangel an Scharfsinne. Man findet darinn noch so grosse Irrthümer, dass deren nachtheilige Folgen in den Gerichten, vermöge seines grossen Ansehens, seine Verdienste weit überwiegen. Besonders nährte er die Meinung von der allgemeinen Verbindlichkeit der Mosaischen Strafgesetze, und der Pflicht, Beleidigungen Gottes mit bürgerlichen Strafen zu ahnden, und liess sich durch seine



eingebildete Frömmigkeit zur grössten Grausamkeit verleiten. Diese Umstände erzeugten seine berühmte Hexenprocesstheorie, die so vielen Menschen das Leben kostete. Siehe *Malblank* a. a. O. §. 46.

*Kayser* und *Brunnemann* bearbeiteten zuerst in besondern Schriften den zweiten Haupttheil der Theorie, oder das Verfahren in peinlichen Sachen.

Ausser diesen Criminalisten verdienen noch beiläufig *Ant. Matthäi* und *Iust. Oldekopp* genannt zu werden. Jener hatte zwar das Römische peinliche Recht zum Gegenstande, stellte aber doch zugleich sehr gute allgemeine Grundsätze auf. Dieser suchte mit vielem Scharfsinne die Vorurtheile *Carpzovs* zu bestreiten. Dahin gehören seine *Observation.* und die *Decas quaest. contra Carpz.* Siehe *Böhmer* a. a. O. §. 3. u. f.

§. 148.

Doch hatte man bisher das peinliche Recht als einen besondern für sich bestehenden Theil der Rechtswissenschaft noch nicht betrachtet und bearbeitet. Es mangelte noch immer an einem eigentlichen vollständigen Systeme dieser Wissenschaft. Allein im 18. Jahrhunderte, wo eine gesündere Philosophie und mehr Geschichte mit derselben verbunden wurde, gelangte man auch dazu. Man schrieb besondere Lehrbücher und Systeme über die ganze Wissenschaft, und widmete ihr auch besondere Vorlesungen auf Akademien. Endlich belebte zu Ende dieses Jahrhunderts das wohlthätige Licht der Philosophie, viele scharfsinnige Männer zu einem gemeinschaftlichen Eifer bei der Bildung dieser Wissenschaft,



so dass seit der Zeit eine Menge der besten Schriften darüber erschienen, die auch schon Eingang in den Cabinettern der Gesetzgeber gefunden haben.

Das erste Lehrbuch haben wir *Car. Wilh. Gärtner* zu verdanken. Uebrigens zeichneten sich in diesem Zeitraume als Criminalisten besonders aus: *Georg Beyer*, *I. Fr. Ludovici*, *Chr. Thomasius*, *I. Heinr. v. Berger*, *I. Paul Kress*, *Diet. Herrm. Kemmerich*, *Aug. v. Leyser*, *I. R. Engau*, *Chr. Ferd. Harpprecht*, *Ferd. Aug. Hommel*, *I. S. Fr. Böhmer*, *I. I. Heil*, *Chr. Fr. G. Meister*, *I. Chr. Koch*, *Carl Gottfr. v. Winkler*, *I. Chr. Quistorp*, *G. S. Wiesand*, *I. I. L. E. Püttmann*, und *Chr. Dan. Erhard*.

§. 149.

Eine nothwendige Folge dieser Bemühungen der neuern Criminalisten war die Annahme einiger richtigern Grundsätze. Man gründete das Strafrecht auf allgemeine Sicherheit des Staats, und beabsichtigte bei den Strafen zunächst Besserung, oder wenigstens Abschreckung sowohl des Bestraften als auch aller andern Mitglieder der bürgerlichen Gesellschaft. Daher wurden einige Strafen als zweckwidrig ganz verworfen, und andere gemildert. Besonders erkannte man die Unzulässigkeit des Anklagsprocesses, und bestätigte das Verfahren von Amtswegen ohne Ausnahme. Unter andern überzeugte man sich, dass ausser den Strafen das Wohl und die Sicherheit des Staats zuerst und vorzüglich durch gute Po-



lizeianstalten befördert werde, und begünstigte diese mehr, als ehemals.

Das Verfahren von Amtswegen wurde besonders durch die Schriften des Carpzov und sein grosses Ansehen völlig aufgenommen. Doch ist ihm dieses weniger zum Verdienst anzurechnen, da er seiner angeführten Vourtheile wegen, und nicht mit den wahren Gründen dasselbe unterstützte. Vorher konnten auch in Chursachsen peinliche Sachen nach Willkühr des Richters oder Anklägers noch bürgerlich gemacht werden. S. *Erhard* in dem Handbuche des Chursächsischen peinlichen Rechts, §. 33.

Von der Begünstigung neuer Polizeianstalten handelt *Malblank* a. a. O. §. 48.

Dass endlich auch in der Zeit viele Misbräuche bei der Verhandlung der peinlichen Rechtssachen abgeschafft wurden, ist schon bei den Verdiensten des Werks von *Schwarzenberg* bemerkt worden.



### *Dritter Zeitraum.*

*Von der gegenwärtigen Ausbildung dieser  
Wissenschaft.*

---

#### §. 150.

Durch die vielfältigen Bemühungen der von Schwarzenberg an bis auf gegenwärtige Zeit lebenden Philosophen und Criminalisten, und insbesondere durch die ganz neue Bearbeitung der praktischen Philosophie ist nun endlich in dieser Wissenschaft ein Licht aufgegangen, welches ihr eine ganz veränderte Gestalt, und in der That einen sehr hohen Grad der Bildung gegeben hat.

Da das peinliche Recht unter allen Theilen der Rechtswissenschaft vorzüglich tiefe philosophische Grundsätze voraussetzt, und man diese erst neuerlich so vortheilhaft bearbeitet hat, so konnte es nicht anders kommen, als dass auch die Cultur des peinlichen Rechts bis zu dem Ende dieses Jahrhunderts sehr unvollkommen blieb. An der gegenwärtigen Vervollkommnung dieser Wissenschaft haben vorzüglich Theil: *I. Dav. Michaelis, Ioh. v. Sonnenfels, I. Graf von Soden, H. E. v. Globig, E. G. Huster, E. C. Wieland, Chr. G. Gmelin, F. E. W. Besecke, K. A. Cäsar, I. I. L. E. Pittmann, Chr. Dan. Erhard und E. H. von Dalberg.* Die Französischen, Italienischen und Englischen Criminalisten übergehen wir hier, da blos von der Geschichte dieser Wissenschaft in Deutschland die Rede ist.



§. 151.

Zuerst zeichnet sich die peinliche Rechtswissenschaft heutzutage dadurch aus, dass man die Verbrechen einzig und allein nach ihrem zweckwidrigen Einflusse auf die bürgerliche Gesellschaft beurtheilet. Daher nehmen die neuen Criminalisten keine Verbrechen gegen Gott an, weder nach unsern Religionslehren, noch nach den Mosaischen Gesezen.

In wiefern Verbrechen wider Gott nicht gedacht werden können ist bemerkt in meiner Disp. Quatenus actiones religioni non convenientes ex principiis iuris publici universalis poenis criminalibus coërceri possint, Vitemb. 1791. Sect. I. Cap. 2.

Dass das Mosaische Recht eine allgemeine verbindliche Kraft nicht haben könne, hat man heutzutage allgemein anerkannt. *Michaelis* in dem Mosaischen Rechte Th. I. §. 1 — 9.

§. 152.

Die Sicherheitsmittel wider die wahren bürgerlichen Verbrechen werden ganz nach dem natürlichen Schuzrechte abgemessen. Da nun dieses erfordert, dass man die gelindern, oder weniger schädlichen Mittel den härtern vorziehe, und die bürgerliche Gesellschaft, vermöge der Vereinigung so vieler Kräfte, an sich schon durch mannichfaltigere und gelindere Mittel ihren Zweck erreichen kann, so lehrt man, dass ohne die möglichste Vollkommenheit der Polizei, oder der zur Verhütung der Verbrechen



dienenden Vorkehrungen und Anstalten, auf Straf-  
übel, als die härtern Sicherheitsmittel, nicht  
erkannt werden dürfe, und überhaupt die natür-  
lichen Zwangsrechte in dem Staate zu mildern  
wären.

Bei der Beurtheilung der bürgerlichen Strafgesetze sieht  
man zunächst entweder auf den Unterwerfungsvertrag,  
oder auf die Regeln des Schuzrechts, je nachdem man das  
Recht der Strafe ausser der bürgerlichen Verbindung ver-  
wirft, oder annimmt.

§. 153.

Nach diesem Grundsätze betrachtet man auch  
die *Androhung einer Strafe* als das äusserste Mit-  
tel zur politischen Besserung derjenigen, die,  
nach allen getroffenen Anstalten zur Sicherheit,  
doch noch geneigt seyn und Gelegenheit fin-  
den möchten, ein Verbrechen zu begehen, und  
wenn dessen ungeachtet eine solche Drohung  
nicht gefruchtet hat, und ein Strafgesetz über-  
treten worden ist, die *Vollziehung der Strafe*  
als das einzige unentbehrliche Mittel, derglei-  
chen Gesetze in Ansehn zu erhalten. Zu den  
Strafübeln selbst erfordert man die möglichst  
kleinsten, welche für fähig gehalten werden  
können, den angegebenen Zweck zu erreichen,  
und misbilliget daher alle verstümmelnde, und  
grausame Strafen ganz.

Die politische Besserung betrifft blos äussere Handlungen  
ohne Rücksicht auf die moralische Denkungsart.

Nach dieser Vorstellung des Strafzweckes kommt höch-  
stens die Abschreckung durch das Beispiel anderer bei der



Bestimmung einer Strafe nur unter gewissen Bedingungen als ein Nebenzwek in Betrachtung. Es handelt davon *Püttmann* in der *Prolus. de poenis exemplaribus*, welche in den *Opusculis iuris crim.* S. 257. befindlich ist, und *Schaumann* in den *Ideen zu einer Criminalpsychologie*, Halle 1792. S. 73. Am deutlichsten scheint die Lehre von dem Strafzwek zu werden, wenn man den Zwek der Bestimmung einer Strafe von dem Zwekke der Vollziehung derselben unterscheidet. Das Verhältniss der Strafen zu den Verbrechen ist besonders bestimmt angegeben in dem *Discours sur la legislation*, à Berl. 1781.

§. 154.

Als ein Grundsatz, nach welchem heutzutage das Verfahren in peinlichen Rechtssachen bestimmt wird, gilt endlich, dass ein jedes Beweismittel dem Angeschuldigten so wenig als möglich nachtheilig sey, und an sich schon nie in Strafe ausarte, und die Verurtheilung zwar völlige Ueberführung, aber nicht zugleich das Geständniss nöthig mache.

Ehedem erforderte man nach den Grundsätzen des Freiherrn von Schwarzenberg zur Verurtheilung in eine Todesstrafe ausser der Ueberführung auch das Geständniss, allein izt gilt die Meinung in den Spruchcollegien ebenfalls nicht mehr.

§. 155.

Diese angeführten Lehrsätze sind die Grundlage von allen übrigen Meinungen, die in der peinlichen Rechtswissenschaft izt vorgetragen werden.

Auch hat *Malblank* a. a. O. S. 265. u. ff. einige neue Lehrsätze von dieser Wissenschaft gesammelt.



## Zweiter Abschnitt.

### *Von den philologischen Vorkenntnissen.*

---

#### §. 156.

Da diejenigen Gesezze, welche wir als Quellen zu dieser Wissenschaft ansehen müssen, in verschiedenen Sprachen abgefasst sind, so ist deren Kenntniss, Etymologie und Kritik bei dem Gebrauche derselben unentbehrlich.

#### §. 157.

Was die *lateinische Sprache* betrifft, so gehört hierher die barbarische eben sowohl als die reine.

Ueber jene ist nachzusehen:

*Henr. Spelmanni Glossarium Archailogicum*, Lond. 1687.  
Edit. tert. auct. et correcta. F.

*Matth. Roeveri Specimen Observationum et Emendationum iuris ad Glossas veteres verborum iuris, additum Fragmento veteris Icti de iuris speciebus et de manumissionibus, quod servavit Dositheus Magister*, Lugd. Batav. 1739. 8.

*Carl du Fresne du Cange Glossarium ad scriptores mediae et infimae latinitatis; opera monachorum S. Benedicti*, F. Paris. 1734. VI. Tom. und Basil. 1762. F.

*Carpentier Glossarium novum ad scriptores medii aevi s. supplementum ad Cangium*, Paris. 1766. F. IV. Tom.

*Glossarium manuale ad scriptores med. et infimae latinitatis*, Hal. 1772 — 1784. 8. VI. Tom.



Von dieser handeln:

*C. A. Duckeri* Opuscula de latinitate veterum ICtorum, Lugd. Bat. 1711 und Lips. 1773. 8.

*Barn. Brissonii* Opus de verborum quae ad ius pertinent significatione, studio *I. G. Heineccii* et *I. H. Boehmeri*, Hal. 1743. 8.

*Io. Wunderlichii*, Additamentorum Volumen, Hamb. 1778. F.

*I. C. Kirchmaieri* Opuscula VI. de latinitate Digestorum et Institut. cura *G. S. Madihn*, Hal. 1772. 8.

*R. Phil. Vicat*, Vocabularium iuris vtriusque, Lusannae, 1759. III. Tom. 8. und Neap. 1760. IV. Tom.

§. 158.

Auch ist aus der angegebenen Ursache einem Criminalisten die *griechische Sprache* zu empfehlen.

Siehe *I. F. Heynatz* in dem Progr. Beantwortung der Frage, ob es unnütz sey, einen künftigen Rechtsgelehrten zur Erlernung der griechischen Sprache auf Schulen anzuhalten. Frankf. 1782.

*Dan. Mitz*, disp. de studio linguae graecae cum iurisprudentia coniungendo, Bas. 1744.

Ueber das barbarisch Griechische ist nachzusehen:

*Io. Meuseri* Glossarium graeco-barbarum, Lugd. Bat. 1610. 1620 und 1710. 4.

*Carl du Fresne du Cange* Glossarium mediae et infimae graecitatis, Paris 1688. F.

§. 159.

Die *alte Deutsche Sprache* ist für die Wissenschaft des peinlichen Rechts zwar schon wegen der alten Sächsischen peinlichen Gesezze, beson-



ders aber auch in Ansehung der Halsgerichtsordnung Kaisers Carl des V. wichtig.

Ueber diese ist nachzusehen:

*I. G. Wachteri* Glossarium Germ. Lips. 1727. 8.

*E. G. Halthausii* Glossarium Germanicum medii aevi, Lips. 1758. F.

*Io. Ihre* Glossarium Suio-Gothicum, in quo tam hodierno usu frequentata vocabula, quam in legum patriarum tabulis, aliisque medii aevi scriptis obvia explicantur, et ex dialectis cognatis Moesogothica Anglo-Saxonica cet. Vpsal. 1769. Fol.

*I. G. Scherzii* Glossarium Germanicum medii aevi, potissimum Dialecti Suevicae, edidit, illustravit *I. I. Oberlinus*. Argent. 1782. F.

*C. Fr. Walchii* Glossarium Germanicum interpretationi Const. Crim. Carol. inserviens, Ien. 1790.

§. 160.

Unter andern sind viele Wörter blos aus ihrem Ursprunge zu erklären, und machen daher das Studium der *Etymologie* ebenfalls nöthig.

Beispiele davon führt *Engau* in s. Element. iuris crim. an §. 7. Uebrigens ist darüber nachzusehen: *Fr. C. Fulda* Sammlung und Abstammung germanischer Wurzelwörter, Halle, 1776. 4. und *I. C. Adelung* Ueber den Ursprung, Sprache und den Bau der Wörter, besonders der Deutschen, Leipz. 1781. 8.

§. 161.

Den Nuzzen der *Kritik* über die peinlichen Gesezze wird nicht leicht Jemand bezweifeln, da sie zur Erklärung und Anwendung derselben



sehr oft erfordert wird. Die Gesezze sind nämlich theils vorsätzlich, theils aus Versehen in den Abschriften und Abdrükken manchmal verstümmelt.

Siehe *Püttmann* in der Prol. de caeca et illiberali sine arte critica et humanioribus literis iurisprudentia, Lips. 1762. Die beste Auskunft giebt übrigens darüber *C. H. Eckhardi* Hermenevtica iuris, Ien. 1750. 8. recensuit perpetuisque notis illustravit *C. F. Walch*, Lips. 1779.

---



### Dritter Abtheilung.

#### *Von den philosophischen Vorkenntnissen.*

---

##### §. 162.

Es giebt wohl keinen Theil der Rechtswissenschaft, auf welchen die Philosophie einen grössern Einfluss hat, als das peinliche Recht. Sowohl der theoretische, als praktische Theil derselben ist in peinlichen Rechtssachen für alle Arten der Berufsgeschäfte eines Rechtsgelehrten ganz unentbehrlich. Kein Urthelsverfasser, kein Richter und kein Sachwalter kann seinem Amte in peinlichen Fällen gehörig vorstehen, wenn er nicht zugleich in den hierher gehörigen philosophischen Kenntnissen unterrichtet ist. Sie sind in Ermangelung derselben Maschinen, die zwar von dem Triebwerke der positiven Vorschriften grösstentheils in eine regelmässige Bewegung gesetzt werden, aber doch bei der Unzulänglichkeit der Gesezze und unmöglichen Bestimmtheit für alle einzelne Fälle nur gar zu oft stokken, und manchmal ihren Zweck ganz verfehlen. Nur eine lange Erfahrung ersetzt bei einigen Rechtsgelehrten dieses fehlende Studium. Welche Opfer der Unschuld, und wie viele Vergehungen gegen die Gerechtigkeit setzt aber eine solche Erfahrung voraus!



§. 163.

Von den theoretischen Theilen der Philosophie ist ganz vorzüglich die *Psychologie*, so wohl die *rationale*, als die *empirische* zu empfehlen, welche, in so ferne sie nur einen Theil der Seelenerscheinungen aus der grossen Sphäre derselben zum Gegenstande hat, die *besondere* im Gegensatz der *allgemeinen*, und wenn wir jene auf die Natur der Verbrechen beziehen, die *Criminalpsychologie* genennt wird.

Diese lehrt uns das menschliche Handlungsvermögen kennen, und setzt uns allein in den Stand, über ein Verbrechen, dessen Erzeugung, und Einfluss auf die Denkungsart seines Urhebers richtig zu urtheilen. Wie oft werden wir nicht durch den widrigen Eindruck, welchen die Gestalt, die Lage, und die Fesseln des Inquisiten auf uns machen, zu einer unverantwortlichen Härte und Unempfindlichkeit verleitet, wodurch der mit dem Menschen ganz unbekannte Carpzov sich ausgezeichnet hat, da der Psycholog statt der verabscheuungswürdigsten Gesinnung, die der Schein verrieth, mitleidungswürdige Schwäche, und zu dem Verbrechen Motive entdeckte, die von einer Stärke und Vortrefflichkeit der Seele zeugen!

Die Criminalpsychologie ist zur Zeit noch nicht vollständig bearbeitet. Man hat nur einige dazu gehörige Betrachtungen in einzelnen Schriften angestellt, und den Plan einer solchen Bearbeitung derselben entworfen. Siehe I. C. G.



*Schaumann* in s. Ideen zu einer Kriminalpsychologie, Halle, 1792. Die mittelbaren litterarischen Hülfsmittel dazu sind von dreierlei Art.

Sie haben erstlich die allgemeine Menschen- und Seelenlehre zum Gegenstande. Diese sind gesammelt von *C. C. E. Schmid* in s. empirischen Psychologie, Iena, 1791. S. 129 — 150. und *I. C. G. Schaumann* a. a. O. S. 115. Die neuesten Schriften von der Art sind:

*Iacob* in dem Grundrisse der Erfahrungsseelenlehre, Halle, 1791. und *Stewart* in s. Anfangsgründen der Philosophie über die menschliche Seele, Berl. 1794. 1. Th. aus dem Englischen übersezt von *Lange*.

Zweitens enthalten die hier zu empfehlenden Schriften auch psychologische Betrachtungen über Verbrechen und Verbrecher. Dazu gehören:

*E. F. Klein* in den Annalen der Gesetzgebung und Rechtsgelahrtheit in den K. Preussischen Staaten.

Criminalgeschichten aus gerichtlichen Akten gezogen, 1. Th. Berl. 1792.

Beiträge zur Geschichte der Menschheit in Erzählungen aus wichtigen Gerichtsakten, 1. B. 1 und 2 Sammlung, Altenb. 1790 und 1793.

Merkwürdige Rechtsfälle, ein Beitrag zur Geschichte der Menschheit, mit einer Vorrede von *Schiller*, 4. Th. Iena, 1792. 1793 und 1794.

Criminalfälle für Rechtskundige und Psychologen, Frankf. 1794.

Mehrere dergleichen Schriften sind angeführt von *Mauchart* in s. Repertorium für empirische Psychologie und verwandte Wissenschaften, 3. Bände. Nürnberg. 1792 und 1793. *Pockel* in s. Denkwürdigkeiten zur Bereicherung der Erfahrungsseelenlehre und Charakterkunde, 1. Th. 1794. und *Schaumann* a. a. O. S. 122. u. f.



Drittens giebt es noch hierher gehörige Schriften, welche die gesetzlichen und richterlichen Verfügungen der bürgerlichen Gesellschaft in Beziehung auf Verbrechen und Verbrecher kennen und beurtheilen lehren. Diese sind bereits grösstentheils bei der allgemeinen Litteratur der peinlichen Rechtswissenschaft genannt worden. Insbesondere sind aber davon hier noch zu bemerken:

Von der Würde des Richteramts, oder Ideen zur Philosophie der peinlichen Gesezze. Für Juristen in Nebenstunden zu lesen. Herausgegeben von Hofr. v. *Eckhartshausen*, München, 1788.

Ueber die Art, wie man zum Tode verurtheilte Uebelthäter, vorzüglich aber verstokte Bösewichter, in ihren letzten Stunden behandeln soll, aus psychologischen Grundsätzen, von *ebendenselben*, München, 1787.

Versuch einer Anweisung für Richter beim Verfahren in Kriminal- und Strafsachen, wider solche, welche die Wahrheit nicht gestehen wollen, in Ländern, wo die Tortur abgeschafft worden, von *Quistorp*, Leipzig u. s. w.

Uebrigens ist davon noch nachzusehen *Schaumann* a. a. O. S. 124 — 128.

#### §. 164.

Ihr Nuzzen äussert sich insbesondere zuerst bei richterlichen Geschäften. Von dem Richter hängt nicht nur zum Theil die Verfahrungsart bei der Untersuchung eines Verbrechens ab, sondern es ist ihm auch oft die Wahl des Strafübels, oder wenigstens dessen nähere Bestimmung überlassen, welches bei willkührlichen und alternativen Strafen vorkommt. Da nun aber Strafen den bösen Willen lenken und eine gesezmässige Entschliessung bewirken sollen, so



werden diese sowohl, als die Behandlungsarten bei der Untersuchung eines Verbrechens ihren Zweck nie erreichen, wenn sie nicht nach psychologischen Regeln gewählt, und abgemessen sind.

Man irrt also sehr, wenn man dergleichen Kenntnisse allein dem Gesetzgeber überlassen will, und glaubt, sie als Richter entbehren zu können.

§. 165.

Zweitens leuchtet das Bedürfniss der Criminalpsychologie für Urthelsverfasser und Defensoren nicht weniger ein. Sie führt uns ebenfalls zu wichtigen Verurtheilungs- und Entschuldigungsgründen, und lehret uns den Unschuldigen von dem Schuldigen zu unterscheiden. Es sind zwar in den Gesezen eine Menge Schärfungs- und Milderungsgründe bestimmt; allein wie unzureichend werden diese auch bei der besten Gesetzgebung immer bleiben! Und auch die gesetzlichen Gründe für und wider einen Angeschuldigten wird man ohne psychologische Kenntnisse nicht gehörig verstehen, und anwenden können.

Ein Urthelsverfasser und Defensor, der in der Philosophie der peinlichen Gesetzgebung unerfahren ist, stehet mit sich selbst in Widerspruch, und kann höchstens mit denjenigen Handwerkern und Künstlern verglichen werden, die mathematische und mechanische Instrumente und Regeln benutzen, ohne von den zureichenden Gründen der Wirkungen derselben unterrichtet zu seyn, und welche da-



her auch, so bald ein ungewöhnlicher Fall vorkommt, sich verlassen sehen, und nothwendig Fehler begehen. Viele Defensoren schneiden alle ihre Schuzschriften nach einem Leisten zu, der kaum in diesem oder jenem Falle der Sache zum Theil angemessen ist, und dann wehe dem Inquisiten, der, in solche ungewaschene Hände zu fallen, das Unglück hat!

§. 166.

Mit der Psychologie ist so dann auch eben so nothwendig eine vollkommene *Logik* zu verbinden, welche bei der Entscheidung der peinlichen Fälle die Regeln an die Hand giebt, nach welchen die in der menschlichen Seele erkannten Kräfte, das Wahre von dem Falschen zu unterscheiden, zu benutzen sind. Unsere peinlichen Gesezze enthalten nur sehr wenige und unvollkommene Bestimmungen über die historische Gewissheit und Wahrscheinlichkeit derjenigen Thatsachen, die bei einer Untersuchung entdekt werden, und auf welche doch allein die Entscheidung zu gründen ist. Wer nun nicht in den logischen Regeln von Gewissheit und Wahrscheinlichkeit hinlänglich geübt ist, wird nie im Stande seyn, ein richtiges Urtheil über Criminalakten zu fällen.

Von dem Mangel an dieser Kenntniss schreiben sich die auffallenden Gebrechen in der Lehre von dem Beweise in peinlichen Untersuchungen besonders her. So gar unter den neuern Criminalisten findet man noch Spuren davon. So zeugt z. B. die Meinung, dass mehrere nahe Anzeigen, oder mehrere verdächtige Zeugen auch völlige Gewissheit



bewirken könnten, von ganz unrichtigen Begriffen der Wahrscheinlichkeit, da sowohl diese, als jene, und wenn sie sich auch noch so sehr anhäufen, doch blos die Grade des Wahrscheinlichen vermehren, und nie zum völligen Beweise dienen können. Nur bei den Anzeigen ist dann eine Ausnahme zu machen, wenn sie Umstände betreffen, die unzertrennlich mit der That eines Verbrechens verbunden sind. Z. B. die Schwangerschaft als eine Anzeige von einem vorhergehenden Beischlafe. Weitläuftiger werde ich davon in dem Systeme selbst bei der Lehre vom Beweise handeln.

Ueber die Litteratur zu dieser Wissenschaft ist nachzusehen:

*Mich. Hissmann*, in der Anleitung zur Kenntniss der aus-  
erlesenen Litteratur in allen Theilen der Philosophie, Göt-  
tingen und Lemgo, 1778. Zu den von diesem genannten  
Schriften gehören aber noch besonders:

*Steinbart* in der gemeinnützigen Anleitung des Verstandes  
zum regelmässigen Selbstdenken 3te Aufl. Züllichau, 1793.

*Kiesewetter* in dem Grundriss einer allgemeinen Logik,  
Berl. 1791.

*Maass* in dem Grundrisse der Logik zum Gebrauch bei  
Vorlesungen, Halle, 1793.

*Maimon* in dem Versuche einer neuen Logik, Berlin,  
1794.

*Iacob* in dem Grundrisse der allgemeinen Logik und kri-  
tischen Anfangsgründe der Metaphysik, 3te umgearb. Aufl.  
Halle, 1794. und

*I. A. H. Tittmann* in dem Grundrisse der Elementarlogik,  
nebst einer Einleitung in die Philosophie, Leipzig, 1794.

§. 167.

Was die praktischen Theile der Philosophie  
betrifft, so ist zu den Hülfskenntnissen unserer  
Wissenschaft die *Moral* und das *Naturrecht* zu



zählen. Dieses haben wir sogar zu den Quellen der peinlichen Rechtswissenschaft zugleich mit gerechnet. Es ist aber auch ausserdem, so wie die Moral, der Grund von den positiven Gesetzen, da wir diese als blosse Modificationen der natürlichen Gesezze nach den bürgerlichen Verhältnissen anzusehen haben. Dem Gesetzgeber dienen also die natürlichen Rechte zum Maassstabe, welche Einrichtungen und Vorschriften mit Recht getroffen und gemacht werden können, ohne auf einer Seite die Mittel zum Staatszwecke zu vernachlässigen, und auf der andern Seite die bürgerliche Freiheit zu kränken. Die Rechtsgelehrten müssen aber ebenfalls von den Grundsätzen, worauf die positiven Vorschriften gebauet sind, völlig unterrichtet seyn, da sie ausserdem diese nicht gehörig erklären, verstehen und anwenden können. Und dieses alles gilt vorzüglich auch von den positiven peinlichen Gesezzen.

§. 168.

Einen grossen Nuzzen gewähret aber auch die Moral und das Naturrecht bei der Beurtheilung der obiectiven und subjectiven Grösse eines Verbrechens. Wir erkennen allein durch Hülfe dieser Wissenschaften die wahre Beschaffenheit der Handlungen, welche in den positiven Gesetzen als Verbrechen verboten sind, und lernen, welcher Grad der selbstthätigen Bestimmung dazu vorauszusetzen sey, wenn Jemand



als Urheber, oder Theilnehmer betrachtet, und behandelt werden soll. Die Erfahrung hat nur allzu auffallend gelehrt, welchen traurigen Einfluss der Mangel an einer richtigen Bearbeitung dieser Wissenschaften auf das peinliche Recht gehabt habe, und wie viel dieses in den neuern Zeiten durch die Cultur der kritischen Philosophie gewann. Daher kommt die grosse Reform und die für das Menschenwohl so wichtige Veränderung der Lehrsätze in der peinlichen Rechtswissenschaft, der wir uns seit wenig Jahren rühmen können, und welche nur denjenigen auffällt, und verdächtig scheint, die mit der Cultur der praktischen Philosophie leider unbekannt geblieben sind.

Ein Beispiel der ehemaligen Gebrechen in der Lehre von der Zurechnung ist der Begriff von dem indirecten Vorsatze, den man sonst als eine Gattung des wahren Vorsatzes ansah, und auch so behandelte. In wiefern aber die Schuld, und die verschiedenen Grade derselben als Zurechnungsgründe anzusehen sind, ist zur Zeit noch in keinem Lehrbuche vollständig und richtig angegeben. Auch ist es mir von jeher aufgefallen, dass die Nothwehr, und ein zufälliger Todschat in den gewöhnlichen Systemen in der Reihe der Verbrechen aufgestellt wird. Diese und noch viele andere Umstände sind als Spuren der noch nicht gehörig auf unsere Wissenschaft angewandeten philosophischen Grundsätze von der Zurechnung zu betrachten. Die Litteratur zu diesen Wissenschaften ist schon bei den legalen Schriften der natürlichen peinlichen Gesezze angeführet worden.



§. 169.

Die richtige Beurtheilung der objectiven und subjectiven Grösse eines Verbrechens setzt uns wieder in den Stand, nicht nur *zwekmässige*, wozu wir in der Criminalpsychologie eine Anleitung fanden, sondern auch *gerechte* Strafen zu wählen, damit weder die Sicherheit des Staats bei allzu gelinden und unzulänglichen Strafen leide, noch durch allzu harte Behandlung der Verbrechen neue Vergehungen entstehen. Da nun, wie schon bemerkt worden ist, das Richteramt auch die Wahl und Bestimmung der Strafübhel zum Theil mit betrifft, so zeigt sich hier der Gebrauch dieser Wissenschaften auch insbesondere bei richterlichen Geschäften.

§. 170.

Die Kenntniss von der subjectiven Grösse oder Moralität eines Verbrechens ist daher auch eine nothwendige Eigenschaft eines Defensors, da die Vertheidigungsgründe aus der fehlenden, oder wenigstens mangelhaften Freiheit des Willens bei der Ausführung einer Handlung auch vorzüglich hergeleitet werden müssen.

Die Zurechnung und das Strafbare eines vorgelabten und begonnenen Verbrechens ist besonders nach den Regeln von der Freiheit des Willens zu beurtheilen.

§. 171.

Diese Gründe werden hinreichend seyn, jeden, der sich der peinlichen Rechtswissen-



schaft widmen will, zu überzeugen, dass er ohne Philosophie auch bei einer vieljährigen Erfahrung zeitlebens nie ein brauchbarer Criminalist werden könne. Das positive peinliche Recht ist der kleinste Theil der peinlichen Rechtswissenschaft, und bestehet grösstentheils wieder aus Gedächtnissachen, die man auf der Akademie sich auf einmal so nicht eigen machen kann. Begriffe daher diese Wissenschaft etwas weiter nicht in sich, so würde das akademische Studium derselben sehr unbedeutend seyn.

Einen Criminalisten, der nicht zugleich Philosoph ist, übertrifft oft ein Schreiber und Gerichtsfrohn, der aus der Erfahrung das Nämliche noch vollständiger lernen kann.

Ich bin bei der Empfehlung dieser philosophischen Hülfsmittel deswegen so weitläufig gewesen, weil ich weiss, wie häufig das zweckmässige Studium des peinlichen Rechts auf Universitäten in der Rücksicht vernachlässiget wird. Siehe *C. F. Hommel* in den philosophischen Gedanken über das Criminalrecht u, s. w. mit Anmerk. von *Rösig* Breslau, 1784. §. 89.

---



#### Vierter Abschnitt.

##### *Von den juristischen Vorkenntnissen.*

---

###### §. 172.

So wie überhaupt alle Theile der Rechtswissenschaft mit einander in einer gewissen Verbindung stehen, und bei deren Erlernung, wenn man sie in gehöriger Ordnung auf einander folgen lässt, immer einer dem andern die Hand bietet; so erleichtern auch noch einige der übrigen Theile davon das Studium des peinlichen Rechts.

###### §. 173.

Ehedem nahm man allgemein an, dass die *Mosaischen Gesezze* wenigstens zum Theil auch bloß als positive Vorschriften alle Menschen ohne Unterschied verbanden. Ob nun aber gleich in den neuern Zeiten sowohl Theologen, als auch Rechtsgelehrte das Irrige dieser Vorstellung erwiesen haben, so beziehen sich doch einige Verordnungen in unsern, und insbesondere den peinlichen Gesezzen darauf, und machen die Kenntniss des Mosaischen peinlichen Rechts für einen Criminalisten sehr nöthig, da man ohne sie einige Gesezze nicht gehörig anwenden können würde.

Bei der Meinung von der allgemeinen Verbindlichkeit des Mosaischen Rechts liegt besonders eine Verwechselung der Ursache derselben zum Grunde, indem das Moralgesetz, dem man sie beilegt, zwar nicht als ein willkürliches und positives, wohl aber als ein Vernunftgesetz jeden verbindet. Weitläufiger haben davon gehandelt, und mehrere Gründe angeführt:



*Hannesen* in der Disp. de non existentia legum div. posit. univers. Gött. 1754.

*Michaelis* in s. Comment. de mente et ratione legis Mo-  
saicae usuram prohibentis, Erf. 1746. und in s. Mosaischen  
Rechte, Frankf. a. M. 1770 und 1775. Th. 1. §. 1 — 9. und  
*Glück* in seiner Erläuterung der Pandekten, Erl. 1790. Th.  
I. S. 152. u. ff. Was die Beziehung der Chursächsischen  
Gesetze auf das Mosaische Recht betrifft; so gehören hier-  
her vorzüglich die Eheverbote wegen naher Verwandschaft.  
Siehe die Rescripte von den Jahren 1625. 1627. und 1704.  
im C. A. T. I. p. 1029. u. ff. *Püttmann* in s. Element. iuris  
crim. §. 21. und *Quistorp* in den Grundsätzen des deutschen  
peinlichen Rechts. Th. I. §. 12.

Ueber das Mosaische peinliche Recht ist übrigens nachzusehen:

Mosaisches peinliches Recht, nebst einer Vergleichung  
des heutigen peinlichen Rechts mit demselben, Braun-  
schweig und Hildesh. 1778 und 1790. 8. und

*Michaelis* in der Abhandlung von den Ehegesetzen Mo-  
sis, welche die Heirathen in die nahe Verwandschaft unter-  
sagen, Gött. 1755 und 1768. und a. a. O.

§. 174.

Das *Römische*, *Canonische* und *Deutsche*  
*Recht* ist zwar von uns schon unter die Hülfs-  
quellen gerechnet worden, sie sind aber ausser-  
dem als Hilfsmittel ebenfalls anzusehen, da man  
auch die darinne befindlichen und anwendbaren  
peinlichen Vorschriften nicht verstehet, wenn  
man übrigens in denselben ganz fremd ist.

§. 175.

Zu den iuristischen Hilfsmitteln gehören auch  
noch einige dergleichen Schriften, in so fern sie  
den Gebrauch der Quellen erleichtern. So dienen



z. B. der *Layenspiegel* von *Tengler*, die *Bambergische* und *Brandenburgische peinliche Gerichtsordnung* und die ersten *Entwürfe der Halsgerichtsordnung K. Carl des V.* zur Erklärung eben dieses peinlichen Reichsprivatgesezzes.

Siehe *Schott* in dem J. W. B. Th. I. S. 519. *Mailblank* in der Geschichte der peinlichen Gerichtsordnung K. Carls des V. S. 107 und 203. und *Kress* in der Praef. zu s. Comment. in C. C. C. §. 27.

---

### Fünfter Abschnitt.

#### *Von den medicinischen Vorkenntnissen.*

---

#### §. 176.

Die Fälle, in welchen ein Criminalist einige medicinische Kenntnisse nöthig hat, kommen häufig vor. Einige rechtliche Erörterungen betreffen z. B. die Erstgeburt, das Ausschneiden einer Geburt, die Zeichen der Jungferschaft, der Schwangerschaft, und des Lebens einer Geburt, die Abtreibung eines Kindes, die vermeintliche Ueberschwängerung, die sogenannten Hermaphroditen, das Unvermögen der Zeugung, die Grösse und Tödlichkeit der Wunden u. s. w. Wenn man nun davon gar keine Kenntnisse hat, so verstehet man nicht was der Arzt oder Wundarzt davon sagt, und kann noch weniger beurtheilen, wie jene dabei verfahren haben, was etwa dabei versehen worden, und ihrer Erklärung sonst entgegen ist, welches doch für Richter, Defensoren und Ur-



thelsverfasser oft von der grössten Wichtigkeit ist. Diese Kenntnisse werden daher unter dem Namen der *gerichtlichen Arzneikunde* als eine besondere Wissenschaft behandelt, und ihre Erlernung ist demjenigen, welcher als Criminalist überall brauchbar werden will, unentbehrlich.

Die vorzüglichsten und neuesten Schriften darüber sind:

*M. Alberti* Systema iurisprudentiae medicae, Hal. 1725 — 1747. 4.

*I. D. Metzger*, Handbuch der Staatsarzneikunde, enthaltend die medicinische Polizei- und gerichtliche Arzneiwissenschaft. Nach den neuesten Bereicherungen beider Wissenschaften entworfen, und zum Leitfaden acad. Vorlesungen bestimmt. Züllichau, 1787.

*Ebendesselben* Kurzgefasstes System der gerichtlichen Arzneiwissenschaft, Königsb. 1793. 8. welches auch von *D. I. B. Reus* lateinisch übersetzt worden ist, unter dem Titel: *Metzgeri* Systema medicinae forensis, Stend. 1794.

Durch dieses neuere System nebst den Lehrsätzen der medicinischen Polizeiwissenschaft von *E. B. G. Hebenstreit*, Leipzig, 1791. 8. ist das vorhergehende Handbuch ganz entbehrlich gemacht worden.

*Steininger*, Staatsarzneiwissenschaft oder medicinische Polizei-gerichtliche Arzneiwissenschaft, medicinische Rechtsgelahrheit, B. 1. Wien, 1793.

Andere und ältere Schriften darüber haben gesammelt:

*C. F. Daniel* in dem Entwurfe einer Bibliothek der Staatsarzneikunde, oder der gerichtlichen Arzneikunde und medicinischen Polizei von ihrem Anfange bis auf das Jahr 1784. Halle, 1784. 8. und

*C. F. Elsner* in der medicinisch gerichtlichen Bibliothek, Königsb. 1784 — 1785.

---



Stübel, Christoph Carl, 1764-1828

System des allgemeinen peinlichen Rechts mit Anwendung auf die in  
Chursachsen geltenden Gesezze besonders zum Gebrauche für academische  
Vorlesungen

Bd.: 1

Leipzig 1795

Crim. 246-1/2

urn:nbn:de:bvb:12-bsb10395668-8

VD18 80266061-001